

Konzernabschluss und Konzernlagebericht
der Bremer Landesbank
nach IFRS per 31. Dezember 2012

Der Bremer Landesbank-Konzern im Überblick

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in Mio. €) (in %)	
Zinsüberschuss	417	375	42	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-228	-108	-120	> 100
Provisionsüberschuss	27	26	1	4
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten einschließlich Hedge Accounting	115	24	91	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8	1	7	> 100
Verwaltungsaufwand	186	159	27	17
Finanzanlageergebnis	9	-5	14	—
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	6	10	-4	-40
Ergebnis vor Steuern	168	164	4	2
Ertragsteuern	46	34	12	35
Konzernergebnis	122	130	-8	-6
Cost-Income-Ratio (CIR)	32,0 %	36,8 %	—	-13
Eigenkapitalrentabilität (nach Steuern)	10,2 %	15,7 %	—	-35
	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung	
Bilanzielles Eigenkapital	1.675	1.047	628	60
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital	2.004	1.895	109	6
- davon Kernkapital	1.776	1.710	66	4
Risikogewichtete Aktiva	17.588	17.897	-309	-2
Bilanzielle Eigenkapitalquote	9,52 %	5,85 %	—	63
Gesamtkennziffer	11,40 %	10,59 %	—	8
Kernkapitalquote	8,79 %	9,09 %	—	-3
Forderungen an Kreditinstitute	3.803	4.825	-1.022	-21
Forderungen an Kunden	23.687	22.685	1.002	4
Risikovorsorge	-522	-370	-152	41
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Ver- mögenswerte	1.707	1.349	358	27
Finanzanlagen	5.818	5.252	566	11
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	87	84	3	4
Sonstige Aktiva	1.004	1.038	-34	-3
Summe Aktiva	35.584	34.863	721	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.815	11.009	806	7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.436	10.604	-168	-2
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.446	8.692	-246	-3
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Ver- pflichtungen	1.573	1.688	-115	-7
Rückstellungen	418	319	99	31
Sonstige Passiva	490	334	156	47
Nachrangkapital	731	1.170	-439	-38
Bilanzielles Eigenkapital einschließlich Anteile ohne be- herrschenden Einfluss	1.675	1.047	628	60
Summe Passiva	35.584	34.863	721	2
Personalbestand				
Gesamt	1.121	1.092	—	—
Aktuelle Ratings (long term rating)				
Moody's	A3	A2	—	—
Fitch Ratings	A	A	—	—

Inhalt

Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Berichtsjahr 2012

1. Konzernlagebericht	6
A. Geschäft und Rahmenbedingungen	6
B. Ertragslage	16
C. Finanz- und Vermögenslage	23
D. Segmentberichterstattung	33
E. Nachtragsbericht	38
F. Prognosebericht	39
G. Chancen- und Risikobericht	44
2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	92
3. Gesamtergebnisrechnung	93
4. Konzernbilanz	94
5. Eigenkapitalveränderungsrechnung	95
6. Kapitalflussrechnung	96
7. Konzernanhang (Notes)	97
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	97
(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses	97
(2) Anpassung der Vorjahreszahlen	98
(3) Angewandte IFRS	99
(4) Konsolidierungsgrundsätze	106
(5) Konsolidierungskreis	107
(6) Währungsumrechnung	108
(7) Finanzinstrumente	108
(8) Risikovorsorge	118
(9) Sachanlagen	121
(10) Leasinggeschäfte	121
(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	122
(12) Immaterielle Vermögenswerte	123
(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	124
(14) Andere Rückstellungen	126
(15) Ertragsteuern	126
(16) Nachrangkapital	127
Segmentberichterstattung	128
(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)	128
Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	133
(18) Zinsüberschuss	133
(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	134
(20) Provisionsüberschuss	135
(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	136
(22) Ergebnis aus Hedge Accounting	137
(23) Ergebnis aus Finanzanlagen	137
(24) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	137
(25) Verwaltungsaufwand	138

(26)	Sonstiges betriebliches Ergebnis	139
(27)	Ertragsteuern	139
Erläuterungen zur Konzernbilanz		141
(28)	Barreserve	141
(29)	Forderungen an Kreditinstitute	141
(30)	Forderungen an Kunden	142
(31)	Risikovorsorge	142
(32)	Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	144
(33)	Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	145
(34)	Finanzanlagen	146
(35)	Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	147
(36)	Sachanlagen	148
(37)	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	148
(38)	Immaterielle Vermögenswerte	149
(39)	Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern	150
(40)	Sonstige Aktiva	151
(41)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	152
(42)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	153
(43)	Verbriefte Verbindlichkeiten	153
(44)	Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	154
(45)	Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	154
(46)	Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	155
(47)	Rückstellungen	155
(48)	Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern	160
(49)	Sonstige Passiva	161
(50)	Nachrangkapital	162
(51)	Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	163
(52)	Erläuterungen zum Eigenkapital	163
(53)	Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	165
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten		167
(54)	Fair-Value-Hierarchie	167
(55)	Buchwerte nach Bewertungskategorien	170
(56)	Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien	170
(57)	Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien	171
(58)	Fair Values von Finanzinstrumenten	172
(59)	Maximales Ausfallrisiko und verfügbare Sicherheiten	173
(60)	Derivative Finanzinstrumente	174
(61)	Angaben zu ausgewählten Ländern	177
(62)	Grundgeschäfte in effektiven Hedgebeziehungen	179
(63)	Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten	181
(64)	Angaben zur Fair-Value-Option	181
(65)	Der BLB Konzern als Sicherungsgeber	182
(66)	Echte Wertpapierpensionsgeschäfte	182
Weitere Erläuterungen		183
(67)	Eigenkapitalmanagement	183
(68)	Aufsichtsrechtliche Grunddaten	184
(69)	Fremdwährungsvolumen	185
(70)	Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (mit einer Realisierung nach 12 Monaten)	186
(71)	Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	186
(72)	Leasing	187
(73)	Sonstige finanzielle Verpflichtungen	188
(74)	Nachrangige Vermögenswerte	189
(75)	Treuhandgeschäfte	189
(76)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	189
Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung		190
(77)	Anzahl der Arbeitnehmer	190
(78)	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	190
(79)	Verzeichnis der Mandate	196
(80)	Aufwendungen für Organe und Organkredite	197

(81) Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB	198
(82) Honorar des Konzernabschlussprüfers	199
8. Versicherung der gesetzlichen Vertreter	200
9. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	201
10. Bericht des Aufsichtsrates	203
11. Bericht der Trägerversammlung	205
12. Berichterstattung zur Corporate Governance	206
13. Daten und Fakten	211
14. Organe der Bremer Landesbank	212

1. Konzernlagebericht

Im folgenden Text werden die Begriffe Bank und Bremer Landesbank verwendet. Darunter ist jeweils der Konzern Bremer Landesbank zu verstehen. Die Entwicklung des Konzerns ist fast ausschließlich geprägt durch das Mutterunternehmen. Als ein wichtiger Teil der NORD/LB-Gruppe werden die Unternehmen des Konzerns Bremer Landesbank in deren Konzernabschluss einbezogen und konsolidiert.

A. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach einem guten Start in das Jahr 2012 nahm die globale Konjunkturdynamik im Verlauf deutlich ab. Laut Prognose des IWF verzeichnete die Weltwirtschaft in 2012 ein Wachstum in Höhe von 3,2 % nach 3,9 % für 2011.

Das Wachstum war und bleibt ungleich verteilt. Die Schwellenländer reüssierten mit einer Zunahme um 5,1 % in 2012 nach 6,3 % für 2011.

Die Industrienationen waren bis zum Herbst 2012 von der zunehmenden Defizitkrise der Eurozone beeinträchtigt. Nach einem Anstieg des BIP um 1,6 % für 2011 gab das Wachstum in 2012 auf 1,3 % nach.

Der Welthandel konnte 2012 um nur 3,2 % nach zuvor 5,8 % zulegen. Die von der Eurozone ausgehenden Risiken wirkten sich bis Herbst 2012 global dämpfend aus.

Die Schwellenländer blieben unverändert der maßgebliche Impulsgeber für die Weltwirtschaft. Sie konnten sich jedoch nicht den Folgen der europäischen Defizitkrise, die durch zunehmende Risikoaversion bis September 2012 geprägt war, entziehen.

Chinas Wachstum stellte sich 2012 auf 7,8 % nach zuvor 9,2 % für 2011. Die Folgen der europäischen Defizitkrise als auch der Umbau zu einer stärker binnenwirtschaftlich geprägten Volkswirtschaft führten zu einer Abschwächung des Wachstums. Im 4. Quartal nahm die konjunkturelle Dynamik einhergehend mit einer Entspannung in der europäischen Defizitkrise in China leicht zu. Das Wachstum verzeichnete im Jahresvergleich im 4. Quartal 2012 einen Anstieg um 7,9 % nach zuvor 7,4 %. Indien brachte es in 2012 auf eine Expansion des BIP in Höhe von lediglich 4,9 % nach zuvor 6,8 %. Binnenwirtschaftliche Probleme als auch die rückläufige globale Konjunkturdynamik sind für die Abschwächung verantwortlich.

Lateinamerikas Wirtschaft legte 2012 um 3,2 % nach 4,5 % in 2011 zu. Insbesondere das Schwergewicht Brasilien wartete mit nur noch geringer Expansion der Wirtschaftsleistung von 1,5 % nach

2,7 % in 2011 auf. Mexiko zeigte Stabilität mit einem Wachstum in Höhe von 3,8 % in 2012 nach 3,9 % für 2011.

Russland war wenig beeinträchtigt. Nach 4,3 % Wachstum für 2011 stellte sich die Zunahme des BIP in 2012 auf 3,7 %.

Die Wirtschaftsleistung der Eurozone sank um -0,4 % in 2012 nach +1,4 % für 2011. Krisenverschärfung und realwirtschaftlicher Kapitalentzug in den Reformländern sind für die Kontraktion in der Eurozone maßgeblich verantwortlich.

Deutschland setzte in der Eurozone mit einem Wachstum in Höhe von 0,9 % des BIP in 2012 positive Akzente. In der Konjunkturentwicklung Deutschlands spiegelte sich das Bild der globalen Wirtschaftsentwicklung und der Defizitkrise nur bruchstückhaft. Deutschland profitierte sowohl von einem für die deutsche Wirtschaft unterbewerteten Euro als auch von einem extrem niedrigen Zinsniveau. Beides wirkte auf die Konjunkturlage subventionierend.

Zur Jahresmitte verwiesen viele deutsche Großunternehmen auf verstärkte Unsicherheiten. Die Einschätzungen der Unternehmen hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsentwicklung waren in dem Zeitraum März bis September 2012 stark rückläufig. So sank der Erwartungsindex des IFO-Instituts in der Phase März bis September 2012 von 102,7 Punkten auf 93,2 Zähler, um dann bis Januar 2013 auf 100,5 zuzulegen. Die Bewertung der aktuellen Lage schwächte sich in dem Zeitfenster Januar bis Dezember 2012 von 116,3 auf 107,1 Punkte ab und markierte damit den tiefsten Wert seit Juni 2010.

Die zunehmende globale Risikoaversion bis Herbst 2012 wirkte und wirkt sich in Deutschland in entscheidenden Ansätzen zeitversetzt aus. Die deutsche Wirtschaft hängt wesentlich am globalen Investitionsgüterzyklus, der später einsetzt und länger trägt. Die Entspannung der Defizitkrise der Eurozone ab Herbst 2012 hat sich von daher noch nicht im globalen Investitionszyklus und damit in der deutschen Wirtschaft im 4. Quartal 2012 niedergeschlagen.

Die Vereinigten Staaten expandierten 2012 mit 2,3 % nach 1,8 % für 2011 und setzten damit gegen den globalen Trend positive Akzente trotz massiver ungelöster Probleme im US-Haushalt. Der Verzicht auf Strukturreformen schonte 2012 das Wachstum in den USA. Dieser Verzicht wirft andererseits Fragen über die Qualität des Wachstums auf. Daneben profitierte die US-Wirtschaft von Kapitalzuflüssen in die Realwirtschaft durch die europäische Defizitkrise. Darüber hinaus agiert die Federal Reserve mit extremen Maßnahmen, um die Wirtschaft und den Staat zu alimentieren. Die Tatsache, dass die USA die attraktivsten Bedingungen hinsichtlich Energiekosten (Strom, Gas, Destillate) im Vergleich der Industrienationen bieten, zeigt erste Traktion beim Wiederaufbau des industriellen Kapitalstocks.

Das Bild der restlichen westlichen Industrienationen war durchwachsen. Während Kanada mit solidem Wachstum bei 2,0 % aufwartete, sank das BIP in Großbritannien um -0,2 %. Die fragile Situation der japanischen Wirtschaft führte zum Jahreswechsel 2013 zu einem Paradigmenwechsel der japanischen Politik, mit dem Ziel der Abwertung des überbewerteten JPY. Darüber hinaus wurde ein Inflationsziel bei 2 % verankert.

Die Dynamikverluste der Weltkonjunktur seit Ende des 1. Quartals 2012 waren nicht durch Sättigungseffekte in der globalen Wirtschaftszyklik bestimmt, sondern sie waren Reaktionen auf die Verschärfung der europäischen Defizitkrise.

Das Griechenlanddrama zog sich als Belastungsfaktor bis zum Herbst 2012 hin. Es war ein wesentlicher Katalysator, der im September 2012 den Höhepunkt der Spekulation auf den Zerfall der Eurozone auslöste.

Neben der Etablierung des ESM, des Fiskalpakts und eines Wirtschaftspaktes war es entscheidend, dass die EZB im September unlimitierte Anleihekäufe der EZB im Laufzeitsektor bis zu drei Jahren für die Reformländer, die sich unter den ESM-Schirm begeben und sich an den Fiskalpakt halten, in Aussicht stellte. Dieser Schritt der EZB, der bisher keine Aktivitäten der EZB im Sektor der Anleihekäufe erforderlich machte, führte zu einem spürbaren Rückgang der Virulenz der Defizitkrise.

Die fiskalische Gesundung der Eurozone schreitet voran, ohne von den Märkten angemessen diskontiert zu werden. Nachdem die Neuverschuldung der Eurozone 2011 bei 4,1 % des BIP lag, erwarten IWF und OECD eine Reduzierung auf 3,0 % – 3,2 % in 2012. Die Eurozone ist im Vergleich zu den USA, Japan und Großbritannien, deren Werte in 2012 zwischen 8 % – 10 % angesiedelt sind, deutlich attraktiver aufgestellt. Das gilt nicht nur für die Neuverschuldung, sondern auch für Gesamtverschuldung und die umgesetzte Reformpolitik.

Die Folgen des guten konjunkturellen Starts 2012 und der dann einsetzenden erhöhten Risikoaversion waren an den Finanzmärkten spürbar. Die Aktienmärkte sanken nach einem fulminanten Start, der von 5900 auf 7194 Punkte im März führte, auf 5.914 Zähler im Juni, um dann sukzessive zuzulegen. Zum Jahresende 2012 stieg der DAX auf 7.612 Punkte.

Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihe markierten historische Tiefstmarken bei circa 1,10 %, um am Jahresende bei 1,40 % zu oszillieren. Die Reformländer der Eurozone erfreuten sich nach einer Verschärfung der Refinanzierungsbedingungen bis September 2012 einer merklichen Entspannung zum Jahresende 2012.

Der Euro kam nach anfänglich freundlicher Entwicklung und Höchstkursen bei 1.3485 im Februar unter Druck. Im Juli wurden Tiefsturse bei 1.2040 markiert. Im weiteren Verlauf stabilisierte sich der Euro und notiert zum Jahresende 2012 bei 1.3200.

Die EZB sah sich 2012 veranlasst, den Leitzins auf einen neuen historischen Tiefstwert von 0,75 % zu reduzieren.

Region

Die Handelskammer Bremen hegt die Erwartung, dass auch 2012 wie bereits 2011 die bremische Wirtschaft stärker zugelegt hat als die deutsche Gesamtwirtschaft. Entscheidend waren neben der guten Industriekonjunktur das Baugewerbe und der Dienstleistungssektor. Der Handel war in 2012 laut aktuellen Daten ein Belastungsfaktor für die bremische Wirtschaft. Die freundliche Entwicklung des Arbeitsmarktes kam im zweiten Halbjahr 2012 zum Erliegen.

Im Jahresverlauf 2012 haben sich die Geschäftslage als auch die Erwartungslage der bremischen Unternehmen sukzessive abgeschwächt. In der Erwartungslage sank der Saldo aus positiven und negativen Meldungen von 14,2 auf -5,6 im 3. Quartal 2012. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage ging von 33,8 auf 29,8 Saldenpunkte zurück.

Die Abhängigkeit der bremischen Wirtschaft von der Auslandsnachfrage ist grundsätzlich ausgeprägt. Skepsis ob der weiteren Auslandsnachfrage dominierte in den Umfragen bis Herbst 2012. Identisches war vonseiten der Industrie, des Baugewerbes und des Handels zu vermelden. Verkehrs- und Logistikwirtschaft zeigten sich in diesem Umfeld stabil. Das Gastgewerbe legte leicht zu.

Hinsichtlich der Entwicklung der nationalen Indizes (IFO, ZEW) als auch der Entspannung im Rahmen der europäischen Defizitkrise haben sich im vierten Quartal 2012 in der Bewertung der bremischen Unternehmen ein Boden und eine leichte Trendumkehr bei der Konjunkturschätzung ergeben, ohne jedoch nachhaltige Traktion in der Realwirtschaft im 4. Quartal 2012 zu zeitigen.

Der Aufschwung im Oldenburger Land geriet 2012 ins Stocken. Im Verlauf des Jahres 2012, vornehmlich in der zweiten Jahreshälfte, hat sich eine deutliche Abkühlung der Konjunkturlage ergeben. Besonders ausgeprägt war die schwächere Konjunkturlage in der Industrie und dem Transport- und Logistikgewerbe. Binnenwirtschaftlich geprägte Sektoren, wie Baugewerbe, Großhandel und der Dienstleistungssektor, reüssierten 2012. Im Einzelhandel wurden die Erwartungen im Jahresabschlussgeschäft nicht voll erfüllt.

Der Konjunkturklimaindex war im Zuge der verschärften Defizitkrise der Eurozone vom ersten auf das dritte Quartal 2012 von 125 auf 104 Punkte gesunken. Damit wurde erstmals seit Frühjahr 2010 der Fünfjahresdurchschnitt unterschritten. Im vierten Quartal konnte sich der Index im Zuge der rückläufigen Virulenz der europäischen Defizitkrise auf gut 108 Punkte befestigen. Die positiven Veränderungen des Konjunkturklimaindexes haben sich im 4. Quartal nicht nachhaltig in der Realwirtschaft niedergeschlagen.

Die Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg hat in 2012 grundsätzlich Stärke bewiesen. Im Jahresverlauf kam es im Einklang mit der deutschen als auch der globalen Konjunkturlage zu einer langsamen Abschwächung. Die Wirtschaftsbasis war und ist nach Ansicht der IHK solide.

Im vierten Quartal 2012 bewertete ein Drittel aller an der IHK-Umfrage teilnehmenden Unternehmen die Lage als gut. Sechzig Prozent der Unternehmen beurteilten die Situation als befriedigend. Positiv stachen der Einzelhandel, der Großhandel und das Verkehrsgewerbe hervor.

Der Konjunkturklimaindikator, der die Lage der Unternehmen und die Erwartungen abbildet, nahm im Abschlussquartal 2012 um 3 Punkte auf 110,6 Zähler zu.

Die Ertragslage der Unternehmen hat sich im Quartalsvergleich zum Jahresende 2012 verschlechtert. Gleichwohl überwogen mit 25 % gegenüber 20 % die Unternehmen, die eine verbesserte Ertragslage vermeldeten.

Der Arbeitsmarkt war von nur wenigen positiven Impulsen geprägt. Die Bereitschaft zu Neueinstellungen nahm tendenziell ab. Das Verkehrsgewerbe bildete eine positive Ausnahmestellung. Die Investitionsbereitschaft war 2012 ausgeprägt.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank veröffentlicht seit dem Berichtsjahr 2005 als kapitalmarktorientiertes Unternehmen einen Konzernabschluss nach den Vorschriften des HGB. Für das Geschäftsjahr 2007 wurde erstmals ein Konzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung (IAS/IFRS) inklusive Vergleichszahlen für das Jahr 2006 veröffentlicht. Der unter Beachtung der Vorschriften der IAS 27 festgelegte Konsolidierungskreis stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Mutterunternehmen:

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen

Tochtergesellschaften und Investmentfonds, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode bilanziert:

- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- BREBAU GmbH, Bremen
- Ammerländer-Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Im Berichtsjahr 2012 ergaben sich keine Änderungen am Konsolidierungskreis.

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – als Mutterunternehmen ist in der Geschäftsführung und/oder den Aufsichtsgremien vertreten. Die wesentlichen Interessen aus Konzernsicht werden durch die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Planungsprozess koordiniert.

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – als Mutterunternehmen des Konzerns ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 700. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Ratingagenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: D+; Fitch Viability-Rating: bbb-). Die Langfristratings (Fitch: A; Moody's: A3) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten. Im Jahr 2012 haben die Ratingagenturen etliche Ratings europäischer Banken gesenkt. In diesem Zusammenhang wurden auch das Financial-Strength-Rating von Moody's für die Bremer Landes-

bank von C- auf D+ und das Langfristrating auf A3 angepasst. Nennenswerte Auswirkungen auf die Refinanzierung der Bank ergaben sich dadurch bislang nicht.

Das Berichtsjahr war bei stetig guter operativer Ertragslage geprägt von der deutlichen Wertaufholung bei den Kreditderivaten und insbesondere der Situation auf den Schifffahrtsmärkten. Die seitens der globalen Konjunktur erhofften Impulse blieben 2012 aus oder fielen geringer aus als notwendig, um den Schiffssektor aus dem Krisenmodus zu holen. Die demzufolge weiterhin andauernde und in 2012 nochmals stärker ausgeprägte Krise hat daher die Bildung von deutlich über Plan liegender Risikovorsorge erforderlich gemacht. Die konsequente Verfolgung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank hat sich in diesem Umfeld jedoch erneut bewährt.

Im Kontext der nach Basel III künftig sukzessive anzuwendenden Regeln für regulatorische Eigenmittel haben die Träger der Bank die zur Verfügung gestellten sog. stillen Einlagen im Laufe des Jahres 2012 in sog. hartes Kernkapital gewandelt. In diesem Zusammenhang haben sich die Anteile der Träger an der Bremer Landesbank verändert und der Sparkassenverband Niedersachsen ist als weiterer Träger hinzugekommen.

Basierend auf kontinuierlichem kundengetriebenem Wachstum der Erlöse ist es der Bremer Landesbank trotz erhöhter Risikovorsorge und regulatorisch verschärften Anforderungen weiterhin nachhaltig möglich, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet; neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrale Steuerungsinstrumente der Bank bilden die GuV, die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung, der Kostenarten- und der Monatsreport sowie der RTF-Bericht.

Zentrale Größen für die interne Steuerung der Geschäftsfelder sind das Ergebnis vor Steuern sowie die Kennzahl RoRaC (Return on Risk-adjusted Capital).

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR)¹.

Die operativen Erträge umfassen u. a. Zins- und Dienstleistungserträge sowie Nettoergebnisse des Handelsbestandes. Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte.

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Handelsrechtliche Größen wie z. B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z. B. die Überwachung und Steuerung der Risk-Weighted Assets
- Wert- und risikoorientierte Größen wie z. B. der Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die wesentlichen Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

¹ RoE: Ergebnis vor Steuern/Nachhaltiges Kapital. CIR: Verwaltungsaufwand/Summe Erträge vor Risikovorsorge + sonstiges Ergebnis.

Geschäftsentwicklung

Die operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr insgesamt sehr erfreulich entwickelt. Das Zinsergebnis als wichtigste Ertragsquelle stieg kundengetrieben, aber auch aufgrund von Einmaleffekten, erneut kräftig an. Das Provisionsergebnis bewegte sich leicht über dem Niveau des Vorjahres. Das Handelsergebnis hat sich bewertungsbedingt aufgrund der von den Märkten nunmehr unkritischer wahrgenommenen Verschuldung einiger europäischer Staaten deutlich verbessert und schloss demzufolge mit einem hohen positiven Saldo ab.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Die realwirtschaftlichen Folgen der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten wirkten sich im Jahr 2012 – insbesondere im Schifffahrtsbereich – erheblich stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Die Bank hat das Finanzierungsportfolio im Sinne eines konsequenten Risikomanagements fortlaufend analysiert und die Risikovorsorge deutlich über die Planwerte hinaus dotiert.

Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit aus einem Credit Event zugegangenen griechischen Staatsanleihen erforderlich.

Der Verwaltungsaufwand ist im Jahr 2012 angestiegen. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und Sozialabgaben sind aufgrund des plangemäß höheren Personalbestandes im erwarteten Umfang angestiegen. Abweichungen zum geplanten Anstieg der Personalaufwendungen sind primär auf tarifbedingt im Vorjahresvergleich höhere Gehaltszahlungen und auf höhere Vorruhestandsleistungen zurückzuführen. Die erwartete Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen ergab sich hauptsächlich durch den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie und regulatorisch bedingte Projektaufwendungen.

Den in der Immobilienwirtschaft tätigen Tochtergesellschaften ist es trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen gelungen, sich durch Konzentration auf bestimmte Marktsegmente erfolgreich im Markt zu behaupten.

Die BLB Leasing generiert ihr Neugeschäft überwiegend über die Kundenbetreuer der Bremer Landesbank. Diese Geschäftsstrategie hat sich weiter gut bewährt und wiederum zu einem nennenswerten Neugeschäftsvolumen geführt. Der Beaufsichtigung als Finanzdienstleistungsgesellschaft trägt die BLB Leasing angemessen Rechnung.

Das nach nationaler Rechnungslegung ermittelte zufriedenstellende Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 erlaubt es der Bremer Landesbank AöR, die haftenden Eigenmittel durch die Bildung steuerter Reserven zu stärken. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2012 nicht möglich. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzu-

tragen. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung des Konzerns Bremer Landesbank im Jahr 2012 detailliert berichtet.

B. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2012 insgesamt gut entwickelt.

Erfolgsrechnung

	Notes	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 angepasst (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Zinserträge		2.036	2.262	-10
Zinsaufwendungen		1.619	1.887	-14
Zinsüberschuss	18	417	375	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	-228	-108	> 100
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		189	267	-29
Provisionserträge		36	51	-29
Provisionsaufwendungen		9	25	-64
Provisionsüberschuss	20	27	26	4
Handelsergebnis		108	12	> 100
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		-1	0	–
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	21	107	12	> 100
Ergebnis aus Hedge Accounting	22	8	12	-33
Ergebnis aus Finanzanlagen	23	9	-5	–
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	6	10	-40
Verwaltungsaufwand	25	186	159	17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	26	8	1	> 100
Ergebnis vor Steuern		168	164	2
Ertragsteuern	27	46	34	35
Konzernergebnis		122	130	-6
davon: auf Anteilseignern des Mutterunternehmens entfallend		122	130	-6
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		–	–	–

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss ist um 11 % von € 375 Mio. auf € 417 Mio. gestiegen. Aus dem operativen Geschäft mit Kunden der Bank erzielte Beiträge etablierten sich auf hohem Niveau, während Sondereffekte das Zinsergebnis insgesamt positiv beeinflussten.

Wesentlicher Treiber im kundenorientierten Geschäft war erneut das Segment Spezialfinanzierungen, während die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft sich auf hohem Niveau stabilisierten. Die Belastung des Zinsergebnisses aus der gezielten Liquiditätsbevorratung konnte die Bank weiterhin gut verkraften.

In Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital hat die Bank einen im Zinsergebnis ausgewiesenen einmaligen Ertrag aus der Auflösung von Sicherungsgeschäften in Höhe von rd. € 28 Mio. realisiert.

In den kommenden Jahren wird nach Wegfall der Sondereffekte von einer zuerst etwas verhaltenen Entwicklung des Zinsergebnisses ausgegangen, danach wird ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist im Jahr 2012 deutlich auf € 228 Mio. (Vorjahr: € 108 Mio.) gestiegen.

Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Schiffahrtsmärkten wirkten sich im Jahr 2012 deutlich stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Das erneute Überangebot an Schiffstonnage führte zu sinkenden Charraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Eurozone trafen in 2012 auf einen relativ hohen Tonnagezufluss. Im vierten Jahr der Krise konnten zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Bank hat das Finanzierungsportfolio im Sinne eines konsequenten Risikomanagements fortlaufend analysiert und die Risikovorsorge deutlich über die ursprünglichen Planwerte hinaus dotiert. Diese gingen von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten aus.

Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen trägt die Bank vermutlich eingetretenen, aber noch nicht erkannten Risiken Rechnung. Im Berichtsjahr war hier eine Zuführung in Höhe von € 34 Mio. erforderlich (Vorjahr: € 7 Mio.). Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen wurden € 10 Mio. verbraucht (Vorjahr: € 6 Mio.). Die besondere Situation in bestimmten Teilsegmenten des Schiffahrtsektors wurde im Rahmen der Portfoliowertberichtigung erneut mit einem Stressaufschlag in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 5 Mio.) berücksichtigt.

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2013 und 2014 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden Folgen der Finanzmarktkrise und die anhaltenden Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschiffahrt bestimmt. Sofern in 2013 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2012 bewegen.

Provisionsüberschuss

Das Provisionsergebnis ist von € 26 Mio. auf € 27 Mio. und damit um 4 % gestiegen.

Während die Avalprovisionen im Kreditgeschäft auf konstant gutem Niveau gehalten werden konnten, haben sich die übrigen Provisionserträge, z. B. aus dem Wertpapier- und dem Kreditgeschäft sowie dem Zahlungsverkehr, stabil fortentwickelt. Leicht rückläufig waren Gebühren im Bereich Kontoführung, im Auslandsgeschäft und bei den Vermittlungen.

In den Jahren 2013 und 2014 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2012 erreichten Niveau stabilisieren können.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten

Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat sich im Laufe des Jahres 2012 abgeschwächt; die weiterhin bestehende Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu Ausschlägen auf den Märkten geführt, die das Handelsergebnis der Bremer Landesbank im vergangenen Jahr vor allem unter Bewertungsaspekten insgesamt positiv beeinflusst haben. Im Jahr 2012 konnte aus der Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten ein Gewinn von rd. € 107 Mio. verzeichnet werden, während im Vergleichszeitraum lediglich ein Gewinn in Höhe von € 12 Mio. auflief.

Mit aktiven Handelstätigkeiten, die das kundengetriebene Geschäft unterstützen, konnte die Bremer Landesbank im Jahr 2012 erneut erfolgreich an den Finanzmärkten agieren.

Der Bestand an Credit Default Swaps, bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, ist aufgrund von Fälligkeiten leicht zurückgegangen. Mit diesem sog. Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen, genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellem Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen (ISDA-Protokoll vor sog. Big Bang) gegeben. Aufgrund der seit dem Jahr 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Die Bremer Landesbank war Sicherungsgeber eines Credit Default Swaps auf das Risiko Griechenland in nominaler Höhe von umgerechnet rd. € 58 Mio. Durch den Schuldenschnitt Griechenlands im Frühjahr 2012 erhielt die Bremer Landesbank verschiedene lang laufende griechische Staatsanleihen, die zum Zeitpunkt der Lieferung mit dem entsprechenden Fair Value in die Bücher der Bank Eingang gefunden haben und in der Folge konsequent auf die entsprechenden Marktwerte abgeschrieben wurden. Im weiteren Verlauf des Jahres setzte eine Wertaufholung der griechischen Staatsanleihen ein. Daher hat die Bank sich im Dezember dazu entschlossen, ein Umtauschangebot in kurz laufende Nullcouponanleihen der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) anzunehmen, um die Wertaufholung zu realisieren und das langfristig bestehende Griechenland-Risiko aus den Büchern zu entfernen. Das Handelsergebnis der Bank wurde durch die Wertpapierlieferung mit rd. € 15 Mio. belastet. Durch den Umtausch entstand ein

im Finanzanlageergebnis ausgewiesener Gewinn in Höhe von rd. € 9 Mio. Insgesamt wurde das Ergebnis der Bank durch den Vorgang also mit rd. € 6 Mio. belastet.

Hinsichtlich des bereits im Jahresfinanzbericht 2011 beschriebenen Credit Events der irischen Bank Permanent TSB (vorher Irish Life and Permanent) sind keine Veränderungen eingetreten. Für die bestehenden CDS-Kontrakte in Höhe von € 45 Mio. wurden der Bank nach wie vor keine Credit Event Notices zugestellt.

Mitte Dezember 2011 wurde für die in Abwicklung befindliche englische Bank Northern Rock ebenfalls ein sog. Restructuring Credit Event aufgrund der Veränderung der Bedingungen für Nachrangdarlehen festgestellt. Im Bestand der Bremer Landesbank befanden sich CDS in Höhe von € 30 Mio. als Sicherungsgeber und CDS in Höhe von € 10 Mio. als Sicherungsnehmer. Mit dem Partner der Sicherungsgeberkontrakte wurde in 2012 ein Aufhebungsvertrag geschlossen, sodass die Bank hier keine Wertpapiere zum Nominalwert erwerben musste. Die Lieferverpflichtung aus dem Sicherungsnehmerkontrakt konnte die Bremer Landesbank aus vorhandenen Wertpapierbeständen erfüllen.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z. B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

Das Bewertungsergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten hat sich deutlich von € -30 Mio. auf € 95 Mio. verbessert, während das realisierte Ergebnis sich auf € 2 Mio. nach € 24 Mio. im Vorjahr einstellte. Das Handelsergebnis wird nach wie vor wesentlich durch das Bewertungsergebnis aus Credit Default Swaps in Höhe von € 132 Mio. (Vorjahr: € -50 Mio.) geprägt. Die Bank hat diese Positionen in den zurückliegenden Jahren als Kreditersatzgeschäft aufgebaut und führt sie aufgrund der Durchhalteabsicht weit überwiegend im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch. Aufgrund der seit dem Jahr 2008 entstandenen Inaktivität der Märkte für Kreditderivate, die für einige Titel nach wie vor besteht, wurde die Bewertung dieser Finanzinstrumente weiterhin standardkonform auf der Basis eines Bewertungsmodells durchgeführt. Die Schätzparameter für das Modell wurden im Jahr 2012 im Einklang mit dem IAS 39 angepasst. Infolge der Krise wurde von den Märkten das Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften stärker berücksichtigt, differenzierter bewertet und besichert. Dies hat das Bewertungsergebnis ebenfalls beeinflusst.

Im Devisenergebnis verdiente die Bremer Landesbank € 6 Mio. (Vorjahr: € 12 Mio.).

Das Ergebnis aus der Bewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie Designated Fair Value war mit € -1 Mio. (Vorjahr: € 0 Mio.) im Jahr 2012 nur von untergeordneter Bedeutung. Diese Kategorie wird von der Bremer Landesbank nur sehr selten genutzt.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind weiterhin schwierig. Die Märkte reagieren seit Beginn der Finanzkrise überaus empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzsituation bestimmter Staaten im Jahr 2013 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Situation jedoch letztendlich wieder zu einer weitgehenden Beruhigung der Märkte führen muss. Weitere Schwankungen des Bewertungsergebnisses lassen sich aus den angeführten Gründen nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2013 und 2014 im aktiven kundengetriebenen Handelsgeschäft erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen

In dieser Position werden die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungszusammenhängen erfasst. Je effektiver die Hedge-Beziehungen sind, umso geringer sind deren Ergebnisauswirkungen. Die Bremer Landesbank setzt seit Längerem im Rahmen des Fair Value Hedge Accounting Mikro-Fair-Value-Hedges zur Reduktion der Ergebnisauswirkungen von IAS-immanenten sog. Balance Mismatches ein. Im Jahr 2010 wurde das Steuerungsinstrumentarium um den sog. Portfolio Fair Value Hedge erweitert. Hier werden Gruppen bestimmter Grundgeschäfte mit entsprechenden Sicherungsgeschäften zu einem Portfolio zusammengefasst, sodass sich die gegenläufigen Wertentwicklungen dieser Finanzinstrumente nahezu ausgleichen.

Die von der Bremer Landesbank designierten Hedge-Beziehungen erzeugten im Jahr 2012 ein Ergebnis von € 8 Mio. nach einem Wert von € 12 Mio. im Jahr 2011. Sowohl bei den Mikro-Fair-Value-Hedges als auch im Portfolio Fair Value Hedge wurde die negative Wertänderung der Grundgeschäfte durch die positive Wertänderung der Sicherungsgeschäfte kompensiert.

Die Bank geht davon aus, dass das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sich in den kommenden Jahren mit fortgesetzter intensiver Nutzung des Hedge Accounting und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zinslandschaft weiterhin volatil entwickeln wird.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Wertpapieren und Beteiligungen der Kategorie Available for Sale (AfS) beläuft sich auf € 9 Mio. nach € -5 Mio. im Jahr 2011. Während das Ergebnis im Vorjahr durch die Wertkorrekturen eines von der Bank gehaltenen Unternehmensanteils sowie einer stillen Einlage wesentlich beeinflusst wurde, resultiert das Ergebnis des Jahres 2012 aus Veräußerungsergebnissen und erfolgswirksamen Bewertungsergebnissen aus Wertpapieren und Unternehmensanteilen des Finanzanlagenbestandes (siehe auch Abschnitt „Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten“).

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus Unternehmen, die at Equity bewertet werden, beträgt € 6 Mio. nach € 10 Mio. im Jahr 2011. Die der Bremer Landesbank zuzurechnenden anteiligen GuV-Erfolge der at Equity in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen bewegen sich unter Vorjahresniveau.

Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich wie erwartet um 17 % von € 159 Mio. auf € 186 Mio. erhöht.

Die Personalaufwendungen haben sich aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahr plangemäß höheren Personalbestandes, tarifbedingt und infolge höherer Vorruhestandsleistungen von € 91 Mio. um 8 % auf € 98 Mio. erhöht.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich um € 17 Mio. oder 27 % auf € 79 Mio. erhöht. Die erwartete Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen ergab sich hauptsächlich durch den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie bei den projektbedingten Aufwendungen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen haben sich um € 3 Mio. von € 6 Mio. auf € 9 Mio. erhöht. Dies hängt mit den höheren Abschreibungsbeträgen auf Gebäude und langlebige Wirtschaftsgüter zusammen, die hauptsächlich aus der Fertigstellung der Umbaumaßnahmen in Oldenburg resultieren.

Im Jahr 2013 wird ein Rückgang der Personalaufwendungen erwartet; für 2014 unterstellt die Bank einen erneuten tarifbedingten Anstieg. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen ist in den kommenden Jahren eine sukzessive Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf € 8 Mio. nach € 1 Mio. im Jahr 2011. Neben Auflösungen von Rückstellungen sind in diesem Posten auch Aufwendungen und Erträge aus dem Rückkauf eigener Emissionen enthalten. Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen Zinserträge aus Steuererstattungen in Höhe von € 4 Mio. Die sonstigen Aufwendungen entfallen auf Zinsaufwendungen aus Steuernachzahlungen in Höhe von € 2 Mio. sowie die Bankenabgabe in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 5 Mio.).

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns Bremer Landesbank für das Jahr 2012 beträgt € 168 Mio. und ist damit gegenüber dem Jahr 2011 um € 4 Mio. gestiegen. Der gestiegene Zinsüberschuss

sowie das deutlich verbesserte Handelsergebnis (insbesondere aus der Bewertung von Credit Default Swaps) haben die gestiegenen Risikovorsorgeaufwendungen überkompensiert.

Ertragsteuern

Die laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag der Bremer Landesbank haben sich im Vergleich zum Vorjahr um € 31 Mio. auf € 16 Mio. vermindert. Ursächlich ist die Minderung des zu versteuernden Einkommens des Mutterunternehmens.

Die latenten Steuern, die im Jahr 2011 mit einem Ertrag von € 13 Mio. erfasst wurden, belaufen sich im Jahr 2012 auf einen Aufwand von € 30 Mio., sodass sich die Ertragsteuern insgesamt um € 12 Mio. auf € 46 Mio. erhöht haben. Gegenüber dem Vorjahr liegt der Jahresüberschuss vor Steuern über dem tatsächlich zu versteuernden Ergebnis.

Konzernergebnis

Das Konzernergebnis beträgt € 122 Mio. (Vorjahr: € 130 Mio.).

Basis für die Gewinnverwendung ist der Jahresüberschuss des Mutterunternehmens nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften in Höhe von € 31 Mio. (Vorjahr: € 78 Mio.). Die Bank hat sich dafür entschieden, die haftenden Eigenmittel durch Bildung von versteuerten Reserven zu stärken und, anders als in den Vorjahren (2011: € 50 Mio.), von einer Einstellung in die Gewinnrücklagen abzusehen. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2012 nicht möglich. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn in Höhe von € 31 Mio. (Vorjahr: € 28 Mio.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten und der Schuldenschnitt Griechenlands hatten im Jahr 2012 nicht unmaßgeblichen Einfluss auf das Konzernergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch aufgrund ihrer operativ guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass die operative Ertragslage auch in den Jahren 2013 und 2014 gut bleiben wird. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis ausgegangen. Die Zahlung einer Dividende für das Jahr 2013 ist aufgrund der o. a. Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU nicht möglich; für 2014 wird von einer angemessenen Dividendenhöhe ausgegangen.

C. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Als Konsequenz aus der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten im Zusammenhang mit der verschlechterten Bonität einiger Staaten wurde das Interbankengeschäft sukzessive reduziert, während die Kundenforderungen weiter angestiegen sind. Im Ergebnis hat sich die Bilanzsumme von € 34,9 Mrd. auf € 35,6 Mrd. erhöht und liegt damit leicht über Vorjahresniveau.

Forderungen an Kreditinstitute

Als Konsequenz aus der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten im Zusammenhang mit der verschlechterten Bonität einiger Staaten wurde das Interbankengeschäft sukzessive reduziert, sodass sich die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt um € 1,0 Mrd. auf € 3,8 Mrd. reduziert haben. Andere Forderungen an Kreditinstitute bestanden in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich – durch moderates Neugeschäft in Teilsegmenten der Geschäftsfelder Spezialfinanzierungen und Firmenkunden – um rd. 1,0 Mrd. € auf 23,7 Mrd. €. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 66,6 % (Vorjahr: 65,1 %). Eine differenzierte Betrachtung dieser Position findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder im Rahmen der Segmentberichterstattung.

Risikovorsorge

Der offen auf der Aktivseite abgesetzte Bestand an Risikovorsorge des Konzerns Bremer Landesbank hat sich im Berichtsjahr erneut um 41,1 % oder € 152 Mio. auf € 522 Mio. erhöht und beträgt damit 1,9 % des Forderungsbestandes (Vorjahr 1,34 %).

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente (aFV)

In dieser Position werden die Marktwerte der der Kategorie Held for Trading zugeordneten Finanzinstrumente erfasst. Titel mit einem positiven Marktwert werden auf der Aktivseite, solche mit negativen Marktwerten auf der Passivseite ausgewiesen. Der Bestand an Finanzinstrumenten mit positiven Marktwerten hat sich im Jahr 2012 um € 358 Mio. auf € 1.707 Mio. erhöht, während sich die negativen Marktwerte um € 115 Mio. auf € 1.573 Mio. verringert haben.

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken eingesetzt. Darüber hinaus hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapitalspielräume durch Abschluss von Kreditderivaten zur Erzielung von im Handelsergebnis ausgewiesenen Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen, genutzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2012 betrug € 57,1 Mrd. nach € 58,8 Mrd. im Vorjahr und damit das etwa 1,6-Fache (Vorjahr: 1,7-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Positive/negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen und Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Die Fair Values aus Hedge-Derivaten haben sich im Jahr 2012 gemäß der in den Notes unter den Nummern (33) und (46) dargestellten Übersicht verändert. Dem Teil der Wertänderung, der auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen ist, stehen entsprechend gegenläufige Wertänderungen bei den Grundgeschäften gegenüber.

Finanzanlagen/Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

Der Bestand an Finanzanlagen hat sich von € 5,3 Mrd. im Jahr 2011 auf € 5,8 Mrd. im Jahr 2012 erhöht. Hier werden im Wesentlichen Wertpapiere, stille Einlagen und Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen der Kategorie Available for Sale mit ihren Marktwerten ausgewiesen. Der Bestand an Emissionen anderer Schuldner reduzierte sich aufgrund von Fälligkeiten, während börsennotierte Titel öffentlicher Emittenten mit vergleichsweise geringem Risiko zuzugingen.

Der Bestand der Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen hat sich im Berichtsjahr um € 3 Mio. auf € 87 Mio. erhöht. Die Veränderung ergibt sich vollständig aus Zuschreibungen.

Wertpapiere sind entweder der strategischen Position des Vorstands oder dem sog. Credit-Investment-Portfolio des Geschäftsfelds Financial Markets zuzuordnen. Es kam 2012 sowohl zu Bestandsveränderungen durch Ab- und Zugänge von Finanzanlagen als auch durch Wertveränderungen weiterhin gehaltener Papiere. Diese sind in der Neubewertungsrücklage, einer Unterposition des Eigenkapitals, abgebildet.

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z. B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z. B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbau- und Baugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2012 nicht durchgeführt.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien/Immaterielle Vermögenswerte

Das Sachanlagevermögen, in dem die Betriebs- und Geschäftsausstattung und die betrieblich genutzten Gebäude und Gebäudeteile erfasst werden, hat sich bedingt durch die zum Bilanzstichtag durch Umbuchungen von nichtbankbetrieblicher Nutzung aus den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien auf bankbetriebliche Nutzung und Zugängen für die Interimsflächen während der Umbauphase sowie weiteren Vorleistungen für den Umbau des Gebäudes am Domshof um € 28 Mio. auf € 66 Mio. erhöht.

In der Position „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ werden die zur Fremdnutzung vorgesehenen bzw. fremd vermieteten Immobilien des Konzerns ausgewiesen. Die Erhöhung des Bestandes um € 1 Mio. auf € 69 Mio. resultiert aus dem Erwerb eines Gebäudes am Teerhof sowie Umgliederungen in die Sachanlagen.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich um € 1 Mio. auf € 10 Mio. verringert. Dies resultiert aus der Aktivierung der Umsetzung der Integrationsarchitektur (SPOT) als selbst erstellter immaterieller Vermögenswert sowie planmäßiger Abschreibungen.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche/Aktive latente Steuern/Sonstige Aktiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerentlastungen in der Zukunft, die als aktive latente Steuern ausgewiesen werden und im Jahr 2012 € 122 Mio. (Vorjahr: € 143 Mio.) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene sog. laufende Ertragsteueransprüche in Höhe von € 9 Mio. gegenüber € 6 Mio. im Vorjahr. Es ergeben sich somit Ertragsteueransprüche von insgesamt € 131 Mio. gegenüber € 149 Mio. 2011.

Die sonstigen Aktiva betragen per 31.12.2012 € 50 Mio. (Vorjahr: € 27 Mio.). Neben Vorräten, Steuererstattungsansprüchen und aktivierten Erstattungen für die Inanspruchnahme aus Avalverbindlichkeiten sind hier Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von € 15 Mio. (Vorjahr: € 14 Mio.) und Forderungen aus gekündigten Wertpapieren isländischer Banken in Höhe von € 8 Mio. (Vorjahr: € 7 Mio.) enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Bank refinanziert sich auch über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diese stiegen im Geschäftsjahr 2012 um 7,4 % von € 11,0 Mrd. auf € 11,8 Mrd. Während die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften sich im Vergleich zum Vorjahr auf ähnlichem Niveau bewegten, sind die anderen Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten – insbesondere den Verbandsparkassen beträchtlich angestiegen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sank um rd. 1,5 % auf € 10,4 Mrd. Die Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften gegenüber inländischen Kunden gingen deutlich zurück, nahmen aber aus anderen Geschäften leicht zu. Spareinlagen spielen in der Refinanzierung der Bremer Landesbank nur eine untergeordnete Rolle.

Verbriefte Verbindlichkeiten

In den verbrieften Verbindlichkeiten der Bank werden Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen und sonstige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere wie z. B. Commercial Papers ausgewiesen. Der Bestand ist im Jahr 2012 um 2,8 % auf € 8,4 Mrd. zurückgegangen.

Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets in der Segmentberichterstattung im Konzernanhang und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen insgesamt betragen für den Konzern Bremer Landesbank zum Jahresende 2012 € 418 Mio. (Vorjahr: € 319 Mio.) und sind damit um € 99 Mio. gestiegen.

Den weit überwiegenden Teil machen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus, die im Konzern € 374 Mio. nach € 281 Mio. im Vorjahr betragen. Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung wird dabei unter Nutzung bestimmter Parameter, wie z. B. einem konzerneinheitlichen Diskontierungszinssatz basierend auf der Rendite erstrangiger Industrielanleihen mit gleicher Duration, aktuarisch ermittelt. Andere einfließende Parameter sind u. a. Gehalts-, Karriere- und Rententrends und Fluktuationsraten (siehe unter anderem die nachfolgende Übersicht). Das durch die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank zweckgebunden angelegte Vermögen – die sog. Plan Assets – wird zum Zeitwert (€ 34 Mio. nach € 35 Mio. 2011) mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Darüber hinaus werden durch die Veränderung des Diskontierungszinssatzes entstehende finanzmathematische Gewinne bzw. Verluste im Sonstigen Ergebnis abgebildet. Im Berichtsjahr betragen diese kumuliert € -2 Mio. (Vorjahr: € 56 Mio.).

Parameter	31.12.2012	31.12.2011
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,5 %	1,5 %
Rechnungszins	3,6 %	5,1 %
Rententrend:		
Vorstand/Vertragsangestellte p. a.	2,5 %	2,5 %
Gesamtversorgungen p. a.	3,5 %	3,5 %
Additive Versorgungsleistungen p. a.	2,0 %	2,0 %
Neue Versorgungsordnung ermittelt aus	1,0 %	1,0 %
Tarifsteigerungen p. a.	2,0 %	2,0 %
Berufsjahressprünge	—, —*	—, —*
Individuellen Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p. a.	0,4 %	0,4 %
Erhöhungen der gesetzlichen Rente	0,5 %	0,5 %
Erhöhungen der ÖLV-Rente	1,0 %	1,0 %
BVV	0,0 %	0,0 %

* Nicht relevant, da bei den Berechnungen bereits die erreichbaren Endgehälter zugrunde gelegt wurden.

Für Mitarbeiter, mit denen die Bremer Landesbank nach dem 31.12.2008 ein Arbeitsverhältnis begründet hat, ist eine Neuausrichtung der betrieblichen Altersversorgung erfolgt.

Den Versorgungsberechtigten werden jährlich festgelegte Versorgungsbeiträge auf individuellen Versorgungskonten gutgeschrieben, die bis zum Eintritt des Versorgungsfalls mit einem garantierten Zinssatz in Höhe von 3,25 % p. a. verzinst werden. Zur Rückdeckung der zugesagten Versorgungsleistungen erwirbt die Bremer Landesbank in Höhe des jeweils gutgeschriebenen Versorgungsbeitrags Wertpapiere. Die Bemessungsgrundlage für die späteren Versorgungsleistungen richtet sich nach dem höheren Wert aus Versorgungskonto (inklusive Garantieverzinsung) und dem Wert des Wertpapiervermögens bei Eintritt des Versorgungsfalls.

Darüber hinaus besteht für die Versorgungsberechtigten die Möglichkeit, der betrieblichen Altersversorgung durch Entgeltumwandlungen eigene Beiträge zuzuführen.

Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft bestanden am Jahresende in einer Höhe von € 22 Mio. nach € 21 Mio. zum Ende des Vorjahres.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten betragen Ende 2012 € 22 Mio. nach € 17 Mio. im Jahr 2011. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus dem Personalbereich wie z. B. Vorruhestandsrückstellungen in Höhe von € 14 Mio. (Vorjahr: € 13 Mio.) oder Jubiläumsrückstellungen in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 3 Mio.).

Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen/Passive latente Steuern/ Sonstige Passiva

Aus zeitlich begrenzten Unterschieden von Werten in der IFRS-Konzernbilanz für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zu den steuerlichen Werten in den Konzerngesellschaften resultieren potenzielle Ertragsteuerbelastungen in der Zukunft, die als passive latente Steuern ausgewiesen werden und € 2 Mio. (Vorjahr € 2 Mio.) betragen. Darüber hinaus bestehen bereits im HGB-Abschluss sog. laufende Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von € 16 Mio. (Vorjahr: € 32 Mio.). Es ergeben sich somit Ertragsteuerverpflichtungen von insgesamt € 18 Mio. (Vorjahr: € 34 Mio.).

Die sonstigen Passiva betragen per 31.12.2012 € 82 Mio. gegenüber € 34 Mio. zum Vorjahresende. Davon entfallen € 2 Mio. (Vorjahr: € 2 Mio.) auf noch abzuführende Steuern und Sozialbeiträge. Darüber hinaus sind in diesem Posten noch zu zahlende Arbeitnehmervergütungen in Höhe von € 10 Mio. (Vorjahr: € 9 Mio.) und Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen von € 5 Mio. (Vorjahr: € 4 Mio.) enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen auf die Zuführung zum Deckungsstock der Unterstützungskasse (€ 1 Mio.), auf die Passivierung des Sonderabschlags für die Träger in Höhe von € 45 Mio. sowie auf Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank gegenüber Dritten in Höhe von € 17 Mio.

Nachrangkapital

Das Nachrangkapital des Konzerns Bremer Landesbank beläuft sich zum Jahresende 2012 auf € 0,7 Mrd. (Vorjahr: € 1,2 Mrd.).

Im Kontext der nach Basel III künftig sukzessive anzuwendenden Regeln für regulatorische Eigenmittel haben die Träger der Bank die zur Verfügung gestellten und bislang unter dieser Position ausgewiesenen sog. stillen Einlagen in Höhe von € 0,6 Mrd. im Laufe des Jahres 2012 in sog. hartes Kernkapital gewandelt.

Als Ersatz für mittelfristig bestehende Fälligkeiten der übrigen nachrangigen Schuldverschreibungen und zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wurden im Laufe des Jahres 2012 insgesamt € 0,2 Mrd. Nachrangmittel aufgenommen.

Eigenkapital

Im Kontext der nach Basel III künftig sukzessive anzuwendenden Regeln für regulatorische Eigenmittel haben die Träger der Bank die zur Verfügung gestellten sog. stillen Einlagen im Laufe des Jahres 2012 in sog. hartes Kernkapital gewandelt. In diesem Zusammenhang haben sich sowohl die Bestandteile des bilanziellen Eigenkapitals als auch die Anteile der Träger an der Bremer Landesbank verändert (NORD/LB nun 54,8343 % [vorher: 92,5 %]; Land Bremen nun 41,2 % [vorher: 7,5 %]) und der Sparkassenverband Niedersachsen (nun 3,9657 %) ist als weiterer Träger hinzugekommen.

Das Eigenkapital des Konzerns Bremer Landesbank beträgt insgesamt zum Ende des Jahres 2012 € 1.675 Mio. Es hat damit um € 628 Mio. oder 60 % zugenommen. Seit Beginn der Bilanzierung nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung zum Jahresanfang 2006 hat sich das Eigenkapital des Konzerns – unbeachtlich der Wandlung der stillen Einlagen – um € 223 Mio. oder 25 % erhöht.

Da nach IFRS auch Sachverhalte, die die Vermögenslage des Konzerns betreffen, im Sonstigen Ergebnis erfasst werden – d. h. die Wertveränderung der in der Kategorie Available for Sale erfassten Vermögenswerte – und nicht durch die Gewinn- und Verlustrechnung laufen, kommt der Veränderung des Eigenkapitals eine höhere Bedeutung zu als nach den bis 2006 für die Konzernrechnungslegung anzuwendenden Vorschriften des HGB.

Durch die Wandlung stiller Einlagen hat sich das gezeichnete Kapital des Mutterunternehmens auf € 265 Mio. (Vorjahr: € 140 Mio.) erhöht. In diesem Zusammenhang erhöht sich die Kapitalrücklage auf € 478 Mio. (Vorjahr: € 40 Mio.).

Die Gewinnrücklagen im Konzern Bremer Landesbank sind von € 865 Mio. zum Ende des Jahres 2011 auf € 900 Mio. oder 4 % angestiegen. In die Gewinnrücklagen wird im laufenden Jahr der Jahresüberschuss des Vorjahres vermindert um Ausschüttungen an die Träger des Mutterunternehmens eingestellt.

Der Jahresüberschuss des Konzerns Bremer Landesbank beträgt im Jahr 2012 € 122 Mio. (Vorjahr: € 130 Mio.). Eine Ausschüttung des Bilanzgewinns an die Träger der Bremer Landesbank AöR ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2012 nicht möglich. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn in Höhe von € 31 Mio. (Vorjahr: € 28 Mio.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Rücklage aus Erstanwendung, in der die Unterschiede von Vermögenswerten und Verpflichtungen zwischen der nationalen Rechnungslegung und der erstmaligen Anwendung von IFRS als ein fixer Bestandteil dargestellt werden, beträgt € 185 Mio.

Die versicherungsmathematischen Erfolge aus Pensionsrückstellungen betragen nach einem Rückgang des Rechnungszinses von 5,1 % auf 3,6 % nunmehr € -1 Mio. (Vorjahr: € 56 Mio.).

Die Neubewertungsrücklage, in der die Wertänderungen der in der Kategorie Available for Sale geführten Vermögenswerte abgebildet werden, hat sich im Jahr 2012 um € 30 Mio. auf € 32 Mio. erhöht. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Werterholung von Available-for-Sale-Anlagen.

Die Kernkapitalquote des Mutterunternehmens belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 8,8 % (Vorjahr: 9,1 %).

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Das Volumen des als Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dargestellten traditionellen außerbilanziellen Geschäftes der Bremer Landesbank bewegte sich per Jahresende auf unverändertem Niveau von € 1,1 Mrd. (Vorjahr: € 1,1 Mrd.).

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf € 1,8 Mrd. nach € 2,6 Mrd. zum Ende des Vorjahres.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen des Konzerns Bremer Landesbank aus den im Konzernanhang angegebenen Sachverhalten.

Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2012 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schulscheindarlehen betrug € 2,5 Mrd. (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber € 2,3 Mrd. in 2011.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende 2012 € 17,0 Mrd. (Vorjahr: € 17,4 Mrd.).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank betrug per 31.12.2012 rund 0,8 Mrd. € (Vorjahr 1,0 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde im Jahr 2012 in den Währungen EUR, USD, CHF und JPY bedarfsgerecht/gezielt genutzt. Am 31.12.2012 beträgt das ausstehende Volumen € 0,181 Mrd. Gegenwert (Vorjahr: € 0,524 Mrd.).

Kennzahlen

Der Return on Equity (RoE) für das Berichtsjahr 2012 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 10,2 % nach 15,7 % im Vorjahr. Der deutliche Rückgang resultiert überwiegend aus dem beträchtlichen Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) beläuft sich auf 32,0 % nach 36,8 % im Jahr 2011. Die operativen Erträge der Bremer Landesbank sind also im Jahr 2012 stärker gestiegen als die Verwaltungsaufwendungen.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen dem Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft und den Risikoaktiva) per 31.12.2012 beträgt 1,30 % nach einem Stand von 0,62 % im Vorjahr. Der Anstieg resultiert aus der gestiegenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft – insbesondere bei den Schiffsfinanzierungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,4 Mrd. €.), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 17,6 Mrd. € (Vorjahr: rd. 17,9 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,4 % nach 10,6 % zum Ende des Vorjahres. Die Bremer Landesbank AöR hat zum 30. September 2012 einen geprüften Zwischenabschluss nach § 10 Absatz 3 KWG aufgestellt und somit die bis dahin bereits gebildeten Wertberichtigungen auf IRBA-Engagements im Wertberichtigungsvergleich Shortfall reduzierend berücksichtigen können.

Eine zusammengefasste Meldung nach § 10a KWG ist wegen der Befreiungsvorschrift des § 10a Abs. 10 KWG nicht erforderlich.

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude zu tätigen. Am Standort Oldenburg wurden die Baumaßnahmen im Jahr 2010 abgeschlossen und die neuen Räumlichkeiten werden inzwischen bankbetrieblich genutzt. Der Standort Bremen befindet sich weiterhin in der logistischen Vorbereitungsphase für Abriss und Neubau.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z. B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass der Konzern Bremer Landesbank mit seinen durchschnittlich 1.121 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 1.092) zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 1,5 % (Vorjahr: 1,4 %) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,2 Jahren (Vorjahr: 16,2 Jahre) für die Bremer Landesbank AöR widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat es sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie von der berufundfamilie gemeinnützige GmbH in Berlin mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Hierzu hat sie im Jahr 2011 erstmalig einen Nachhaltigkeitsstatus entwickelt, der in einem gesonderten Dokument veröffentlicht wurde. Die Bank hat im Laufe des Jahres 2012 entschieden, das Thema Nachhaltigkeitsmanagement aktiv in die Unternehmensstrategie zu integrieren und erarbeitet nun Ziele und Maßnahmen zu bereits identifizierten Handlungsfeldern.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage an den Schiffahrtsmärkten gute Ergebnis des Jahres 2012 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank – mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft – im und für den Nordwesten. In enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem wirtschaftlichem Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2013 und 2014 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

D. Segmentberichterstattung

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kundensegmente des gewerblichen Kreditgeschäftes zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden ist ausgerichtet auf das Geschäft mit den Unternehmen in der Nordwest-Region und steht seinen Kunden als zuverlässiger Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2012 wurden die Vertriebsaktivitäten auf hohem Niveau weitergeführt. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen zeigten sich im ersten Halbjahr freundlich; im zweiten Halbjahr verlief die Entwicklung durch die erwartete Konjunkturertrübung etwas verhaltener. Das Kreditgeschäft war wiederum der Motor der positiven Entwicklung, Volumensteigerungen konnten beim Einsatz öffentlicher Kreditprogramme und bei Betriebsmittelkrediten erreicht werden.

Für 2013 erwartet das Geschäftsfeld Firmenkunden generell eine verhalten positive Entwicklung der Ertragslage. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass der konjunkturelle Verlauf sich nicht zu deutlich eintrübt und sich die Kreditnachfrage auf hohem Niveau hält.

Insgesamt ist es dauerhaft das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilsegmenten Windkraft, Fotovoltaik und Biogas.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich unter Würdigung der weiterhin herausfordernden Schifffahrtskrise auch in 2012 insgesamt positiv entwickelt und übertrifft die Ertragserwartungen vor Risikovorsorge. Die Wachstumsdynamik verläuft seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise moderater, wobei aber vor allem die Erneuerbaren Energien durch Nutzung der vorhandenen Geschäftspotenziale einen zunehmenden Portfolioanteil ausweisen und zukünftige Ertragsrückgänge in den Schiffsfinanzierungen kompensieren können. Die Risikovorsorge des Geschäftsfeldes wurde aufgrund der nach wie vor angespannten Situation in der Schifffahrt deutlich nach oben korrigiert.

Das Teilsegment Schiffe befindet sich im vierten Jahr der Krise. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Eurozone trafen in 2012 auf einen relativ hohen Tonnagezufluss. Das erneute Überangebot an Schiffstonnage führte zu sinkenden und weiterhin teilweise nicht Kapitaldienst deckenden Charterraten. Historisch niedrige Schiffswerte führten ebenso zu einer Verschlechterung des Portfolios über alle wesentlichen Schiffstypen. Zahlreiche Reedereien konnten infolge der länger als erwartet andauernden Krise ihre Schiffe nicht mehr stützen. Dennoch erweist sich die enge Begleitung der Kunden weiterhin als umsichtig und tragfähig; Neugeschäft wird nur sehr selektiv vor dem Hintergrund des Krisenmanagements vorgenommen. Auch für 2013 wird nicht von einer spürbaren Markterholung ausgegangen. Der Abbau des Überangebotes an Schiffstonnage wird erst auf mittlere Sicht gesehen. Der erhöhten Risikovorsorge stehen zum Teil auch gestiegene Erträge gegenüber.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzier mittelständischer Leasinggesellschaften in 2012 behaupten. Während das Neugeschäft im Rahmen der Planung verlief, konnte die Ertragsprognose übertroffen werden. Die Kompetenzcenter-Funktion innerhalb der NORD/LB-Gruppe und die breite Kundenbasis bieten hier weitere Wachstumspotenziale – auch als verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften. Die Refinanzierung von Factoringgesellschaften rundet das Portfolio ab.

Der deutliche Schwerpunkt des Teilsegmentes Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenter-Funktion im NORD/LB-Konzern übernommen hat. Trotz verhaltenem Neugeschäft in 2012 wurde die Ertragsprognose erreicht und es wird von einer wieder anziehenden Kreditnachfrage ausgegangen. Die demografische Entwicklung und der wachsende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Segmentes.

Im Teilsegment der regenerativen Energien waren erneut die Teilsegmente Windkraft onshore in Deutschland inkl. des zunehmenden Repowering und Fotovoltaik die Haupttreiber für das starke und über den Erwartungen verlaufende Neugeschäft. Die erfolgte Anpassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) wird für 2013 jedoch einen Nachfragerückgang für Fotovoltaik-Finanzierungen bedeuten. Innerhalb der NORD/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenter-Funktion für Biogas und Fotovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet. Vor dem Hintergrund der Energiewende werden weiterhin erfreuliche Wachstumspotenziale gesehen.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank ist nach eigener Einschätzung mit den jeweiligen Teilsegmenten bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert und ermöglicht moderates Wachstum. Dabei wird sich das Portfolio zugunsten der Erneuerbaren Energien und zulasten der Schifffahrt sukzessive verschieben.

Die Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten hatten im Jahr 2012 nicht unmaßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis des Segments. Die Auswirkungen konnten jedoch insgesamt gut verkraftet werden. Sofern in 2013 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte die Risikovorsorge annähernd das Niveau des Jahres 2012 erreichen.

Geschäftsfeld Privatkunden

Die Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise auf das Privatkundengeschäft sind nach wie vor deutlich spürbar. Die Diskussion um die Schuldensituation der Eurostaaten, verbunden mit der Anomalie der Zinsentwicklung, führen zu einer anhaltend starken Verunsicherung der privaten Investoren. In der Folge besteht ein erhöhter Informationsbedarf bei den Kunden, dem die Bremer Landesbank mit ihrem professionellen Kundenmanagement aktiv begegnet. Die Geschäftsstrategie definiert die Bremer Landesbank unverändert als Premiumanbieter für alle privaten Kundengruppen mit einer Spezialisierung auch auf Freiberufler. Schwerpunkt ist dabei die Festigung und der Ausbau der Marktanteile im Segment Private Banking. Das Private Banking der Bremer Landesbank hat seine Leistungsfähigkeit auch in Zeiten der Krise nachhaltig bestätigt.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Dieser wird im Private Banking durch einen streng definierten und permanent qualitätsgesicherten Beratungsprozess gewährleistet und mittels eines finanzplanerischen Vermögenskonzeptes methodisch unterstützt.

Neben der privaten Lebenssituation werden im Rahmen der ganzheitlichen Beratung auch die geschäftlichen Aspekte bei Unternehmern betrachtet. Hier kooperiert das Geschäftsfeld Privatkunden sehr eng mit den anderen Marktbereichen der Bank. Dadurch konnte der als „Unternehmerbanking“ umschriebene Beratungsansatz für Unternehmer erfolgreich ausgebaut und die bestehenden Kundenbeziehungen zur Bremer Landesbank gefestigt werden.

Mit der Einheit Asset- und Portfoliomanagement verfügt die Bremer Landesbank über ein Kompetenzzentrum für die professionelle Vermögensverwaltung. Die Ergebnisse des hier konzipierten SIP®-Investmentprozesses kommen insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen. Die risikoaverse Investmentstrategie aus dem daraus resultierenden SIP®-Investmentprozess konnte in diesem Jahr besonders überzeugen und führte zu deutlichen Volumenzuwächsen in den Zielsegmenten.

Die umfangreichen gesetzlichen Verbraucherschutzforderungen haben sich in diesem Jahr z. B. durch die Einführung des Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetzes (AnSFuG) fortgesetzt.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklungen und dem eingeeengten Angebot für sichere Anlagen wird für das Privatkundengeschäft von weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen ausgegangen.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen der Bank bei.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2012 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das operative Kapitalmarktgeschäft wurde in einem Marktumfeld durchgeführt, das in 2012 erneut durch die Eurokrise und die länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen auf den Finanz- und Realmärkten gekennzeichnet war.

Die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial-Markets-Einheiten entwickelten sich trotz des schwierigen Marktumfeldes erfreulich. Die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der o. g. Kundengruppen mit Geld- und Kapitalmarktprodukten bildeten dabei die Schwerpunkte des Handels.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten in 2012 einen anhaltend intensiven Beratungs- und Betreuungsbedarf in Geld-, Devisen- und Derivateprodukten bei konjunkturell bedingt leicht rückläufigen Umsätzen.

Insgesamt konnten die operativen Aktivitäten des Geschäftsfeldes Financial Markets der Bremer Landesbank erfolgreich zur Erzielung des erreichten Segmentergebnisses eingesetzt werden.

Das im Geschäftsfeld Financial Markets ebenfalls betriebene Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde in 2012 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es erneut gelungen, das Ergebnisniveau zu halten.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus. Daneben hat die Bremer Landesbank die Verbundsparkassen an ihrem erfolgreichen Spezial- und Projektfinanzierungsgeschäft durch Syndizierungen teilhaben lassen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bleibt die Refinanzierung der öffentlichen Hand. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten.

Vor dem Hintergrund der Eurokrise sind trotz der länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen auf den Finanz- und Realmärkten Verwerfungen in diesen Märkten auch in 2013 nicht ausgeschlossen. Das Geschäftsfeld Financial Markets ist aber aufgrund der langjährigen Markterfahrung und der gewachsenen Kundenverbindungen gut aufgestellt für die Unterstützung der Banksteuerung und die nachhaltige Begleitung der Kunden.

E. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012 sind bis zur Aufstellung des Konzernabschlusses nicht eingetreten bzw. im Konzernabschluss berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

F. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach einem Jahr 2012, das durch Dynamikverluste der Weltwirtschaft geprägt war, prognostizieren die führenden internationalen Wirtschaftsinstitute für 2013 verhaltenes Wachstum der Weltwirtschaft. Der IWF unterstellt für 2013 eine Zunahme der weltwirtschaftlichen Leistung in Höhe von 3,5 % nach 3,2 % für 2012. Im laufenden Jahr 2013 bleiben die Schwellenländer mit einem Anteil an der Weltwirtschaft von mehr als 50 % wesentlicher Motor der Weltwirtschaft. Der IWF erwartet in diesem Segment Wachstum in einer Größenordnung von 5,5 % nach 5,1 % von 2012. Die Industrienationen sollen gemäß aktueller Analyse des IWF mit einer Zunahme um 1,4 % nach 1,3 % in 2012 aufwarten.

Aus der Analyse der globalen zyklischen Kräfte, ob Lagerzyklus oder Investitionsgüterzyklus, lassen sich Untersättigungseffekte erkennen, die politisch bedingt waren und sind. Die bis September zunehmende Defizitkrise der Eurozone war der Katalysator der globalen Dynamikverluste der Weltkonjunktur. Die Maßnahmen der politischen Eliten der Eurozone, ob die Aufsetzung des ESM, der Wirtschaftspakt oder der Fiskalpakt, aber insbesondere das unabhängig verkündete konditionierte Staatsanleiheankaufprogramm der EZB, bildeten und bilden den Boden für eine nachhaltige Entspannung der von der Eurozone ausgehenden politischen Risiken für die Weltkonjunkturlage.

Die durch das politische Risiko des möglichen Zerfalls der Eurozone forcierte Untersättigung im Lager- und Investitionsgüterzyklus des Jahres 2012 eröffnet entsprechend Potenzial für eine stärkere weltwirtschaftliche Konjunkturlage für 2013 durch notwendige Aufholeffekte als derzeit in Prognosen unterstellt.

Zu Jahresbeginn 2013 signalisieren die Finanzmärkte im Rahmen der Bewertung der Reformländer und Risikoaktiva Zuversicht. Frühindikatoren und Einkaufsmanagerindizes legen weltweit zu und überraschen überwiegend in der Amplitude der Anstiege. Auffällig ist die Homogenität auf globaler Ebene, also die Gleichschaltung des internationalen Konjunkturtrends. Realwirtschaftliche Entscheidungen im Investitionssektor bedürfen anderer Vorlaufzeiten als finanzwirtschaftliche Investitionen, die per Knopfdruck revidierbar sind. Üblich sind je nach Umfang der Investition sechs bis zwölf Monate. Entsprechend ist die maßgebliche realwirtschaftliche Traktion der Entspannung der Defizitkrise der Eurozone im Jahresverlauf ab 2. Quartal 2013 zu erwarten.

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht für Dezember 2012, dass sich die Konjunkturperspektiven in Deutschland im Winterhalbjahr eingetrübt hätten. Die Bundesbank unterstellt, dass die Schwächephase nicht allzu lange anhalten und Deutschland wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren würde. Grundvoraussetzung seien einerseits eine Wiederbelebung

der Weltwirtschaft, eine Fortsetzung des Reformprozesses in der Eurozone und das Ausbleiben größerer negativer Überraschungen.

Die Bundesbank unterstellt für Deutschland für 2013 nur sehr verhaltenes Wachstum des BIP in Höhe von 0,4 %. Die Bundesbank weist in ihrem Monatsbericht auf das hohe Maß an Unsicherheiten hin. Ein deutlich positiveres Konjunkturszenario der Weltwirtschaft, der Eurozone und auch Deutschlands wird ausdrücklich nicht ausgeschlossen.

Infolge des Wachstums der letzten Jahre, den Folgen der Agenda 2010, des sehr niedrigen Eurokurses in 2012 und extrem günstiger Refinanzierungsbedingungen für Deutschland an den Kapitalmärkten kommt die Gesundung des öffentlichen Haushalts in Deutschland voran. So wie das Jahr 2011 hinsichtlich der Haushaltsprognosen der Bundesregierung positiv überraschte, ergab sich auch 2012 gegenüber der Planung ein deutlich höheres Steueraufkommen mit der Folge eines geringen öffentlichen Haushaltsüberschusses in Höhe von 0,1 % des BIP. Im Jahr 2013 hängt die Haushaltslage wesentlich an der Konjunkturlage. Die Bundesbank erwartet auf Basis der sehr moderaten Wachstumsprognose laut Monatsbericht Dezember 2012 ein Haushaltsdefizit in Höhe von 0,75 % des BIP.

Die Finanzmärkte zeigen sich zu Jahresbeginn 2013 in einer entspannten Haltung gegenüber den europäischen Reformländern. Diese Tendenz ergibt sich seit September 2012 und hat dank der Haltung der EZB und der politisch Verantwortlichen der Eurozone die Qualität einer dauerhaften Neubewertung, die hinsichtlich der gegebenen Reformfolge der Peripheriestaaten sachlich verdient ist.

Die dauerhafte Nullzinspolitik der Federal Reserve, das monatliche Federal Reserve-Anleiheankaufprogramm im Volumen von 85 Mrd. USD, die Geldpolitik und die Zinspolitik der Bank of England, das ambitionierte britische Anleiheankaufprogramm und die aggressive Neuausrichtung der Bank of Japan bei Zins-, Geld- und Anleiheankaufpolitik unterstreichen den Willen der entscheidenden Zentralbanken, Grundlagen für konjunkturelle Stabilität und Expansion zu liefern. Sie schaffen unterschwellig Anreize, für eine Positionierung in den Klassen der Risikoaktiva, mit dem Ziel, die Funktionalität dieser Märkte für die Realwirtschaft zu beleben und zu gewährleisten. Sie schaffen andererseits Risiken. Überbewertung wirtschaftlicher Aktiva mit Blasenbildung oder Gefährdung der Preisstabilität sind in 2013 mögliche Problemfelder.

Vor diesem Hintergrund sind die deutschen Bundesanleihen ambitioniert bewertet. Aktien (DAX) sind im historischen Vergleich und unter zyklischen Gesichtspunkten unterbewertet. Die verhalten eingeschätzten Inflationspotenziale basieren auf moderaten Wachstumsprognosen. Bei einer Belebung der Weltwirtschaft ergeben sich höhere Inflationsrisiken als derzeit diskontiert.

Region

Laut der Handelskammer-Konjunkturumfrage Bremens kam es im vierten Quartal 2012 zu einer Verbesserung des Konjunkturklimas nach Rückgängen bis Herbst 2012. Die Korrelation mit der Entspannung der europäischen Defizitkrise und den damit abnehmenden politischen Risiken, die die Weltwirtschaft belasteten, ist ausgeprägt.

Die Geschäftslage wird zum Jahresende 2012 überwiegend als gut klassifiziert. Die Erwartungshaltung hat sich leicht verbessert.

Die Risikoeinschätzungen der befragten Unternehmen fallen moderater als im Vorquartal aus. Beschäftigungspläne bewegen sich auf stabilem Niveau. Insbesondere der industrielle Sektor befindet sich wieder im Aufwind. Leicht verstärkte Investitionsbereitschaft ist erkennbar. Hier spielen vor allen Dingen Ersatzinvestitionen eine hervorgehobene Rolle. Diese Tendenz untermauert die These der Untersättigung im Investitionsgüterzyklus, die es aufzuholen gilt.

Die enge Verknüpfung der bremischen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft signalisiert grundsätzlich für 2013 einen höheren Wachstumspfad als 2012.

Der Tendenzumschwung der Konjunkturumfrage impliziert für 2013 einen positiven Auftakt und nachhaltiges Potenzial für eine fortgesetzte wirtschaftliche Expansion.

Hinsichtlich der geringeren, aber unverändert gegebenen politischen Risiken bezüglich der europäischen Defizitkrise als auch internationaler Ungleichgewichte sind konjunkturelle Rückschläge nicht auszuschließen. Entsprechend wird sich die wirtschaftliche Expansion am Pfad der politischen Entwicklungen orientieren und sukzessive Raum greifen.

Die oldenburgische Wirtschaft zeigt sich ob der Konjunktorentwicklung laut der Konjunkturumfrage des vierten Quartals der Oldenburgischen IHK für 2013 optimistischer als im Vorquartal.

Der Optimismus für 2013 ist gepaart mit unverändert schwierigen Rahmenbedingungen aus Sicht der Unternehmen. Steigende Energiepreise neben der abnehmenden, aber immer noch gegebenen Staatsschuldenkrise als auch Risiken für die Weltwirtschaft bleiben kritische Themen in der Wahrnehmung der Wirtschaft.

Die Unternehmen erwarten ab 2. Quartal 2013 eine Belebung der Konjunktur. Verbesserte Exportchancen, stärkere Investitionstätigkeit und Wachstum des Dienstleistungssektors sind voraussichtlich die maßgeblichen Katalysatoren der Konjunktorentwicklung in diesem IHK-Bezirk. Nachhaltige Veränderungen am Arbeitsmarkt zeichnen sich laut Umfrage für 2013 nicht ab.

Die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg konstatiert zu Jahresbeginn 2013 die robuste Verfassung der Wirtschaft in diesem IHK-Bezirk, die sich von anderen Bezirken

auch in der konjunkturellen Abschwächung in 2012 positiv abhob. Im vierten Quartal legte der Konjunkturklimaindex nach zwei Rückgängen zuvor wieder zu.

Laut IHK ist die Ausgangsposition der regionalen Wirtschaft hervorragend. Tragende Sektoren der regionalen Konjunkturentwicklung für 2013 sind voraussichtlich Großhandel, Einzelhandel und Verkehrsgewerbe. Die Investitionsbereitschaft ist in diesem IHK-Bezirk ausgeprägt. Wachstumschancen liegen darüber hinaus in einem verstärkten Exportgeschäft. Die positiven Impulse für den Arbeitsmarkt sind zu Jahresbeginn übersichtlich.

Losgelöst von der robusten Gesamtlage und der positiven Erwartungshaltung ist für die weitere Konjunkturentwicklung das global gegebene politische Risikocluster von hoher Bedeutung.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem wirtschaftlichem Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2013 und 2014 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat sich im Laufe des Jahres 2012 abgeschwächt, die weiterhin bestehende Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch weiterhin zu deutlichen Ausschlägen auf den Märkten geführt. Die negativen Folgen der Krise wirkten sich insbesondere im Schifffahrtsbereich auch im Jahr 2012 in der Realwirtschaft aus. Dies wird vermutlich auch in den kommenden Jahren noch eine Rolle spielen.

Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens als Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie z. B. in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktkompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Die im Immobiliengeschäft tätigen Tochtergesellschaften der Bank gehen von mittel- bis langfristig stabilen bzw. langfristig kontinuierlich steigenden Ergebnissen aus.

Die BLB Leasing GmbH geht davon aus, dass das Neugeschäftsvolumen sowie der Ertrag das Niveau des Jahres 2012 erreichen werden. Die Entwicklung der Wirtschaftskraft der Unternehmen in der Region schafft die Voraussetzungen dafür, dass die BLB Leasing GmbH in Zusammenarbeit mit der Bremer Landesbank ihre Funktion als Investitionsfinanzier für die gemeinsamen Kunden wahrnehmen kann. Wichtigstes und weiter auszubauendes Geschäftsfeld bleibt nach wie vor das Direktgeschäft mit Kunden der Bremer Landesbank durch die Kundenbetreuer der Bremer Landesbank.

Gesamtbanksteuerung

Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung der wert- und risikoorientierten Steuerung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. In 2012 wurde eine Vielzahl von Aktivitäten zur Unterstützung der obersten Entscheidungsträger, der laufenden Optimierung der Steuerung und zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfolgreich durchgeführt. Beispiele sind die intensive Begleitung der Kapitalwandlung und die Vorbereitung auf die neuen Meldungen nach den Basel-III-Vorschriften.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nach den Einschätzungen der Bank wird das Konzernergebnis im Jahr 2013 wegen der anhaltend schwierigen Lage an den Schiffsmärkten zurückgehen, um mit deren allmählichen Nachlassen ab 2014 wieder anzusteigen. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis ausgegangen. Die Zahlung einer Dividende für das Jahr 2013 ist aufgrund der Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU nicht möglich; für 2014 wird von einer angemessenen Dividendenhöhe ausgegangen. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank nicht erforderlich sein.

In den kommenden Jahren wird nach Wegfall der Sondereffekte von einer zuerst etwas verhaltenen Entwicklung des Zinsergebnisses ausgegangen; danach wird ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt.

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2013 und 2014 wird voraussichtlich noch durch die allmählich nachlassenden Folgen der Finanzmarktkrise und die anhaltenden Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschiffahrt bestimmt. Sofern in 2013 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte sich die Risikovorsorge auf dem Niveau des Jahres 2012 bewegen.

In den Jahren 2013 und 2014 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2012 erreichten Niveau stabilisieren können.

Prognosen zur Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten sind weiterhin schwierig. Die Märkte reagieren seit Beginn der Finanzkrise überaus empfindlich auf beunruhigende Nachrichten. Die Bank geht davon aus, dass die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzsituation bestimmter Staaten im Jahr 2013 anhalten werden, der globale Wille zur Bewältigung der Situation jedoch letztendlich wieder zu einer weitgehenden Beruhigung der Märkte führen muss. Weitere Schwankungen des Bewertungsergebnisses lassen sich aus den angeführten Gründen nicht gänzlich ausschließen. Es werden jedoch gute Chancen gesehen, auch in den Jahren 2013 und 2014 im aktiven kundengetriebenen Handelsgeschäft erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Die Bank geht davon aus, dass das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen sich in den kommenden Jahren mit erweiterter Nutzung des Hedge Accounting und in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zinslandschaft weiterhin volatil entwickeln wird.

Im Jahr 2013 wird ein Rückgang der Personalaufwendungen erwartet; für 2014 unterstellt die Bank einen erneuten tarifbedingten Anstieg. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen ist in den kommenden Jahren eine sukzessive Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity sich im kommenden Jahr stabilisiert, um danach kontinuierlich anzusteigen. Die Cost-Income-Ratio wird sich in den kommenden Jahren zwar über dem Niveau des Jahres 2012 bewegen, aber dennoch ein komfortables Niveau halten. Die Risikoquote wird im Prognosezeitraum insgesamt voraussichtlich leicht absinken. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum weiter ansteigen.

Gesamtaussage

Die Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten und der Schuldenschnitt Griechenlands hatten im Jahr 2012 nicht unmaßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch aufgrund ihrer operativ guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass die operative Ertragslage auch in den Jahren 2013 und 2014 gut bleiben wird.

G. Chancen- und Risikobericht

Der Risikobericht der Bremer Landesbank und des Teilkonzerns Bremer Landesbank zum 31.12.2012 wurde auf Basis des IFRS 7 erstellt; ferner wurden die nationalen Vorgaben des HGB sowie des näher konkretisierenden Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS 5 beziehungsweise DRS 5-10 berücksichtigt.

Anwendungsbereich

Die Risikoberichterstattung hat prinzipiell alle Unternehmen aus dem Konsolidierungskreis (IFRS) zu berücksichtigen. Die gemäß MaRisk erforderliche Wesentlichkeitsanalyse hat für die Bremer Landesbank in 2011 ergeben, dass alle unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften unter Risikogesichtspunkten unwesentlich sind. Die Bremer Landesbank nimmt daher grundsätzlich keine qualitative Einwertung etwaiger Risiken aus Bremer Landesbank-Töchtern in den IFRS-Notes vor. Bedeutende oder spezifische Risiken werden aber unabhängig von den Ergebnissen der Wesentlichkeitsprüfung insgesamt erläutert.

Gesamtbanksteuerung

Strategie und Management

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit. Als für die Bank wesentliche Risiken gelten Adressrisiken (Kredit- und Beteiligungsrisiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken.

Die Bremer Landesbank lebt eine offene Risikokultur und fördert damit den bewussten Umgang mit Risiken. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind in der Bank klar geregelt. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung und -überwachung trägt der Gesamtvorstand.

Der Vorstand hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der MaRisk und an der Risikostrategie für die NORD/LB-Gruppe. In der Strategie spiegelt sich die nachhaltige Risikopolitik des Geschäftsmodells der Bremer Landesbank wieder. Sie dient als Leitlinie für die Bremer Landesbank und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses der wesentlichen Risikoarten. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Der Vorstand hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und den internen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Der Risikomanagementprozess unterliegt einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Aufbau- und Ablauforganisation, der Methodik der Risikoquantifizierung sowie der Aktualität relevanter Parameter.

Die Bank hat einen bereichsübergreifenden Risikomanagementprozess implementiert. Im Rahmen des Prozessschrittes Risikoidentifikation (Risikoinventur) werden die für die Bank relevanten Risikoarten mindestens jährlich sowie anlassbezogen identifiziert und auf ihre Wesentlichkeit analysiert. Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die weiteren Prozessschritte Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Die Prozessschritte werden laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung werden sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das bankweit veröffentlichte Risikohandbuch hat die Funktion eines Klammerdokuments und verbindet die drei Dimensionen Strategien, Methoden und Prozesse. Es trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei, ist Basis für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins und schafft die notwendige Transparenz. Konkretisierungen und Details werden in risikoartenspezifischen Risikohandbüchern, Rahmendokumenten und Arbeitsanweisungen geregelt und durch Vorstandsbeschlüsse ergänzt. Im Rahmen der Anforderungen an die schriftlich fixierte Ordnung werden die Dokumente des Risikomanagementsystems regelmäßig aktualisiert.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet, die dazu beitragen, latente Risiken frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren und an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Aufbauorganisation

Grundsätzlich sind der Vorstand und die am Risikomanagementsystem beteiligten Organisationseinheiten in gruppenweite Gremien einbezogen, um die Vorgaben der Risikostrategie der NORD/LB-Gruppe einzuhalten. Gruppenweite methodische Standards werden so gewährleistet und weiterentwickelt bzw. abweichende institutsspezifische Regelungen abgestimmt.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Gruppen Marktpreisrisikocontrolling und Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling entwickeln in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt

in den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Interne Revision prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten begleitet sie wesentliche Projekte und wird beratend tätig.

Das Interne Kontrollsystem (IKS) der Bank schafft eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation und fördert somit die Prozesssicherheit, die Optimierung der Geschäftsabläufe und das Risikobewusstsein im Unternehmen.

Der Bereich Compliance fungiert als zentrale Beratungs- und Überwachungsstelle zur Einhaltung der Anforderungen an die Bank, u. a. in den Themenbereichen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen und Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen und Outsourcing nach MaRisk. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Der Neue-Produkte-Prozess regelt den Umgang mit neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen und neuen Dienstleistungen. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist es, dass alle Auswirkungen der neuen Geschäftsaktivität auf das Risikoprofil und das Risikomanagement im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden. Die Aufnahme der neuen Geschäftsaktivität wird abschließend durch den Vorstand beschlossen.

Weiterführende Aussagen zur Organisation des Risikomanagements finden sich in den folgenden Teilabschnitten je Risikoart.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Da die Bremer Landesbank eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist, sind gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess, der auch die Rechnungslegungsprozesse bei den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einbezieht, zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die vom Management im Unternehmen

eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten maßgeblich beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Konzernabschlusses sowie die Konzernlageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Konzernabschluss nach den Vorschriften der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Ferner werden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) im Rahmen des § 315a HGB und die Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) berücksichtigt.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochter- und assoziierten Unternehmen erstellen diese Berichte (sogenannte Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben aufgestellt werden.

Die Erstellung des Konzernabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Gesamtbanksteuerung gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken

Im Rahmen des Konzernrechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/ Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Konzernlagebericht

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interner Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen

und Tochterunternehmen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des konzernrechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Konzernabschlusses einschließlich Lagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Konzernabschlusses einschließlich Konzernlagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Komponenten des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Eine Komponente des konzernrechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in

Bezug auf das Interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Konzernabschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit dem Konzernhandbuch unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Gesamtbanksteuerung qualitätsgesichert. In regelmäßigen Informationsveranstaltungen für Tochtergesellschaften werden die Vorgehensweise für den Konzernabschluss erläutert und IFRS-Neuerungen weitergegeben.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommen entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Berichterstattung

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte, zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Mit dem monatlichen Bericht über die Risikotragfähigkeit erfolgt die Überwachung der in der Risikostrategie verabschiedeten Risikokapitalallokation und der Risk-Weighted Assets (RWA)-Obergrenzen. Der Vorstand erhält im Rahmen der Risikoberichterstattung regelmäßig und anlassbezogen weitere risikoartenspezifische Berichte.

Dem Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss, einem Ausschuss des Aufsichtsrates, wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation berichtet.

Nähere Erläuterungen zu den einzelnen Berichten sind in den jeweiligen Unterkapiteln zu finden.

Risikotragfähigkeit

Die Bremer Landesbank hat in einem mehrstufigen Prozess das Gesamtrisikoprofil ermittelt. Es bildet die für die Bank relevanten Risiken ab und unterscheidet zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risikoarten. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle Risikoarten, die die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen wesentlich beeinträchtigen können. Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank wird jährlich sowie anlassbezogen überprüft (Risikoinventur) und bei Bedarf angepasst.

		Risiko/Subrisiko (Risikouniversum)		relevant	wesentlich
Adressrisiken	Kreditrisiken	Klassisches Kreditrisiko	Ausfallrisiko im Handel Wiedereindeckungsrisiko	x	x
		Adressrisiko des Handels	Settlementrisiko Emittentenrisiko		
		Beteiligungsrisiken		x	x
Marktpreisrisiken	Zinsrisiken	Allgemeines Zinsrisiko ¹⁾ Besonderes Zinsrisiko		x	x
	Währungsrisiken				
	Aktienkursrisiken Fondspreisrisiken				
Liquiditätsrisiken	Volatilitätsrisiken			—	—
	Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch				
	Rohwarenrisiken				
Operationelles Risiko	Klassisches Liquiditätsrisiko			x	x
	Refinanzierungsrisiko				
	Marktliquiditätsrisiko				
Weitere Risiken	Rechtsrisiko			x	x
	Reputationsrisiko als Folgerisiko				
	Compliance-Risiko				
Weitere Risiken	Outsourcing-Risiko			x	—
	Fraud-Risiko				
	Veritätsrisiko				
	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken				
	Reputationsrisiken				
	Syndizierungsrisiken				
	Modellrisiken				
Kollektivrisiken					
Versicherungstechnische Risiken					
Restwertrisiken					
Immobilienrisiken					

¹⁾ Credit-Spread-Risiken im Handelsbuch werden unter dem allgemeinen Zinsrisiko subsumiert.

Die aus den wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank resultierenden Risikopotenziale müssen durch das Risikodeckungskapital laufend abgedeckt sein. Die Überwachung erfolgt auf Grundlage des Risikotragfähigkeitsmodells (RTF-Modell).

Vor dem Hintergrund der branchenweiten Diskussion mit der deutschen Aufsicht zur Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und den diesbezüglich von der Aufsicht formulierten Anforderungen wurde das RTF-Modell in der NORD/LB-Gruppe einer kritischen Prüfung unterzogen, um auch künftig die Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu erfüllen. Die Umstellung auf das überarbeitete RTF-Modell erfolgte zum Stichtag 31. März 2012. Weitere Änderungen erfolgten zum Stichtag 31. Dezember 2012.

Das RTF-Modell besteht aus drei Säulen:

- Die erste Säule stellt die Going-Concern-Sicht dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus, auch dann, wenn alle zur Verfügung stehenden Deckungsmassen aufgezehrt worden sind. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt im neuen Modell auf dieser ersten Säule. Diese Säule ist seit der Umstellung maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk, bisher war dies die zweite Säule, die ökonomische Kapitaladäquanz.
- Die zweite Säule wurde als Gone-Concern-Sicht (Liquidationsszenario; bisher ökonomische Kapitaladäquanz) ausgestaltet. Sie wird als Nebenbedingung weitergeführt. In der Gone-Concern-Säule wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitaleseitig werden sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.
- In der dritten Säule, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Während die Risikotragfähigkeit bisher über den Deckungsgrad definiert wurde, erfolgt die Überwachung der Tragfähigkeit seit dem 31. März 2012 über den Auslastungsgrad (Quotient aus Summe der Risikopotenziale und gesamtem Risikokapital).

Hinsichtlich des Shortfalls wird seit dem 31. Dezember 2012 in der ersten Säule – korrespondierend zu den übrigen Risikopotenzialen – nicht mehr die regulatorische Größe, sondern die ökonomische Größe in der Position „Sonstige“ berücksichtigt.

Stressbetrachtungen ergänzen alle drei Säulen. Die Stresstests basieren auf den Geschäfts- und Risikoschwerpunkten der Bremer Landesbank. Alle Stress-Szenarien sind risikoartenübergreifend ausgestaltet und haben eine Risikokapital- und eine Risikopotenzialwirkung.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart

betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Risikoartenübergreifende Konzentrationen werden mit den gezielten Stresstests regelmäßig überwacht und berichtet.

Die Risikoneigung der Bank wird nach Abzug eines Puffers durch den Vorstand der Bank in der Risikostrategie festgelegt. Es sind operative Limite für jede Risikoart festgelegt. Parallel erfolgt die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder der Bank in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva. Die genannten Kennzahlen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht.

Entwicklung im Jahr 2012

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals in der ökonomischen Kapitaladäquanz

(in Mio. €)	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2012		31.12.2011 ¹⁾	
Risikokapital	553,4	100,0 %	557,9	100,0 %
Kreditrisiken	147,9	26,8 %	124,1	22,2 %
Beteiligungsrisiken	3,9	0,7 %	4,3	0,8 %
Marktpreisrisiken	55,1	10,0 %	30,9	5,5 %
Liquiditätsrisiken	17,0	3,1 %	22,2	4,0 %
Operationelle Risiken	7,7	1,4 %	7,2	1,3 %
Sonstige	-127,3	-23,0 %	-132,4	-23,7 %
Risikopotenzial gesamt	104,3		64,6	
Auslastungsgrad		19,0 %		11,6 %

¹⁾ Per 31.12.2011 fließt in die Risikopotenzialberechnung methodisch bedingt als Abzugsposten unter „Sonstiges“ maximal der Kreditrisikobetrag ein (€ -124,1 Mio.). Daraus ergibt sich der in der Tabelle ausgewiesene Risikopotenzialbetrag sowie der Auslastungsgrad per 31.12.2011.

Der Auslastungsgrad beläuft sich zum 31. Dezember 2012 auf 19,0 %. Die Vergleichswerte zum 31. Dezember 2011 werden unter nachträglicher Berücksichtigung der vorgenommenen Überarbeitung des RTF-Modells ausgewiesen.

Auch im Jahr 2012 haben die Ratingagenturen weltweit die Ratings von Banken kritisch beurteilt. Im Februar hat Moody's angekündigt, 116 europäische Banken wegen der möglichen negativen Einflüsse der weiterhin bestehenden europäischen Staatsschuldenkrise auf das wirtschaftliche Umfeld und ihre Ertragssituation auf eine Herabstufung zu überprüfen. In diesem Zusammenhang hat Moody's auch das Rating für die Bremer Landesbank auf A3 (langfristig) und P-2 (kurzfristig) bei stabilem Ausblick herabgestuft. Das Langfristrating von Fitch ist mit A (stabiler Ausblick) bestätigt worden (kurzfristig F1).

Im Jahr 2012 hatten zwei Eigenkapital erhöhende Maßnahmen Auswirkungen auf die Risikokapitalsituation der Bank. Am 28. August 2012 wurden stille Einlagen in Höhe von € 607,9 Mio. umgewandelt. Die neue Kapitalstruktur ermöglicht der Bank auf Anhieb die Erfüllung der Anforderungen nach Basel III. Per 16. November 2012 wurden € 150 Mio. und per 6. Dezember 2012 weitere

€ 50 Mio. Nachrangkapital aufgenommen. Der Auslastungsgrad in der Going-Concern-Sicht des Risikotragfähigkeitsmodells lag per 31. Dezember 2012 bei 19,0 %. Die Gesamtkennziffer verbesserte sich per 31. Dezember 2012 von 10,6 % auf 11,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Schuldenkrise vieler Euroländer, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, verstärkte sich im 1. Halbjahr 2012, verbunden mit einem Anstieg des Itraxx Financial 5y Senior, der im Mai 2012 mit 305 BP den Höchststand sah. Mit der Ankündigung von EZB-Präsident Draghi, alles für die Stabilität der Eurostaaten zu tun und dem verstärkten Bekenntnis der europäischen Regierungen zum Erhalt des Euro stabilisierten sich die Märkte und insbesondere die Renditen am Kapitalmarkt für Anleihen Spaniens und Italiens gingen deutlich zurück. Der Itraxx Financial 5y Senior fiel bis zum Jahresende auf 141 BP. Das Vertrauen in das Bankensystem ist trotz der massiven Kapitalerhöhungen in 2012 noch nicht zurückgekehrt. Das Bankensystem bleibt von der EZB-Refinanzierung abhängig. Allerdings ist eine Stabilisierung eingetreten und im 2. Halbjahr konnten vermehrt ungedeckte Anleihen am Kapitalmarkt platziert werden.

Nachdem die aus dem Credit Event Griechenlands gelieferten Wertpapiere verkauft wurden, befindet sich mit Italien nur noch ein direktes Staatsrisiko in Form von Kreditderivaten im Credit-Investment-Portfolio der Bank. Das Portfolio wird von Bankenrisiken dominiert, die gut diversifiziert sind. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultieren nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital.

Kreditrisiko

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

- Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.
- Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.

- Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.
- Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wieder eingedeckt werden muss.
- Das Settlement-Risiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.
- Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder aufgrund der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Strategie und Management

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Für das Credit-Investment-Portfolio besteht ein Neugeschäftsverbot.

Aufbauorganisation

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und

das unabhängige Berichtswesen vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktstimmums als auch ein Zweitstimmum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitstimmums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank zuständig. Der Bereich Marktfolge überwacht unabhängig von den Marktbereichen die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) bzw. dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrates hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Berichterstattung

Dem Vorstand werden im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM) und quartalsweise ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolios erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.

- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Kreditnehmereinheiten berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bremer Landesbank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.
- Jeweils zum Quartalsende erstellt das Risikocontrolling einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise erstellte Pfandbriefreporting der Bank ist Bestandteil des Kreditportfolioberichtes.

Die gesamte Methodenhöhe (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling gebündelt.

Die Risikoberichterstattung der Bank erfolgt unter dem IFRS 7 (International Financial Reporting Standard) nach dem Management Approach. Interne und externe Risikoberichterstattung basieren damit grundsätzlich auf gleichen Begriffen, Methoden und Daten.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider. Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Analyse

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mithilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet. Die Bremer Landesbank verwendet die Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV).

DSGV-Masterskala

Initiative Finanzstandort Deutschland	Ratingklasse	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00 %	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01 %	
	1 (AA+)	0,02 %	
	1 (AA)	0,03 %	
	1 (AA-)	0,04 %	
	1 (A+)	0,05 %	
	1 (A)	0,07 %	
	1 (A-)	0,09 %	
	2	0,12 %	
Gut/zufriedenstellend	3	0,17 %	Normalbetreuung
	4	0,26 %	
Noch gut/befriedigend	5	0,39 %	Normalbetreuung
	6	0,59 %	
Erhöhtes Risiko	7	0,88 %	Normalbetreuung
	8	1,32 %	
Hohes Risiko	9	1,98 %	Intensivbetreuung
	10	2,96 %	
Sehr hohes Risiko	11	4,44 %	Intensivbetreuung
	12	6,67 %	
	13	10,00 %	
Default (=Non-Performing Loans)	14	15,00 %	Sanierung
	15	20,00 %	
	16	100,00 %	
Default (=Non-Performing Loans)	17	100,00 %	Abwicklung
	18	100,00 %	

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken werden regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGVO-StandardRating und das DSGVO-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mithilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z. B. Mieten und Charterraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, Ratingverbesserungen sind jedoch nur begrenzt möglich. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2013 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGV bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Ein Schwerpunkt wird die Aufarbeitung der segmentspezifischen Auswirkungen der Finanzmarkt- bzw. Schifffahrtskrise sein.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Marktfolgeeinheit. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der OE MF Sanierung abzustimmen.

2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in die im Bereich Marktfolge Finanzierungen angesiedelte OE MF Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit, ggf. unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu- und -mehrbedarf (ab € 1 Mio. im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz oder Ähnlichem ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbünde, die mindestens Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, ggf. ergänzt um indirekte Obligos, umfassen. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivitätsgrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risiko-

minderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsübereignungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheiten-erlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresultimo über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Des Weiteren hat sich die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. (DSGV) an der Stützungsaktion der ehemaligen Sachsen LB beteiligt und Darlehen für die Zweckgesellschaft Sealink Funding Limited gewährt. Aufgrund der Vorrangstellung dieser Darlehen sind die daraus resultierenden Risiken sehr begrenzt. Die Position wurde von € 54,5 Mio. per 31. Dezember 2011 auf € 12,0 Mio. per 31. Dezember 2012 abgebaut. Weitere € 6 Mio. wurden im Januar 2013 abgebaut. Die letzte Fälligkeit wird im April 2013 erwartet.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen erwarteter Verlust und unerwarteter Verlust. Der erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, d. h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2012 erneut validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von unerwarteten Verlusten (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Entwicklung im Jahr 2012

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2012 rd. € 38.708 Mio. und ist damit gegenüber dem Vorjahresresultimo um rd. 1,3 % gesunken.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGV-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur ^{1) 2)} (in Mio. €)	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivate ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2012	31.12.2011
Sehr gut bis gut	11.893	5.289	2.921	4.780	24.883	26.336
Gut/zufrieden stellend	2.851	436	339	869	4.495	4.039
Noch gut/befriedigend	3.089	20	94	776	3.979	3.917
Erhöhtes Risiko	1.308	4	18	79	1.409	1.530
Hohes Risiko	681	—	9	58	748	1.075
Sehr hohes Risiko	1.326	—	21	20	1.367	1.137
Default (= NPL)	1.806	—	11	10	1.827	1.181
Gesamt	22.953	5.749	3.414	6.592	38.708	39.214

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nichtderivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich 2012 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Dies zeigt sich in steigenden Ausfallwahrscheinlichkeiten und einem deutlichen Anstieg der Non-Performing Loans.

Kreditgeschäft nach Regionen

Regionen ^{1) 2)} (in Mio. €)	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2012	31.12.2011
Euroländer	21.691	5.395	2.581	6.588	36.255	36.469
- davon Deutschland	20.264	4.084	1.082	6.389	31.819	31.704
Übrige EU	214	147	685	3	1.049	1.157
Übriges Europa	55	108	18	0	181	274
Nordamerika	74	99	129	0	302	361
Lateinamerika	102	—	—	—	102	148
Naher Osten/Afrika	126	—	0	1	126	197
Asien	691	—	2	0	694	608
Übrige	—	—	—	—	—	—
Gesamt	22.953	5.749	3.414	6.592	38.708	39.214

¹⁾ In der Zuordnung der Regionen wurden im Vergleich zum Vorjahr leichte Änderungen vorgenommen (insb. wird Australien/Ozeanien der Region Asien zugeordnet).

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euroraum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen Add-ons.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 32 % (Vorjahr: 35 %) zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Ratingnoten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ (in Mio. €)	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2012	
					31.12.2012	31.12.2011
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	3.507	3.562	3.006	2.430	12.505	13.841
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.788	2.177	163	728	10.856	10.207
- davon Grundstücks-/Wohnungswesen	1.320	—	34	175	1.529	1.463
- davon öffentliche Verwaltung	3.753	2.160	91	54	6.058	5.331
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	7.417	9	108	103	7.637	7.916
- davon Schifffahrt	6.823	0	99	44	6.966	7.197
Verarbeitendes Gewerbe	679	—	21	102	801	904
Energie-/Wasserversorgung, Bergbau	1.938	—	57	2.827	4.821	4.336
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.157	—	58	187	1.402	1.333
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	139	—	2	158	298	294
Baugewerbe	328	—	1	58	387	384
Übrige	—	—	—	—	—	—
Gesamt	22.953	5.749	3.414	6.592	38.708	39.214

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2012 bedingt durch die andauernde Schifffahrtskrise nochmals deutlich gestiegen. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 1,13 % (Vorjahr: 0,79 %). Der Anteil der Non-Performing Loans am Gesamtexposure beträgt 4,58 % (Vorjahr: 3,01 %). Die Non-Performing Loans sind vor Sicherheitenanrechnung zu 24,68 % (Vorjahr: 26,08 %) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Charterraten hatte seinen ersten Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. Seit Mitte 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Rohöl- und Bulkschifffahrt reichten die (Spot-)Chartern lediglich zur Deckung der Betriebskosten aus, während in der Container-, Multipurpose- und Produktanker-Schifffahrt noch Zinsen und teilweise Tilgungen verdient werden konnten. In der Folge ist festzustellen, dass sich die niedrigen Charterraten erwartungsgemäß auf die Neubaupreise und in noch stärkerem Umfang auf die Preise für Gebrauchtschiffe niedergeschlagen haben.

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Das erneute Überangebot an Schiffstonnage führte zu sinkenden Charterraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Eurozone trafen in 2012 auf einen relativ hohen Tonnagezulauf. Im vierten Jahr der Krise konnten zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Risikovorsorge verlief daher über den Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen. Aufgrund der Granularität des Portfolios wurde allerdings die Ertragslage der Bremer Landesbank nur begrenzt beeinträchtigt. Gemäß gültiger Mittelfristplanung sind für 2013 € 162 Mio. Risikovorsorge eingeplant. Die Portfoliowertberichtigung für das Schiffsfinanzierungsportfolio in Höhe von € 49,1 Mio. aus dem Jahr 2011 hat sich um € 25,5 Mio. auf € 74,6 Mio. erhöht.

Die gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Großteil der Schifffahrtproblematik. Die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment im Bereich der Finanzierung Erneuerbarer Energien, mit einem starken Wachstum in den letzten Jahren. Die Rahmenbedingungen für Windenergiefinanzierungen sind durch die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) per 1. Januar 2012 bisher attraktiv und verlässlich. Des Weiteren trägt das historisch niedrige Zinsniveau zu einer verbesserten Rentabilität bei. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigung (EWB) und Rückstellung gab es für Windparkprojektfinanzierung nicht. Die politische Diskussion über die Umsetzung der von allen Parteien getragenen Energiewende, unter anderem aufgrund der Erhöhung der EEG-Umlage, wird sich auch im Weiterentwicklungsbedarf für das EEG niederschlagen. Da eine Anpassung noch vor der für 2014 vorgesehenen periodischen Evaluierung zu erwarten ist, wird der politische Diskurs intensiv verfolgt, um einen Anpassungsbedarf der Finanzierungsparameter zeitgerecht umsetzen zu können.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen (in Mio. €)	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen ¹⁾		Bestand EWB		Bestand Rück- stellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/Rückstellungen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	1	3	10	10	—	0	0	2
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	84	143	35	54	3	2	-19	-8
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	1.229	695	311	188	0	1	122	68
Verarbeitendes Gewerbe	17	29	9	12	1	2	-4	4
Energie-/Wasserversorgung, Bergbau	41	64	33	9	5	3	26	7
Handel, Instandhaltung, Reparatur	31	16	16	12	0	0	5	-3
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	4	5	2	3	1	1	-1	-1
Baugewerbe	31	53	21	20	9	11	0	-3
Übrige	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.438	1.008	438	308	18	19	130	67

¹⁾ Nachrichtliche Angabe: Bruttobuchwert Not leidender Forderungen mit WB-Bedarf (Erläuterung evtl. Differenzen)
Definition Bruttobuchwert: Einer Wertminderung (EWB/PWV) unterliegender Bruttoforderungsbestand vor Wertminderung inklusive fälliger und rückständiger Zinsen und Nebenleistungen (BIS-Wert).

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen (in Mio. €)	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rück- stellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/Rückstellungen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Euroländer	1.352	948	417	282	18	19	135	47
Übrige EU	28	27	13	11	0	0	2	5
Übriges Europa	0	7	0	6	—	0	-5	5
Nordamerika	—	—	—	0	—	—	0	-1
Lateinamerika	13	11	9	2	—	0	6	2
Naher Osten/Afrika	—	—	—	—	—	—	—	—
Asien	44	14	0	8	0	0	-8	8
Übrige	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.438	1.008	438	308	18	19	130	67

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Branchen (in Mio. €)	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾		Bestand PoWB		Nettozuführungen/ Auflösung von PoWB	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	111	9	1	2	-1	1
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	41	88	9	10	-1	-3
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	704	947	76	51	25	2
Verarbeitendes Gewerbe	31	11	2	1	1	-1
Energie-/Wasserversorgung, Bergbau	59	147	3	4	-1	2
Handel, Instandhaltung, Reparatur	49	30	3	2	0	0
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	2	1	1	1	0	0
Baugewerbe	3	2	1	1	0	0
Übrige	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.001	1.235	96	72	23	0

¹⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

²⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind.

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen (in Mio. €)	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾		Bestand PoWB		Nettozuführungen/ Auflösung von PoWB	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Euroländer	975	1.069	91	69	22	4
Übrige EU	9	0	0	0	0	0
Übriges Europa	1	52	0	0	0	0
Nordamerika	—	11	1	1	-1	1
Lateinamerika	—	20	0	0	0	0
Naher Osten/Afrika	—	—	0	0	-0	0
Asien	16	83	4	2	2	-4
Übrige	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.001	1.235	96	72	23	0

¹⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

²⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind.

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden:

Verzugsdauer ¹⁾ (in Mio. €)	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen	
	31.12.2012	31.12.2011
< 30 Tage	619	537
30–60 Tage	126	628
90–180 Tage	47	7
> 180 Tage	209	62
Gesamt	1.001	1.235

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben. Hinsichtlich der aus der Verwendung von Finanzinstrumenten resultierenden Risikoarten und der detaillierten Darstellung der eingegangenen Sicherungsbeziehungen verweisen wir auf die Angaben im Anhang unter Ziffer 59.

Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2013 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Ferner soll der RWA-Managementprozess weiterentwickelt werden, um die Risikorenditeplanung zu optimieren und einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt inverses Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um Not leidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z. B. Gewährträgerhaftung, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Strategie und Management

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaft BLB Immobilien GmbH ist in den Strategieprozess der Bank eingebunden und nimmt am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Aufbauorganisation

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistentz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocontrolling.

Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Analyse

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 (2) KWG nicht übersteigt. Zum 31.12.2011 wurde die Berechnungsmethodik der Risikopotenziale geändert. Durch die Anpassung an ein Scoring-Modell zur Risikoinventur erfolgt eine umfassende Quantifizierung des Risikogehaltes der Beteiligungen.

Entwicklung im Jahr 2012

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess 2012 weiter vorangetrieben. Auch 2012 wird keine der Beteiligungen im Sinne der MaRisk als wesentlich angesehen.

Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisiko.

- Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko (inklusive Credit-Spread-Risiko im Handelsbuch) und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Darunter wird auch das Credit-Spread-Risiko des Handelsbuchs subsumiert. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.
- Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.

- Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.
- Analog zum Handelsbuch bezeichnet das Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird. Um Doppelzählungen von Risiken zu vermeiden, können bonitätsinduzierte Ratingveränderungen bei der Ermittlung von Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches vernachlässigt werden, da diese im Emittentenrisiko berücksichtigt sind.
- Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z. B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Strategie und Management

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Daneben werden strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher

grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsrisiken, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind 2012 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Aufbauorganisation

Der Vorstand beschließt das für Marktpreisrisiken zur Verfügung stehende Risikodeckungskapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktpreisrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Handelsstrategie Financial Markets inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche und den Teilstrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Marktpreis-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation der strategischen Anlagen vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Im Credit Investment Board stellt der Bereich Credit Investments die Marktentwicklung und die Positionierung in fristenkongruent refinanzierten Wertpapieren sowie Kreditderivaten des Anlagebuchs dar und unterbreitet in Abstimmung mit der Marktfolge Financial Markets Vorschläge zur Risikosteuerung des Portfolios. Das Board tagt in der Regel zweiwöchentlich. Es berät den Gesamtvorstand bezüglich der Steuerung und zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen auf. Dem Credit Investment Board gehören der Risiko- und der Marktvorstand, Vertreter der OE Financial Markets, Marktfolge Finanzierungen und der Gesamtbanksteuerung an. Die Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Maßnahmen erfolgt durch die OE Credit Investment/Kontrahenten-Management.

Serviceleistungen erbringen die Bereiche Operations und Financial Markets Geschäftsfeldmanagement. Das Marktpreisrisikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Das Marktpreisrisikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken. Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Marktpreisrisikocontrolling.

Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme führt das externe Reporting der Marktpreisrisiken gemäß SolvV durch. Die Bremer Landesbank verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Berichterstattung

Gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) berichtet die OE Marktpreisrisikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken nach Value-at-Risk und die Erfolge aus der Übernahme von Marktpreisrisiken der Bremer Landesbank. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches enthalten.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktpreisrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des AAKA erfolgt fünfmal jährlich.

Zudem wird zusätzlich monatlich ein Reporting über das Credit-Investment-Portfolio erstellt, in dem über die Spread-Risiken, über die Markt- sowie die Modellwerte der enthaltenen Kreditderivate und Wertpapiere berichtet wird.

Die Meldung der Marktpreisrisiken gemäß SolvV an die NORD/LB erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme. Das externe Reporting an die Bundesbank erfolgt vierteljährlich.

Analyse

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken hat die Bremer Landesbank im August des Berichtsjahres auf das Verfahren der Historischen Simulation umgestellt, wobei intern ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden. Die Ermittlung des VaR zur Darstellung im RTF-Bericht erfolgt ebenfalls auf Basis der Historischen Simulation.

Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk werden die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungsvolatilitäten) über die letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Das Modell berücksichtigt implizit Korrelations-effekte zwischen den Risikofaktoren (inkl. der Bewertungsvolatilitäten von Optionspositionen), den Risikoarten, den Währungen und den (Teil-)Portfolios.

VaR-Modelle dienen vor allem der Messung von Marktpreisrisiken in normalen Marktumgebungen. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimiten für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches werden ebenfalls mithilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens limitiert und gesteuert.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Marktpreisrisikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und ggf. der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Entwicklung im Jahr 2012

Das Credit-Investment-Portfolio entwickelte sich in 2012 weitgehend im Rahmen der Erwartungen. Neben den planmäßigen Fälligkeiten von € 453 Mio. erfolgte ein zusätzlicher strategischer Abbau in Höhe von € 160 Mio. als Beitrag zur RWA-Reduzierung. Durch den Schuldenrückkauf Griechenlands wurde dieses Exposure von € 58 Mio. außerplanmäßig zurückgeführt. Das verbliebene Portfolio von € 6,1 Mrd., das sich, mit Ausnahme von € 76 Mio. Staatsrisiko Italien, im Wesentlichen auf Landesbanken (mit Gewährträgerhaftung) und westeuropäische, überwiegend systemrelevante Kreditinstitute konzentriert, wird sich bis Ende 2015 durch Tilgungen auf unter € 1 Mrd. reduzieren.

Die Umsetzung der von der EU geforderten Kapitalmaßnahmen in 2012, die umfangreiche Liquiditätsbereitstellung durch die EZB und die weiter vorhandene Stützungswilligkeit und Stützungsfähigkeit (teilweise mit EU-Unterstützung) der Staaten für ihre Banken tragen wesentlich zur Risikoreduzierung in dem Portfolio bei. Bei Bankenrestrukturierungen mit staatlicher Unterstützung –

wie Ende 2012 in Spanien erfolgt – müssen die Nachranggläubiger einen Beitrag leisten, der zu Credit Events bei den Kreditderivaten führen könnte. Seit dem 2. Halbjahr 2012 zeichnet sich eine deutliche Stabilisierung der Finanzmärkte ab, sodass sich das Risiko von Credit Events reduziert hat.

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

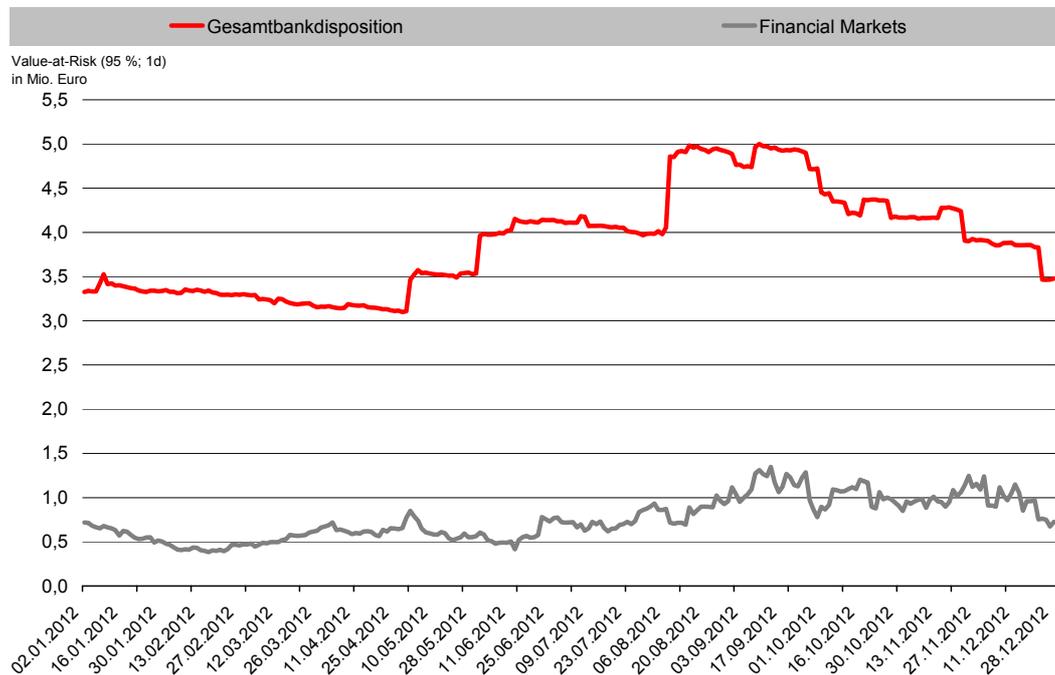
Marktpreisrisiken – Überblick

(in Mio. €)	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	01.01.2012 – 31.12.2012	01.01.2011 – 31.12.2011	01.01.2012 – 31.12.2012	01.01.2011 – 31.12.2011	01.01.2012 – 31.12.2012	01.01.2011 – 31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Zinsrisiko (VaR)	5,22	4,65	4,43	3,71	3,50	2,45	3,50	4,55
Währungsrisiko (VaR)	0,30	0,31	0,12	0,11	0,00	0,04	0,03	0,11
Aktienkurs- und Fondsrisiko (VaR)	0,37	0,32	0,18	0,22	0,03	0,10	0,03	0,31
Volatilitätsrisiko (VaR)	0,03	—	0,02	—	0,02	—	0,02	—
Gesamtrisiko (VaR)	5,13	4,10	4,18	3,12	3,43	1,88	3,43	4,03

Die Auslastung des Marktpreisrisikolimits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 58 % (die maximale Auslastung betrug 70 %, die minimale Auslastung 47 %). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95 % und Haltedauer von einem Tag) der Bank € 3,43 Mio. Im Berichtsjahr 2012 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 24 %, die der Gesamtbankdisposition 71 %.

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2012 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

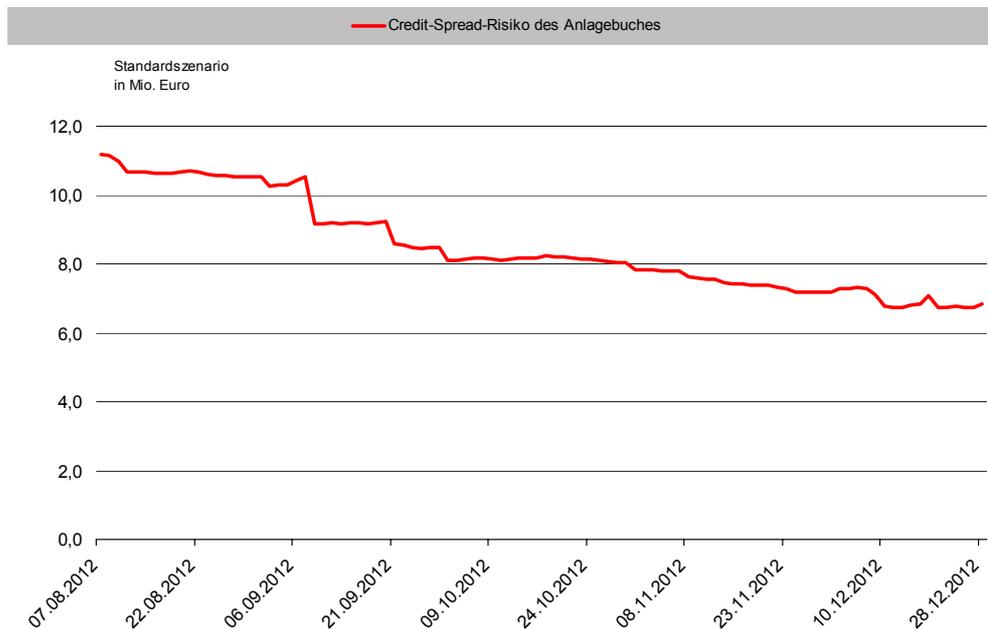
Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe



Im Berichtsjahr 2012 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von € 89 Mio. sowie einen Durchschnittswert von € 57 Mio. bei einem Minimum von € 37 Mio. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank € 87 Mio.

Die Bremer Landesbank hat im August des Berichtsjahres die für das Credit-Spread-Risiko relevanten Positionen vollständig in die interne Marktpreisrisikomessung nach Value-at-Risk integriert. Das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit-Investment-Portfolio betrug gemäß Value-at-Risk-Ansatz am 28. Dezember 2012 € 6,8 Mio. Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und auch im Jahr 2012 selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Anlagebuch ab August 2012



Die Bank ermittelt monatlich den von Basel II unterstellten Zinsschock. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200BP nach oben und nach unten. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt ggf. bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Im Berichtsjahr 2012 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 5,5 %. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken gemäß SolvV verwendet die Bremer Landesbank das Standardverfahren. Die Meldung an die Bundesbank erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme.

Ausblick

Für 2013 ist geplant, die Limitierung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches über eine integrierte Betrachtung mit den weiteren Risikoarten vorzunehmen.

Darüber hinaus sind für das kommende Jahr weitere methodische Entwicklungen, u. a. auf dem Gebiet der Basisrisiken, im Rahmen des in 2012 eingeführten Verfahrens der Historischen Simulation vorgesehen.

Des Weiteren plant die Bremer Landesbank für 2013 Optimierungen im Rahmen des Marktdatenprozesses.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

- Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko wird auf Basis der Analyse eines dynamischen Stress-Szenarios begrenzt, das durch die jeweils wahrscheinlichste Krisensituation charakterisiert ist. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.
- Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitpektrum.
- Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

Strategie und Management

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditäts-Spreads berücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risikosteuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisikocontrollings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Ebenfalls im Zuge der konzernweiten Liquiditätssteuerung ist das konzernweite Notfallmanagement gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen aufgebaut. Dies bezieht sich insbesondere auf die Notfallprozesse, auf die rechtliche Verteilung von Kompetenzen sowie auf die Sicherstellung der konzernweiten Liquidität.

Aufbauorganisation

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Marktpreisrisikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von Liquiditätsrisiko tragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und ggf. über Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Marktpreisrisikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Marktpreisrisikocontrolling. Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme ermittelt und überwacht die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären. Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die im Liquiditätssteuerungsprojekt erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Berichterstattung

Die Berichterstattung über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Marktpreisrisikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Marktpreisrisikocontrolling dem Vorstand über das Refinanzierungsrisiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Aktiv-Passiv-Management erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stress-Szenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

Analyse

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition umgerechnet in EUR definiert die Bank die Fremdwährungsposition USD als wesentlich und die Fremdwährungspositionen CHF und JPY als bedeutend. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unwesentlich. Refinanzierungsrisiken aus der Fristentransformation in wesentlichen und bedeutenden Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Sicht auf das klassische Liquiditätsrisiko begrenzt. Die Wesentlichkeit von Fremdwährungen wird regelmäßig validiert.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2012 durchgängig erfüllt. Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; per 31. Dezember 2012 betrug die Liquiditätskennzahl 2,01.

Mit den Instrumenten der Liquiditätsstresstests werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden die notwendigen Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung im dynamischen Stress-Szenario weniger als 90 Tage bestehen sollte.

Im Jahr 2012 bestand für die Bank in diesem Szenario kein Signal auf einen potenziellen Engpass in der Liquiditätssituation. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

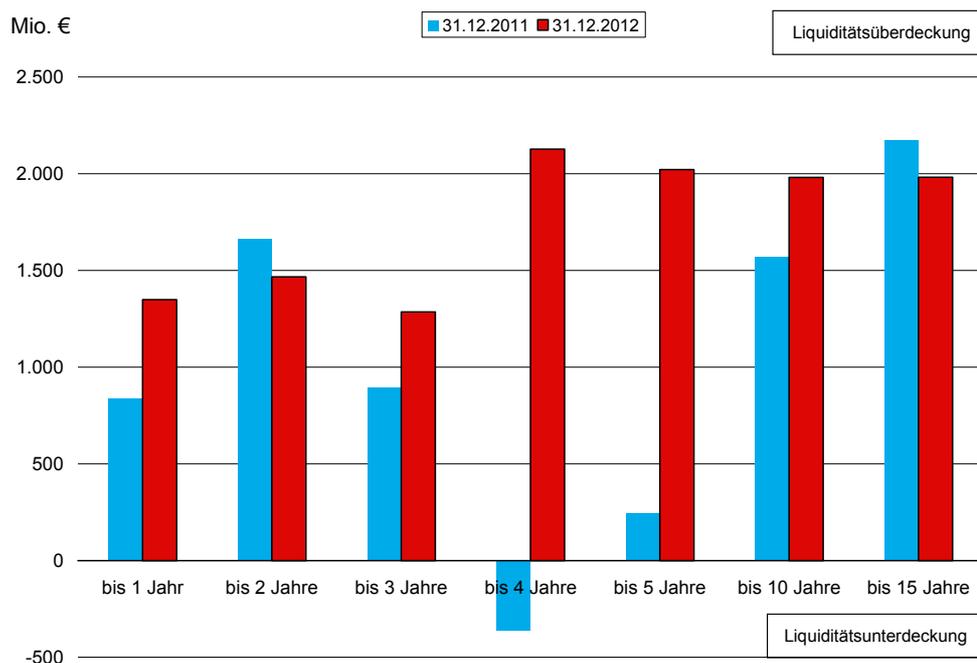
Die Auslastung des Liquiditätspuffers für eine Woche nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement betrug zum Stichtag 50 % (per 31. Dezember 2011: 23 %). Die Auslastung des Liquiditätspuffers für einen Monat betrug zum Stichtag ebenso 50 % (per 31. Dezember 2011: 28 %).

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband

(Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2012, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. In diesem Instrument erfolgte per 29. Juni 2012 eine methodische Anpassung der Abbildung von Roll-over-Krediten, die nun mit der Laufzeit der mit den Kunden vereinbarten Margenbindung gezeigt werden. Die methodische Anpassung betrifft ca. ein Drittel des gesamten Roll-over-Kreditvolumens. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Unterstützend hat die Bank im Berichtsjahr diese Steuerungsmöglichkeiten in der NORD/LB-Gruppe weiterentwickelt. Das bestehende Liquiditätsklassenkonzept wurde in ein deutlich differenzierteres Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept überführt. Daraus lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

Entwicklung im Jahr 2012

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2012 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

Im Berichtsjahr 2012 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts hat die Bank den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter.

Ausblick

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Kontext der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Die Entwicklungen im Jahr 2013 sind darauf gerichtet, die neuen umfangreichen und sich ändernden aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus dem Kontext Basel III/CRD4 frühzeitig in der Liquiditätssteuerung berücksichtigen zu können.

Darüber hinaus wird ein weiterer Schwerpunkt darin liegen, die Liquiditätskosten und Liquiditätsrisikokosten in den Instrumenten der Gesamtbanksteuerung konsequent in der Vor- und Nachkalkulation des Aktivgeschäftes zu berücksichtigen.

Im Jahre 2015 werden die letzten Refinanzierungsmittel auslaufen, die unter Anstaltslast und Gewährträgerhaftung begeben wurden. Die Bank hat bereits heute mit Liquidität für einen stetigen Geschäftsgang vorgesorgt.

Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Entspannung. Von daher werden die Entwicklungen zwischen den Banken und die Marktversorgung durch die Zentralbank weiter eng beobachtet.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken als Folgerisiken ein. Nicht berücksichtigt werden Geschäfts- und strategische Risiken.

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Rechtsrisiko existiert nur im Außenverhältnis der Bank.

Im Verständnis der Bremer Landesbank sind das Compliance-Risiko, das Outsourcing-Risiko, das Veritätsrisiko sowie das Fraud-Risiko ebenfalls Bestandteil des operationellen Risikos.

Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.

Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.

Das Veritätsrisiko beschreibt die hinsichtlich des Bestands und der Realisierbarkeit einer angekauften Forderung bestehende Gefahr, dass der Schuldner der angekauften Forderung nicht verpflichtet ist, in vollem Umfang zu leisten.

Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus sonstigen strafbaren Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.

Strategie und Management

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z. B. in einem Internen Kontrollsystem, Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Business Continuity Management sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank dienen der Notfallvorsorge und Notfallbewältigung. Wesentliches Element hierbei ist die Vermeidung von

Ausfällen kritischer Geschäftsprozesse und/oder das Einschränken möglicher Auswirkungen. Ebenso gehört hierzu die Vorbereitung auf Ereignisse, deren Risiken nicht oder nicht weit genug durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden können.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen Risikoarten Engpassrisiko, Austrittsrisiko, auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, Anpassungsrisiko sowie Motivationsrisiko differenziert betrachtet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Nach § 25a und § 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Aufbauorganisation

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Analyse

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Die Bank sammelt Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mithilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Risk Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und ggf. entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Risk Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. Des Weiteren erfolgt in einem zweiten Schritt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren wurde eingeführt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft. Mithilfe der Risikoindikatoren sollen potenzielle Risiken frühzeitig erkannt und mögliche Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank, Erhebung der Risikoindikatoren und Risk Assessment werden analysiert und ggf. notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Bei der Ermittlung der Risiken im Rahmen des RTF-Modells werden innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet.

Berichterstattung

Im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung erfolgt die Darstellung der Schäden, der Risikoindikatoren und der Ergebnisse aus dem Risk Assessment.

Entwicklung im Jahr 2012

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2012 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug 2012 € 2,4 Mio. (Vorjahr: € 15,6 Mio.). Unter Berücksichtigung von Schadensminderungen, u. a. Auflösung einer in 2011 gebildeten Einzelwertberichtigung in Höhe von € 13,5 Mio., ergibt sich eine Netto-Schadenfallsumme von € -11,3 Mio.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 31.12.2012	Anteil 31.12.2011
Externe Einflüsse	6,9 %	2,5 %
Interne Abläufe	2,7 %	5,3 %
Mitarbeiter	89,4 %	92,2 %
Technologie	1,0 %	0,0 %

Basierend auf den Ergebnissen des Risk Assessments, der Risikoindikatoren und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

Von den im Vorjahr im Risikobericht aufgeführten Prozessrisiken hat sich ein Betrag von ca. € 7,8 Mio. durch Vergleichsschluss erledigt; in dem zweiten Verfahren wurde die Bank in zweiter Instanz zur Zahlung weiterer € 2,18 Mio. verurteilt (12 % des ursprünglichen Streitwertes); dieses Verfahren ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, da die Gegenseite beim BGH Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt hat. In jedem Fall können diese Ansprüche die Bank in ihrer Existenz nicht gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2012 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Ausblick

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine angemessene Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Vor dem Hintergrund der branchenweiten Diskussion mit der deutschen Aufsicht zur Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und den diesbezüglich von der Aufsicht formulierten Anforderungen wurde das RTF-Modell in der NORD/LB-Gruppe einer kritischen Prüfung unterzogen, um auch künftig die Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu erfüllen. Die Umstellung auf das überarbeitete RTF-Modell erfolgte zum Stichtag 31. März 2012. Weitere Änderungen erfolgten zum Stichtag 31. Dezember 2012.

Im Jahr 2012 hatten zwei eigenkapitalerhöhende Maßnahmen Auswirkungen auf die Risikokapital-situation der Bank. Am 28. August 2012 wurden stille Einlagen in Höhe von € 607,9 Mio. umgewandelt. Die neue Kapitalstruktur ermöglicht der Bank auf Anhieb die Erfüllung der Anforderungen nach Basel III. Per 16. November 2012 wurden € 150 Mio. und per 6. Dezember 2012 weitere € 50 Mio. Nachrangkapital aufgenommen. Der Auslastungsgrad in der Going-Concern-Sicht des Risikotragfähigkeitsmodells lag per 31. Dezember 2012 bei 19 %. Die Going-Concern-Sicht ist seit der Umstellung des Risikotragfähigkeitsmodells maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß MaRisk. Die Gesamtkennziffer verbesserte sich per 31. Dezember 2012 von 10,6 % auf 11,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

Das Credit-Investment-Portfolio wird sich in den nächsten Jahren durch Fälligkeiten und Neugeschäftsverbot weiter kontinuierlich reduzieren und bis zum Ende des Jahres 2015 bis auf unter € 1 Mrd. abgebaut sein. Sofern aus Bonitätsgründen eine vorzeitige Auflösung von Positionen ratsam erscheint, werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Das Engagement in den sog. PIIGS-

Staaten baut sich in etwa proportional zu dem übrigen Engagement ab. Damit verringern sich sukzessive die möglichen Auswirkungen einer anhaltenden Schuldenkrise in den sog. PIIGS-Staaten auf das Portfolio der Bank. Mit Ausnahme von Italien hat die Bank keine direkten Staatsrisiken der sogenannten PIIGS-Staaten im Bestand, sondern lediglich solche aus Finanzierungsinstitutionen der entsprechenden Länder. Die von der EU deutlich erhöhten Anforderungen an die Kapitalausstattung von Finanzinstituten konnten fristgerecht von den Banken in 2012 erfüllt werden. Durch die Stärkung der Kapitalbasis der Institute – entweder aus eigener Kraft oder über die weitreichenden Unterstützungsprogramme in der EU – reduziert sich implizit das Risiko von substantiellen Auswirkungen auf das von Finanzierungsinstitutionen dominierte Credit-Investment-Portfolio nach Einschätzung der Bank beträchtlich.

Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um Not leidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln. Insgesamt geht die Bank davon aus, dass die Schiffsmärkte in den nächsten zwei bis drei Jahren die durchschnittlichen Marktwerte wieder erreichen werden und daher Sicherheitenverwertungen nach wie vor möglichst zu vermeiden sind.

Am 14. Dezember 2012 hat die BaFin die Endfassung der überarbeiteten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. In den wichtigsten Anpassungen und Ergänzungen (Kapitalplanungsprozess, Risikocontrolling-Funktion, Compliance-Funktion, Verrechnungssystem für Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken) hat die Bank keinen Handlungsbedarf bzw. hat sie den Entwicklungsprozess bereits weit vorangetrieben. Insgesamt erfolgt die Umsetzung der Anforderungen aus der 4. MaRisk-Novelle in fachlicher Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe bis zum 31. Dezember 2013.

Die Bank wird auch im Jahr 2013 ihre Ausfallrisikosteuerung und den RWA-Managementprozess weiterentwickeln. Das zu entwickelnde inverse Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen.

Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

2. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Erfolgsrechnung

	Notes	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 angepasst (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Zinserträge		2.036	2.262	-10
Zinsaufwendungen		1.619	1.887	-14
Zinsüberschuss	18	417	375	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	-228	-108	> 100
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		189	267	-29
Provisionserträge		36	51	-29
Provisionsaufwendungen		9	25	-64
Provisionsüberschuss	20	27	26	4
Handelsergebnis		108	12	> 100
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		-1	0	—
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	21	107	12	> 100
Ergebnis aus Hedge Accounting	22	8	12	-33
Ergebnis aus Finanzanlagen	23	9	-5	—
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	6	10	-40
Verwaltungsaufwand	25	186	159	17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	26	8	1	> 100
Ergebnis vor Steuern		168	164	2
Ertragsteuern	27	46	34	35
Konzernergebnis		122	130	-6
davon: auf Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallend		122	130	-6
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		—	—	—

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

3. Gesamtergebnisrechnung

Das Konzerngesamtergebnis der Bremer Landesbank setzt sich aus den im Sonstigen Ergebnis und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Erträgen und Aufwendungen zusammen.

	Notes	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 angepasst (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Konzernergebnis		122	130	-6
Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS-) Finanzinstrumenten				
Unrealisierte Gewinne/Verluste		50	-36	—
Umbuchungen aufgrund von Gewinn-/ Verlustrealisierungen		-3	-21	-86
Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen		0	0	—
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen		-85	1	—
Latente Steuern	27	9	12	-25
Sonstiges Ergebnis		-29	-44	-34
Konzerngesamtergebnis		93	86	8
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend		93	86	8
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend		—	—	—

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2). Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung finden sich unter Note (51).

4. Konzernbilanz

Aktiva

	Notes	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 angepasst (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Barreserve	28	76	214	-64
Forderungen an Kreditinstitute	29	3.803	4.825	-21
Forderungen an Kunden	30	23.687	22.685	4
Risikovorsorge	31	-522	-370	41
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	32	1.707	1.349	27
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	33	602	531	13
Finanzanlagen	34	5.818	5.252	11
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	35	87	84	4
Sachanlagen	36	66	38	74
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	37	69	68	1
Immaterielle Vermögenswerte	38	10	11	-9
Laufende Ertragsteueransprüche	39	9	6	50
Latente Ertragsteuern	39	122	143	-15
Sonstige Aktiva	40	50	27	85
Summe Aktiva		35.584	34.863	2

Passiva

	Notes	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 angepasst (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41	11.815	11.009	7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	42	10.436	10.604	-2
Verbriefte Verbindlichkeiten	43	8.446	8.692	-3
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	44	241	142	70
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	45	1.573	1.688	-7
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	46	149	124	20
Rückstellungen	47	418	319	0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	48	16	32	-50
Latente Ertragsteuern	48	2	2	—
Sonstige Passiva	49	82	34	> 100
Nachrangkapital	50	731	1.170	-38
Eigenkapital	52	1.675	1.047	60
Gezeichnetes Kapital		265	140	89
Kapitalrücklage		478	40	> 100
Gewinnrücklagen		900	865	4
Neubewertungsrücklage		32	2	> 100
Auf die Anteilseigner der BLB entfallendes Eigenkapital		1.675	1.047	60
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		—	—	—
Summe Passiva		35.584	34.863	2

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

5. Eigenkapitalveränderungsrechnung

Entwicklung des Eigenkapitals:

(in Mio. €)	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Eigenkapital vor Anteilen Dritter	Anteile in Fremdbesitz	Konzern-eigenkapital
Eigenkapital zum 01.01.2011		140	40	763	46	989	—	989
Anpassungen nach IAS 8		—	—	0	—	0	—	0
angepasstes Eigenkapital 01.01.2011		140	40	763	46	989	—	989
Veränderung des Fair Value der AfS-Finanzinstrumente		—	—	—	-57	-57	—	-57
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	—	—	0	—	0	—	0
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		—	—	1	—	1	—	1
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	27	—	—	-1	13	12	—	12
Sonstiges Ergebnis		0	0	0	-44	-44	0	-44
Konzernergebnis		—	—	130	-	130	—	130
Konzerngesamtergebnis		0	0	130	-44	86	0	86
Ausschüttungen		—	—	-28	—	-28	—	-28
Veränderung des Konsolidierungskreises		—	—	—	—	—	—	—
Eigenkapital 31.12.2011		140	40	865	2	1.047	0	1.047
Eigenkapital 01.01.2012		140	40	865	2	1.047	—	1.047
Veränderung des Fair Value der AfS-Finanzinstrumente		—	0	0	47	47	—	47
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	24	—	—	0	—	—	—	—
Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		—	—	-85	—	-85	—	-85
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	27	—	—	26	-17	9	—	9
Sonstiges Ergebnis		—	0	-59	30	-29	—	-29
Konzernergebnis		—	—	122	—	122	—	122
Konzerngesamtergebnis		—	0	63	30	93	—	93
Ausschüttungen		—	—	-28	—	-28	—	-28
Kapitalerhöhung		125	438	0	—	563	—	563
Eigenkapital 31.12.2012		265	478	900	32	1.675	0	1.675

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2). Zur Erläuterung der Eigenkapitalveränderungsrechnung wird auf Note (52) verwiesen.

6. Kapitalflussrechnung

(in Mio. €)	Notes	2012	2011 angepasst
Konzernergebnis		122	130
Korrektur um zahlungsunwirksame Posten			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Finanzanlagen	25	3	2
Veränderung der Rückstellungen		32	22
Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen sowie immateriellen Vermögenswerten		-12	-19
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		297	223
Sonstige Anpassungen (per Saldo)		-306	-474
Zwischensumme		136	-116
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	29 + 30	5	44
Handelsbestände und Hedge-Accounting-Derivate		-474	-11
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-79	-169
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	41 + 42	620	-209
Verbriefte Verbindlichkeiten		-266	-274
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		35	-18
Erhaltene Zinsen		1.874	2.223
Erhaltene Dividenden		12	32
Gezahlte Zinsen		-1.544	-1.833
Ertragsteuerzahlungen		-34	-47
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	27	285	-378
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen	23	665	974
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	9 + 12	5	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-1.137	-363
Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten		-38	-16
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten		0	0
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten			0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-505	595
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen		563	0
Einzahlungen aus Aufnahme von Nachrangkapital		200	—
Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden)		-28	-28
Rückzahlung von Nachrangkapital		-608	—
Zinszahlungen für Nachrangkapital		-45	-49
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		82	-77
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode		214	74
Cashflow aus operativer Tätigkeit		285	-378
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-505	595
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		82	-77
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	28	76	214

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2). Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung finden sich unter Note (53).

7. Konzernanhang (Notes)

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) (Domshof 26, 28195 Bremen) hat ihren Sitz in Bremen (Amtsgericht Bremen; HRA 22159) in der Bundesrepublik Deutschland und unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg. Am Stammkapital sind mit 54,8343 % die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, mit 41,2000 % das Land Bremen und mit 3,9657 % der Sparkassenverband Niedersachsen beteiligt. Die NORD/LB ist unmittelbares und oberstes Mutterunternehmen der Bremer Landesbank.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, Oldenburg (Bremer Landesbank) zum 31. Dezember 2012 wurde auf Basis der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) aufgestellt. Maßgeblich waren diejenigen Standards, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen waren. Ferner wurden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) im Rahmen des § 315a HGB berücksichtigt.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 umfasst die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzern-Gesamtergebnisrechnung, die Konzernbilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb der Notes (Note (17)). Die Risikoberichterstattung gemäß IFRS 7 erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des separaten Berichts über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht) als Bestandteil des Konzernlageberichts.

Die Bewertung von Vermögenswerten erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Davon ausgenommen sind diejenigen Finanzinstrumente nach IAS 39, welche zum Fair Value bewertet werden. Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden nachfolgend dargestellt.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen durch das Management erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich

zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Vornahme von Schätzungen und Beurteilungen erfolgt insbesondere hinsichtlich folgender Sachverhalte: Ermittlung der Fair Values von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen des Level 2 und des Level 3 einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes (Notes (7) und (54)), Bewertung von Pensionsrückstellungen hinsichtlich den der Ermittlung zugrunde liegenden Parametern, Bemessung der Risikovorsorge bezüglich zukünftiger Cashflows, Ermittlung latenter Steueransprüche in Bezug auf die Werthaltigkeit noch nicht genutzter steuerlicher Verluste (Notes (13) und (47)).

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen dargelegt. Die Schätzungen und Beurteilungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen. Schätzungsänderungen werden, sofern die Änderung nur eine Periode betrifft, nur in dieser berücksichtigt, und falls die Änderung die aktuelle sowie die folgenden Berichtsperioden betrifft, entsprechend in dieser und den folgenden Perioden beachtet.

Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro. Alle Beträge sind, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) kaufmännisch gerundet dargestellt.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 26. März 2013 vom Vorstand unterzeichnet und zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben.

(2) Anpassung der Vorjahreszahlen

Im Finanzbericht zum 31. Dezember 2011 wurden in strukturierten Emissionen eingebettete trennungspflichtige Derivate nicht getrennt vom Basisvertrag bilanziert. Dadurch waren zum 31. Dezember 2011 die erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen um € 2 Mio. zu niedrig und das Handelsergebnis sowie die Gewinnrücklagen im Eigenkapital um jeweils € 1 Mio. zu hoch ausgewiesen. Daraus resultierend waren auch die latenten Ertragsteuerforderungen um € 1 Mio. zu niedrig ausgewiesen. Die Vorjahreswerte wurden deshalb gem. IAS 8.41ff. rückwirkend angepasst.

Aufgrund einer geänderten Interpretation der Kriterien für die Zuordnung zur Kategorie LaR werden stille Beteiligungen mit Verlustbeteiligung nicht mehr der Kategorie LaR, sondern der Kategorie AfS zugeordnet. Deshalb wurden gem. IAS 8.14ff. rückwirkend zum 31.12.2011 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete stille Beteiligungen aus den Positionen Forderungen an Kreditinstitute (€ 26 Mio.) und Finanzanlagen der Kategorie LaR (€ 14 Mio.) unter Berücksichtigung einer Risikovorsorge von € 8 Mio. herausgenommen und in Höhe der Fair Values von insgesamt € 32 Mio. in der Position Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS erfasst. Damit einher geht die Umgliederung der Effekte einer im Jahr 2011 erfolgten Anpassung der Risikovorsorge

auf eine der stillen Einlagen aus den Positionen Zinserträge (€ -1 Mio.) und Risikovorsorge im Kreditgeschäft (€ 4 Mio.) in die Position Ergebnis aus Finanzanlagen (€ -3 Mio.).

Wäre die zuvor gültige Interpretation der Kriterien für die Zuordnung zur Kategorie LaR auch im Jahr 2012 weiterhin angewendet worden, wären zum 31.12.2012 die Forderungen gegenüber Kreditinstituten um € 26 Mio. sowie die Risikovorsorge um € 9 Mio. höher ausgewiesen worden. Dagegen wären die Finanzanlagen um € 18 Mio. sowie die Neubewertungsrücklage um € 1 Mio. niedriger bilanziert worden.

Die Anpassung der Vorjahreswerte einschließlich der aus den Anpassungen resultierenden Steuer-effekte geht aus folgender Tabelle hervor:

(in Mio. €)	vor Anpassung	31.12.2011 Anpassung	nach Anpassung
Forderungen an Kreditinstitute	4.851	-26	4.825
Risikovorsorge	-378	8	-370
Finanzanlagen	5.234	18	5.252
Latente Ertragsteuerforderungen	142	1	143
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1.686	2	1.688
Eigenkapital	1.048	-1	1.047
Gewinnrücklagen	866	-1	865
Zinserträge	2.263	-1	2.262
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-112	4	-108
Handelsergebnis	13	-1	12
Ergebnis aus Finanzanlagen	-2	-3	-5
Ergebnis vor Steuern	165	-1	164
Konzernergebnis	131	-1	130
Veränderungen aus Available-for-Sale-Finanzinstrumenten			
Unrealisierte Gewinne/Verluste	-37	1	-36
Umbuchungen aufgrund von Gewinn-/Verlustrealisierungen	-20	-1	-21
Konzerngesamtergebnis	87	-1	86

Die jeweiligen Anpassungen wurden auch bei folgenden Positionen innerhalb der Notes (18), (19), (21), (23), (27), (29), (31), (34), (39), (45), (51), (54), (55), (56), (57), (58), (59), (60), (70) und (74) berücksichtigt.

Auf einen Drei-Spalten-Ausweis in der Konzernbilanz entsprechend IAS 1 Rev wurde verzichtet, da sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Beginn der Vergleichsperiode ergeben.

(3) Angewandte IFRS

Im vorliegenden Konzernabschluss werden alle IFRS, Interpretationen und deren jeweilige Änderungen angewendet, sofern sie durch die EU im Rahmen des Endorsement-Prozesses anerkannt wurden und für den Bremer Landesbank-Konzern im Berichtsjahr 2012 einschlägig sind.

Folgende **zum 1. Januar 2012** für den Bremer Landesbank-Konzern erstmals anzuwendende Standardänderung wurde dabei berücksichtigt:

- Die **Amendments to IFRS 7 – Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte (Erstanwendung per 1. Juli 2011)** betreffen erweiterte Angabepflichten bei der Übertragung finanzieller Vermögenswerte. Damit sollen die Beziehungen zwischen finanziellen Vermögenswerten, die nicht vollständig auszubuchen sind, und den korrespondierenden finanziellen Verbindlichkeiten verständlicher werden. Weiterhin sollen die Art sowie insbesondere die Risiken eines anhaltenden Engagements (Continuing Involvement) bei ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten besser beurteilt werden können. Mit den Änderungen werden auch zusätzliche Angaben gefordert, wenn eine unverhältnismäßig große Anzahl von Übertragungen mit „Continuing Involvement“ z. B. rund um das Ende einer Berichtsperiode auftritt. Der Bremer Landesbank-Konzern ist den erweiterten Angabepflichten nachgekommen.

Von der vorzeitigen Anwendung der folgenden Standards und Standardänderungen, **die erst nach dem 31. Dezember 2012** für den Bremer Landesbank-Konzern umzusetzen sind, wurde zulässigerweise abgesehen:

- **IAS 19 (rev. 2011) – Leistungen an Arbeitnehmer**

Der geänderte IAS 19 wurde im Juni 2011 veröffentlicht und tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Neben umfangreicheren Angabepflichten zu Leistungen an Arbeitnehmer ergeben sich insbesondere folgende Änderungen aus dem überarbeiteten Standard:

Derzeit gibt es ein Wahlrecht, wie unerwartete Schwankungen der Pensionsverpflichtungen, die sogenannten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, im Abschluss dargestellt werden können. Diese können entweder

- a) ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung,
- b) im sonstigen Ergebnis (OCI) oder
- c) zeitverzögert nach der sogenannten Korridormethode

erfasst werden. Mit der Neufassung des IAS 19 wird dieses Wahlrecht für eine transparentere und vergleichbarere Abbildung abgeschafft, sodass künftig nur noch eine unmittelbare und vollumfängliche Erfassung im sonstigen Ergebnis zulässig ist.

Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind im Konzern der Bremer Landesbank schon bisher sofort und in vollem Umfang erfolgsneutral in den Gewinnrücklagen abge-

bildet worden, sodass sich für den Konzern der Bremer Landesbank keine Auswirkungen aus der Abschaffung des oben genannten Wahlrechts ergeben.

Außerdem ist der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand gemäß dem geänderten IAS 19 nunmehr im Jahr der Entstehung direkt im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Zudem werden derzeit zu Beginn der Rechnungsperiode die erwarteten Erträge des Planvermögens anhand der Erwartungen des Managements über die Wertentwicklung des Anlageportfolios ermittelt. Mit Anwendung des IAS 19 (revised 2011) erfolgt zukünftig eine typisierende Verzinsung des Planvermögens in Höhe des Diskontierungszinssatzes der Pensionsverpflichtungen zu Periodenbeginn. Aus der beschleunigten Erfassung des nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwands und der zukünftigen Ermittlung des erwarteten Ertrags aus Planvermögen ergeben sich für den Konzern der Bremer Landesbank keine wesentlichen Auswirkungen.

Die geänderte Definition der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Termination Benefits) wird sich auf die Bilanzierung der im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge auswirken. Bislang wurden die Aufstockungsbeträge als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert und demzufolge zum Zeitpunkt der Vereinbarung eines Altersteilzeitvertrags mit ihrem Gesamtbetrag zurückgestellt. Aufgrund der definitorischen Änderung der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erfüllt der Aufstockungsbetrag bei Anwendung des IAS 19 (revised 2011) nicht mehr die Voraussetzungen für das Vorliegen von Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Es handelt sich vielmehr grundsätzlich um andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die über die betreffende Dienstzeit der Arbeitnehmer ratierlich anzusammeln sind.

Infolge der geänderten Definition für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses stellen die im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge nunmehr andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer dar. Aufgrund der ratierlichen Ansammlung der Aufstockungsbeträge über die betreffenden aktiven Dienstjahre der altersteilzeitbegünstigten Arbeitnehmer ergeben sich für den Konzern der Bremer Landesbank keine wesentlichen Effekte.

- **IFRS 10 – Konzernabschlüsse**

Der im Mai 2011 veröffentlichte IFRS 10 ändert die Definition von Beherrschung (Control) und schafft einheitliche Regelungen zur Bestimmung der Beherrschung sowohl für Tochterunternehmen als auch für strukturierte Unternehmen (Zweckgesellschaften), die Grundlage für die Beurteilung der Konsolidierungspflicht sind. Beherrschung ist danach gegeben, wenn das potenzielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderen Rechten über das potenzielle Tochterunternehmen innehat, es an positiven oder

negativen variablen Rückflüssen aus dem potenziellen Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann. Der Standard ersetzt die diesbezüglichen Regelungen des bisherigen IAS 27 sowie des SIC-12 und ist nach dem Endorsement der EU spätestens für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, anzuwenden.

Alle potenziell konsolidierungspflichtigen Unternehmen des Bremer Landesbank-Konzerns – insbesondere Zweckgesellschaften – werden derzeit in Bezug auf die neue Beherrschungsdefinition des IFRS 10 analysiert. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung des Standards auf den Konzernabschluss.

- **IFRS 11 – Gemeinschaftliche Vereinbarungen**

Der IAS 31 – Anteile an Gemeinschaftsunternehmen wird durch den im Mai 2011 veröffentlichten und ab 1. Januar 2014 anzuwendenden IFRS 11 ersetzt. Dieser regelt die Bilanzierung von Sachverhalten, in denen ein Unternehmen gemeinschaftliche Führung (Jointly Control) über ein Gemeinschaftsunternehmen hat (Joint Venture) oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit (Joint Operation) ausübt. Gegenüber dem bisherigen Standard gibt es zwei wesentliche Änderungen. Zum einen wurde für die Konsolidierung von Joint Ventures das Wahlrecht zur Quotenkonsolidierung abgeschafft, d. h., eine Konsolidierung ist nur noch auf Basis der Equity-Methode analog IAS 28 zulässig. Zum anderen wurde die neue Kategorie Joint Operations aufgenommen, für die eine Bilanzierung von dem Konzern zurechenbaren Vermögenswerten und Verbindlichkeiten vorgesehen ist. Aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 11 resultiert für den Bremer Landesbank-Konzernabschluss voraussichtlich kein Anpassungsbedarf.

- **IFRS 12 – Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen**

Der neue IFRS 12 fasst die Offenlegungsanforderungen zu Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen und nicht konsolidierten, strukturierten Unternehmen in einem Standard zusammen. Ziel ist die Bereitstellung von Informationen über die Art der Einflussnahmemöglichkeiten auf die genannten Unternehmen und die damit verbundenen Risiken sowie die Effekte, die sich aus der Einflussnahme auf Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Cashflow ergeben. IFRS 12 ist erstmals für am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnende Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden. Durch den IFRS 12 ergeben sich für den Bremer Landesbank-Konzernabschluss erweiterte Offenlegungspflichten. Dies betrifft insbesondere die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen (Zweckgesellschaften).

- **Konzernabschlüsse, Gemeinschaftliche Vereinbarungen und Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen: Übergangleitlinien (Amendments zu IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12)**

Das IASB hat im Juni 2012 Amendments veröffentlicht, die zu einer Konkretisierung und Klärstellung der Übergangsvorschriften in IFRS 10 – Konzernabschlüsse führen. Darüber hinaus werden Erleichterungen gewährt, indem die angepassten Vergleichszahlen auf die bei Erstanwendung unmittelbar vorangegangene Vergleichsperiode beschränkt werden und die Angabepflicht von vergleichenden Informationen zu unkonsolidierten Zweckgesellschaften bei Erstanwendung des IFRS 12 gestrichen wurde. Die Änderungen treten – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in europäisches Recht – für Berichtsperioden beginnend am oder ab dem 1. Januar 2013 in Kraft. Für den BLB-Konzern wird aufgrund der Übergangleitlinien eine Vereinfachung bei der Erstanwendung der neuen Konsolidierungsvorschriften erwartet.

- **IFRS 13 – Bewertung zum beizulegenden Zeitwert**

Mit diesem Standard wird die Fair-Value-Bewertung in IFRS-Abschlüssen einheitlich geregelt. Alle nach anderen Standards geforderten Fair-Value-Bewertungen haben zukünftig den einheitlichen Vorgaben des IFRS 13 zu folgen; lediglich für IAS 17 und IFRS 2 wird es weiter eigene Regelungen geben.

Der Fair Value nach IFRS 13 ist als Exit Price definiert, d. h. als Preis, der erzielt werden würde durch den Verkauf eines Vermögenswertes bzw. als Preis, der gezahlt werden müsste, um eine Schuld zu übertragen. Wie derzeit aus der Fair-Value-Bewertung finanzieller Vermögenswerte bekannt, wird ein dreistufiges Hierarchiesystem eingeführt, das bezüglich der Abhängigkeit von beobachtbaren Marktpreisen abgestuft ist. Die neue Fair-Value-Bewertung kann gegenüber den bisherigen Vorschriften zu abweichenden Werten führen. Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Aus der Einführung des IFRS 13 resultieren insbesondere Auswirkungen in Bezug auf die Anwendung der Fair-Value-Hierarchie für Bewertungszwecke, die Fair-Value-Bewertung auf Portfolioebene, die Ermittlung des Kontrahentenrisikos auf Basis einer Nettorisikoposition, die Bewertung von Finanzinstrumenten zu Mittelkursen und die Bestimmung von relevanten Märkten für Finanzinstrumente. Zudem werden die Offenlegungsanforderungen in Bezug auf die Fair-Value-Ermittlung erweitert. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung des Standards auf den Konzernabschluss.

- **Amendments zu IAS 1 – Darstellung von Posten des sonstigen Ergebnisses**

Die im Juni 2011 durch das IASB im Rahmen des Financial-Statement-Presentation-Projektes veröffentlichten Änderungen des IAS 1 sehen vor, die Posten des Sonstigen Ergebnisses (OCI) danach zu unterteilen, ob sie in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert (recycled) werden können oder nicht. Im Falle eines Vor-Steuer-Ausweises des OCI ist bezüglich der latenten Steuern analog zu verfahren und eine Aufteilung in umklassifizierbare und nicht umklassifizierbare Posten vorzunehmen. Der für den Bremer Landesbank-Konzern verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt ist der 1. Januar 2013. Die Anpassungen an IAS 1 werden zu einer Darstellungsänderung in der Gesamtergebnisrechnung des Bremer Landesbank-Konzerns führen.

- **Amendments zu IAS 32 – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen**

Im Dezember 2011 hat das IASB mit der Veröffentlichung der Änderungen an IAS 32 – Finanzinstrumente: Darstellung seine Anforderungen für die Saldierung von Finanzinstrumenten klargestellt. Die Änderungen, die bestehende Inkonsistenzen bei der Anwendung der Saldierungskriterien beseitigen sollen, erläutern insbesondere die Bedeutung des „gegenwärtigen Rechtsanspruchs zur Aufrechnung“ und unter welchen Bedingungen Systeme mit Bruttoausgleich als äquivalent zum Nettoausgleich im Sinne des Standards angesehen werden können. Die Amendments sind verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, retrospektiv anzuwenden. Für den Bremer Landesbank-Konzernabschluss werden keine wesentlichen Auswirkungen aus den Änderungen an IAS 32 erwartet.

- **Amendments zu IFRS 7 – Angaben: Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen**

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Amendments zu IAS 32 – Finanzinstrumente: Darstellung wurde im Dezember 2011 auch eine Ergänzung der Angabevorschriften des IFRS 7 bzgl. der bilanziellen Saldierung vorgenommen. Damit sollen die Abschlussadressaten die Möglichkeit erhalten, Auswirkungen von Saldierungsvereinbarungen einschließlich der Rechte auf Saldierung von bilanzierten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten auf die Finanzlage eines Unternehmens einzuschätzen. Die Änderungen werden für den Bremer Landesbank-Konzern rückwirkend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, angewendet. Aus den Amendments resultieren erweiterte Offenlegungsanforderungen, die im Bremer Landesbank-Konzernabschluss erstmalig zum 31. Dezember 2013 anzugeben sind. Die neuen Angaben ermöglichen eine verbesserte Beurteilung potenzieller Effekte aus bestehenden Aufrechnungsvereinbarungen. Vergleichs-

angaben sind vorzunehmen. Für den Bremer Landesbank-Konzernabschluss werden keine wesentlichen Auswirkungen aus den Amendments zu IFRS 7 erwartet.

Des Weiteren wurde von einer vorzeitigen Anwendung der nachfolgenden Standardänderungen bzw. Standardneufassungen abgesehen:

- IAS 27 (geänd. 2011) – Einzelabschlüsse
- IAS 28 (geänd. 2011) – Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen
- Amendments zu IAS 12 – Latente Steuern: Rückgewinnung zugrunde liegender Vermögenswerte
- Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2009–2011) im Rahmen des Annual Improvements Process des IASB

Aus den Änderungen der IAS 27, IAS 28 und Amendments zu IAS 12 sowie den jährlichen Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2009–2011) werden keine wesentlichen Einflüsse auf den BLB-Konzernabschluss erwartet.

Alle **nachfolgend genannten Standards sind seitens des IAS verabschiedet** worden, bedürfen aber noch der jeweiligen **Übernahme in europäisches Recht** durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der genannten Standards:

- Improvements to IFRS 2009–2011 (Erstanwendung per 1. Januar 2013):

Im Rahmen des Annual Improvement Project wurden Änderungen an fünf Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Daneben gibt es Änderungen mit Auswirkungen auf die Bilanzierung, den Ansatz, die Bewertung sowie auf Anhangangaben. Betroffen sind die Standards IAS 1, IAS 16, IAS 32, IAS 34 und IFRS 1. Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

- IFRS 9 – Finanzinstrumente (Erstanwendung per 1. Januar 2015):

Die Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 wird IAS 39 ersetzen.

Finanzielle Vermögenswerte werden zukünftig nur noch in zwei Gruppen klassifiziert und bewertet: zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum Fair Value. Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeit-

punkten vorsehen und die zudem im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe zum Fair Value. Unter bestimmten Voraussetzungen kann für finanzielle Vermögenswerte der ersten Kategorie – wie bisher – eine Designation zur Kategorie zum Fair Value („Fair-Value-Option“) vorgenommen werden. Wertänderungen der finanziellen Vermögenswerte der Kategorie zum Fair Value sind grundsätzlich im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente jedoch kann vom Wahlrecht Gebrauch gemacht werden, Wertänderungen im sonstigen Ergebnis zu erfassen; Dividendenansprüche aus diesen Vermögenswerten sind jedoch im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Die Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich aus IAS 39 übernommen. Der wesentlichste Unterschied betrifft die Erfassung von Wertänderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten. Zukünftig sind diese aufzuteilen: Der auf das eigene Kreditrisiko entfallende Teil ist im sonstigen Ergebnis zu erfassen, der verbleibende Teil der Wertänderung ist im Gewinn oder Verlust zu erfassen. IFRS 9 ist – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen.

- Amendments to IFRS 9 and IFRS 7 – Verpflichtender Anwendungszeitpunkt und Angaben zum Übergang (Erstanwendung per 1. Januar 2015):

Die Änderungen ermöglichen einen Verzicht auf angepasste Vorjahreszahlen bei der Erstanwendung von IFRS 9. Ursprünglich war diese Erleichterung nur bei vorzeitiger Anwendung von IFRS 9 vor dem 1. Januar 2012 möglich. Die Erleichterung bringt zusätzliche Anhangangaben nach IFRS 7 im Übergangzeitpunkt mit sich. Diese Änderungen sind analog zu den Regelungen des IFRS 9 – vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht – erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Bremer Landesbank, der nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt wird, beinhaltet den Abschluss des Mutterunternehmens und der von ihr kontrollierten Unternehmen einschließlich der Zweckgesellschaften (Tochtergesellschaften). Kontrolle liegt vor, wenn das Unternehmen die Möglichkeit besitzt, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit Nutzen zu ziehen.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode vorgenommen. Dabei werden alle Vermögenswerte und Verpflichtungen der Tochtergesellschaften zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem Fair Value unter Berücksichtigung latenter Steuern angesetzt. Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung konsolidiert.

Die Ergebnisse der im Laufe des Jahres hinzugekommenen oder abgegangenen Tochtergesellschaften werden entsprechend ab dem Erwerbszeitpunkt oder bis zum Abgangszeitpunkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Die Anschaffungskosten dieser at Equity bewerteten Unternehmen und die Unterschiedsbeträge werden zum Zeitpunkt der Erlangung des maßgeblichen Einflusses bestimmt. Hierbei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt. Die Fortschreibung des at-Equity-Wertes erfolgt auf Basis der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Verluste, die den at-Equity-Wert übersteigen, werden nicht erfasst, es sei denn, der Konzern ist rechtliche oder faktische Verpflichtungen eingegangen bzw. leistet Zahlungen anstelle des at Equity bewerteten Unternehmens.

Bei Transaktionen zwischen einem Konzernunternehmen und einem assoziierten Unternehmen werden Gewinne und Verluste im Umfang des Konzernanteiles an dem entsprechenden Unternehmen eliminiert.

Eine Entkonsolidierung wird zu dem Zeitpunkt vorgenommen, ab welchem kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss mehr besteht.

Trotz des maßgeblichen Einflusses der Bremer Landesbank auf einige assoziierte Unternehmen wurde auf die Konsolidierung nach der Equity-Methode aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet. Zudem wurde bei einigen Tochterunternehmen auf die Vollkonsolidierung aufgrund von Unwesentlichkeit verzichtet. Diese Unternehmen sind somit nicht Bestandteil des Konzernabschlusses.

(5) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der Bremer Landesbank als Mutterunternehmen folgende Tochtergesellschaften einbezogen, an denen die Bremer Landesbank direkt oder indirekt mehr als 50 % der Stimmrechte hält oder anderweitig einen beherrschenden Einfluss ausüben kann:

- BLB Immobilien GmbH, Bremen
- BLB Leasing GmbH, Oldenburg
- BREMISCHE Grundstücks-GmbH, Bremen
- NORTHWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen

- NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen

Zudem werden folgende assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert:

- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- BREBAU GmbH, Bremen
- AMMERLÄNDER Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede
- GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg
- Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds

Das assoziierte Unternehmen Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede, wurde mit dem abweichenden Abschlussstichtag 31.12.2011 nach der Equity-Methode bewertet, da die Gesellschaft ihren Abschluss erst nach der Abschlusserstellung des Berichtsunternehmens erstellt.

Die Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen sowie die Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste (Note (81)) entnommen werden.

(6) Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende monetäre Vermögenswerte und Verpflichtungen und nicht monetäre Posten, die zum Fair Value bewertet werden, sind mit den EZB-Referenzkursen zum 31. Dezember 2012 umgerechnet. Nicht monetäre Posten, die zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden, sind zu historischen Kursen angesetzt. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit marktgerechten Kursen umgerechnet. Währungsdifferenzen monetärer Posten schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung nieder; bei nicht monetären Posten erfolgt die Vereinnahmung gemäß der Erfassung der Gewinne bzw. Verluste solcher Posten im Ergebnis oder im sonstigen Ergebnis.

Zu konsolidierende ausländische Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht Euro ist, sind nicht vorhanden.

(7) Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist definiert als Vertrag, der bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei einem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verpflichtung oder zu einem Eigenkapitalinstrument führt. Die Finanzinstrumente der Bremer Landesbank sind bilanziell entsprechend erfasst. Sie werden gemäß den Vorgaben des IAS 39 den Haltekategorien zugeordnet und in Abhängigkeit der Zuordnung bewertet.

Die Finanzinstrumente beinhalten Finanzgarantien gemäß der Definition des IAS 39.

Die Klassenbildung gem. IFRS 7.6 orientiert sich an den IAS 39-Haltekategorien, die einzelnen Bilanzposten entsprechen. Zusätzliche Klassen bilden die Barreserve, Hedge-Accounting-Derivate, Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen. Hinzu kommt die Berücksichtigung von Einlagen stiller Gesellschafter, die nach IAS 32 als Fremdkapital einzustufen sind. Eine Überleitung der Klassen auf die Bilanzposten wird durch die Erläuterung der Zusammensetzung der entsprechenden Posten ermöglicht.

Zugang und Abgang von Finanzinstrumenten

Der Bilanzansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verpflichtung erfolgt, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Bei regulären Kassakäufen oder -verkäufen von finanziellen Vermögenswerten fallen Handels- und Erfüllungstag im Allgemeinen auseinander. Für diese regulären Kassakäufe oder -verkäufe besteht ein Wahlrecht der Bilanzierung zum Handelstag (Trade Date Accounting) oder zum Erfüllungstag (Settlement Date Accounting). Im Konzern erfolgt für alle finanziellen Vermögenswerte bei Ansatz und Abgang Trade Date Accounting.

Die Abgangsvorschriften des IAS 39 richten sich sowohl nach dem Konzept der Chancen und Risiken als auch nach dem der Verfügungsmacht, wobei bei der Prüfung von Ausbuchungsvorgängen die Bewertung der Chancen und Risiken aus dem Eigentum Vorrang vor der Bewertung der Übertragung der Verfügungsmacht hat.

Bei einer nur teilweisen Übertragung der Chancen und Risiken und der Zurückbehaltung von Verfügungsmacht kommt der Continuing-Involvement-Ansatz zur Anwendung. Der finanzielle Vermögenswert wird dabei unter Berücksichtigung spezieller Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in dem Umfang erfasst, der seinem fortdauernden Engagement (Continuing Involvement) entspricht. Die Höhe des Continuing Involvement bestimmt sich aus dem Umfang, in dem der Konzern weiterhin das Risiko von Wertänderungen des übertragenen Vermögenswertes trägt.

Eine finanzielle Verpflichtung (oder ein Teil einer finanziellen Verpflichtung) wird ausgebucht, wenn sie erloschen ist, d. h., wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Auch der Rückerwerb eigener Schuldtitel fällt unter die Ausbuchung finanzieller Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst; bei Wiederveräußerung zu einem späteren Zeitpunkt entsteht eine neue finanzielle Verpflichtung, deren Anschaffungskosten dem Veräußerungserlös entsprechen. Unterschiedsbeträge zwischen diesen neuen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden nach der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Schuldtitels verteilt.

Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten und ihre Bewertung

Die erstmalige Erfassung von finanziellen Vermögenswerten bzw. finanziellen Verpflichtungen erfolgt zum Fair Value. Für die im Konzernabschluss erfassten Finanzgarantien wird die Nettomethode verwendet. Bei Finanzinstrumenten der Kategorien Loans and Receivables (LaR), Held to Maturity (HtM), Available for Sale (AfS) und Other Liabilities (OL) werden Transaktionskosten in die Anschaffungskosten einbezogen, soweit sie direkt zurechenbar sind. Sie werden im Rahmen der effektivzinskonstanten Verteilung der Agien und Disagien auf den Nominalwert bzw. Rückzahlungsbetrag berücksichtigt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorie Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV) werden die Transaktionskosten sofort erfolgswirksam erfasst.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welcher Kategorie nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet werden:

Loans and Receivables (LaR – Kredite und Forderungen)

Dieser Kategorie werden nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, zugeordnet, soweit sie nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV) oder Available for Sale (AfS) kategorisiert sind. Die Kategorie LaR ist die umfangreichste im Konzern, da hier im Wesentlichen das gesamte klassische Kredit- und Darlehensgeschäft abgebildet wird. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Agien beziehungsweise Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam berücksichtigt. Zu jedem Bilanzstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Loans and Receivables (LaR) auf Werthaltigkeit geprüft und ggf. wertberichtigt (vgl. Notes (31) Risikovorsorge und (23) Ergebnis aus Finanzanlagen). Bei Vorliegen eines Impairments wird dieses bei der Fortschreibung der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam berücksichtigt. Wertaufholungen werden erfolgswirksam vorgenommen. Die Obergrenze der Wertaufholung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertminderungen ergeben hätten.

Held to Maturity (HtM – bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente)

Dieser Kategorie können nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, für die die Absicht und Fähigkeit besteht, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Eine Zuordnung kann insoweit erfolgen, als dass die Finanzinstrumente nicht als Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss (aFV), als Available for Sale (AfS) oder als Loans and Receivables (LaR) kategorisiert sind. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzernabschluss findet die Kategorie Held to Maturity gegenwärtig keine Anwendung.

Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss (aFV – erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten)

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- **Held for Trading (HfT – zu Handelszwecken gehalten)**

Diese Unterkategorie umfasst Finanzinstrumente (Handelsaktiva und Handelspassiva), die mit der Absicht erworben wurden, Gewinne aus kurzfristigen Käufen und Verkäufen zu erzielen und beinhaltet sämtliche Derivate, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accounting darstellen. Handelsaktiva setzen sich im Wesentlichen aus Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Derivaten mit positivem Fair Value zusammen. Handelspassiva umfassen im Wesentlichen Derivate mit negativem Fair Value. Handelsaktiva und Handelspassiva werden im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value erfasst. Eine separate effektivzinskonstante Amortisation von Agien und Disagien erfolgt nicht.

- **Designated at Fair Value through Profit or Loss (dFV – zum Fair Value designierte Finanzinstrumente)**

Dieser als Fair-Value-Option bekannten Unterkategorie können, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, sämtliche Finanzinstrumente zugeordnet werden. Durch die Ausübung der Fair-Value-Option können die aus den unterschiedlichen Bewertungsmethoden entstehenden Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen vermieden bzw. signifikant verringert werden (z. B. durch Abbildung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen ohne die restriktiven Anforderungen des Hedge Accounting). Des Weiteren ist es durch Zuordnung zu dieser Kategorie möglich, auf eine Separierung strukturierter Produkte zu verzichten. Erläuterungen zu Art und Umfang der Anwendung der Fair-Value-Option im Konzern sind in Note (64) dargestellt. Finanzinstrumente, für die die Fair-Value-Option angewandt wird, werden in der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen und im Rahmen der Folgebewertung erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Eine effektivzinskonstante Amortisation im Zinsergebnis erfolgt nicht.

- **Available for Sale (AfS – zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte)**

Alle nichtderivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugewiesen wurden, sind dieser Kategorie zugeordnet. Dabei handelt es sich insbesondere um Anleihen und Schuldverschreibungen sowie Aktien und Beteiligungen. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen; ist der Fair Value für Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente wie z. B. bestimmte Aktien oder Beteiligungen, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt (sowie Derivate auf solche), nicht verlässlich ermittelbar, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung wird im sonstigen Ergebnis in einer gesonderten Eigenkapitalposition (Neubewertungsrücklage)

ausgewiesen. Bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswertes wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment) ist der Unterschiedsbetrag zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden im Ergebnis, Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten – soweit nicht zu Anschaffungskosten bewertet – im Sonstigen Ergebnis erfasst. Unterschiede zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden mittels der Effektivzinsmethode im Ergebnis amortisiert.

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird zu jedem Bilanzstichtag beurteilt, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegen. Für Eigenkapitaltitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als Available for Sale klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

- **Other Liabilities (OL – sonstige finanzielle Verbindlichkeiten)**

Zu dieser Kategorie zählen insbesondere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieft Verbindlichkeiten sowie das Nachrangkapital, soweit diese Passiva nicht im Rahmen der Fair-Value-Option als dFV designiert wurden. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die Buchwerte und Nettoergebnisse pro Bewertungskategorie finden sich in den Notes (55) und (56).

Ermittlung des Fair Value

Nach den Vorschriften von IFRS 7 wird im Bremer Landesbank-Konzern die Hierarchie mit der im IFRS 7 vorgesehenen Terminologie Level 1, Level 2 und Level 3 eingesetzt. Der jeweilige Level bestimmt sich nach den verwendeten Input-Daten, die zur Bewertung herangezogen werden und spiegelt die Marktnähe der in die Ermittlung des Fair Value eingehenden Variablen.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2012 angewandten Fair-Value-Hierarchie wird ein Finanzinstrument in den Level 1 eingestuft, soweit dieses auf einem aktiven Markt gehandelt wird und zur Bestimmung des Fair Value öffentlich notierte Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am OTC-Markt Anwendung finden. Sofern keine Börsenkurse oder tatsächlich gehandelte Preise am OTC-Markt erhältlich sind, werden bei der Level-1-Bewertung zur Wertermittlung grundsätzlich Preisnotierungen von Händlern genutzt. Dabei finden beim Rückgriff auf andere Preis-

quellen als Börsen Quotierungen Verwendung, die von anderen Banken oder Market-Makern eingestellt werden.

Für den Fall, dass nicht auf Preisnotierungen auf aktiven Märkten zurückgegriffen werden kann, wird der Fair Value über anerkannte Bewertungsmethoden bzw. -modelle sowie über externe Pricing Services unter Verwendung von am Markt verfügbaren Parametern ermittelt (Level 2).

Im Bereich der Bewertung von Finanzinstrumenten zählen hierzu unter üblichen Marktbedingungen am Markt etablierte Bewertungsmodelle (z. B. Discounted-Cashflow-Methode), deren Berechnungen grundsätzlich auf am Markt verfügbaren Eingangsparametern basieren. Es gilt die Maßgabe, dass Einflussgrößen in die Bewertung einbezogen werden, die ein Marktteilnehmer bei der Preisfestsetzung berücksichtigen würde. Die entsprechenden Parameter werden – sofern möglich – dem Markt entnommen, auf dem das Instrument emittiert oder erworben wurde.

Bewertungsmodelle werden vor allem bei OTC-Derivaten und für auf inaktiven Märkten notierte Wertpapiere eingesetzt. In die Modelle fließen verschiedene Parameter ein, wie Marktpreise und andere Marktnotierungen, beispielsweise Volatilität und Marktliquidität. Wenn es in Einzelfällen erforderlich ist, gegebenenfalls bei der Verwendung von Optionspreismodellen, Schätzungen vorzunehmen, wird dabei stets eine marktübliche Methode angewandt.

Für diese Level-2-Bewertungen werden diejenigen Marktdaten verwendet, die bereits als Grundlage für das Risikocontrolling Anwendung finden. Dabei handelt es sich vor allem um am Markt verfügbare Credit Spreads, die in Verbindung mit der risikolosen Zinskurve für die Bewertung der Finanzinstrumente verwendet werden. Die Spreads werden auf Grundlage vergleichbarer Finanzinstrumente (beispielsweise unter Berücksichtigung des jeweiligen Marktsegments und der Emittentenbonität) ermittelt.

Für die im Bestand befindlichen CDS, die sämtlich dem alten CDS-Protokoll folgen, lagen zum Abschlussstichtag keine CDS-Spreadquotierungen vor, da CDS-Quotierungen seit Einführung des neuen CDS-Protokolls nur noch für CDS nach dem neuen Protokoll gestellt werden. Die Ermittlung der Fair Values dieser CDS erfolgte daher auf Basis der Spreadquotierungen für vergleichbare CDS nach dem neuen Protokoll. Auf diese Weise bewertete CDS wurden Level 2 zugeordnet.

In Abhängigkeit von der Höhe der Spreadquotierungen vergleichbarer CDS wurden auch Wertpapierspreads von liquiden Anleihen der Referenzschuldner bei der Bewertung berücksichtigt. Hierdurch wird bei der Fair-Value-Ermittlung berücksichtigt, dass das Settlement gemäß dem CDS-Protokoll, dem die CDS des CDS-Portfolios der Bremer Landesbank folgen, im Fall eines Credit Events physisch erfolgt, d. h., der Sicherungsnehmer muss im Credit Event dem Sicherungsgeber eine gemäß CDS-Vertrag lieferbare Anleihe des Referenzschuldners zum Nennwert liefern.

Für Finanzinstrumente, für die am 31. Dezember 2012 kein aktiver Markt vorliegt und bei denen zur Bewertung daher nicht auf Marktpreise zurückgegriffen werden kann, kommt ein Discounted-Cashflow-Verfahren zur Ermittlung der Fair Values zum Einsatz.

Die Feststellung, welches Finanzinstrument im Bremer Landesbank-Konzern auf diese Weise zu bewerten ist, erfolgt auf Einzeltitelbasis und einer darauf aufbauenden Trennung in aktive und inaktive Märkte. Eine veränderte Einschätzung des Marktes wird kontinuierlich bei der Bewertung herangezogen.

Für die Bewertung von besicherten OTC-Derivaten hat der Bremer Landesbank-Konzern im Wesentlichen auf den aktuellen Marktstand Overnight Index Swap Discounting (OIS Discounting) umgestellt. In die Ermittlung des Fair Value bezieht die Bremer Landesbank die jeweiligen Kontrahentenrisiken (Credit Valuation und Debt Valuation) in Übereinstimmung mit der herrschenden Marktmeinung mit ein.

Weitere Angaben zur Fair-Value-Hierarchie und den Fair Values von Finanzinstrumenten finden sich in Note (54).

Finanzanlagen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei sich der Fair Value aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt. Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse.

Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2012 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2013 und ggf. Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird i. d. R. eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sog. ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativenanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen

Marktrisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein.

Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Alternativ zur Verwendung des RAW Betas repräsentiert das Adjusted Beta eine Schätzung der künftigen Betaentwicklung. Im Rahmen einer einheitlichen Vorgehensweise im NORD/LB-Konzern wird der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte setzen sich aus zwei Bestandteilen – einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten (Embedded Derivatives, z. B. Swaps, Futures, Caps) und einem Basisvertrag (Host Contract, z. B. Finanzinstrumente) – zusammen. Beide Bestandteile sind Gegenstand nur eines Vertrages über das strukturierte Produkt, d. h., diese Produkte bilden eine rechtliche Einheit und können aufgrund der Vertragseinheit nicht getrennt voneinander gehandelt werden.

Nach IAS 39 ist ein eingebettetes Derivat vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständiges Derivat zu bilanzieren, sofern folgende Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden.
- Ein eigenständiges Derivat mit den gleichen Bedingungen wie das eingebettete derivative Finanzinstrument würde die Definition eines derivativen Finanzinstruments erfüllen.
- Das strukturierte Produkt wird nicht erfolgswirksam zum Fair Value angesetzt (Kategorie aFV).

Im Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente – sofern nicht der Kategorie aFV zugeordnet – getrennt bewertet und ausgewiesen. Die Bilanzierung und Bewertung des Basisvertrages folgt den Vorschriften der zugewiesenen Kategorie des Finanzinstruments, die des

eingebetteten Derivats erfolgt als Teil der Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ergebniswirksam zum Fair Value.

Hedge Accounting (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen)

Unter Hedge Accounting wird die buchhalterische und bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen verstanden. In diesem Rahmen werden Hedge-Beziehungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften gebildet. Ziel ist es, Schwankungen des Jahresergebnisses und des Eigenkapitals zu vermeiden, die aus der unterschiedlichen Bewertung der Grund- und Sicherungsgeschäfte resultieren.

Es werden drei Grundformen von Hedges unterschieden, die eine unterschiedliche Behandlung beim Hedge Accounting erfordern. Beim Fair Value Hedge Accounting werden (Teile von) Vermögenswerte(n) bzw. Verbindlichkeiten sowie feste Verpflichtungen gegen Wertänderungen des Fair Value abgesichert. Einem solchen Marktwertisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die zinstragenden Wertpapiere. Es werden sowohl Einzelgeschäfte und auch Portfolios mittels Fair Value Hedges abgesichert. Derzeit erfolgt ausschließlich eine Absicherung des Fair Value gegen das Zinsrisiko. Zur Absicherung dieses Risikos werden Zinsswaps verwendet.

Die beiden anderen Grundformen Cashflow Hedge Accounting und Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb werden im Konzern gegenwärtig nicht angewendet.

Sicherungsbeziehungen dürfen lediglich nach den Regeln des Hedge Accounting bilanziert werden, wenn die restriktiven Voraussetzungen des IAS 39 erfüllt wurden. Die Anforderungen des Hedge Accounting, insbesondere der Nachweis der Hedge-Effektivität, müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein. Für die prospektive Durchführung von Effektivitätstests werden im Konzern die Marktdatenshift-Methode und die Regressionsmethode eingesetzt. Für retrospektive Effektivitätstests kommt die modifizierte Dollar-Offset-Methode zum Einsatz, die das bei geringen Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft auftretende Problem der kleinen Zahl durch eine zusätzliche Toleranzgrenze berücksichtigt.

Im Portfolio Fair Value Hedge wird im Hinblick auf den retrospektiven Effektivitätstest für die Abgänge aus dem abgesicherten Portfolio von Grundgeschäften die Bottom-Layer-Methode verwendet.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum Fair Value als positive bzw. negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten bilanziert (Note (33) bzw. Note (46) Positive bzw. Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten). Die Bewertungsänderungen werden erfolgswirksam erfasst

(Note (22) Ergebnis aus Hedge Accounting). Für den gesicherten Vermögenswert bzw. die gesicherte Verpflichtung sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Fair-Value-Änderungen ebenfalls ergebniswirksam in der Position Ergebnis aus Hedge Accounting zu vereinnahmen.

Bei Anwendung des Hedge Accounting für Finanzinstrumente der Kategorie AfS ist der Teil der Wertänderung, der auf abgesicherte Risiken entfällt, erfolgswirksam im Ergebnis aus Hedge Accounting erfasst, während der nicht auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Teil in der Neubewertungsrücklage verbucht wird.

Bei der Absicherung von Zinsrisiken auf Portfoliobasis werden die Fair-Value-Änderungen von passivischen Grundgeschäften bezogen auf das abgesicherte Risiko im Bilanzposten Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente auf der Passivseite ausgewiesen (Note (44)). Grundgeschäfte von AfS-Beständen auf der Aktivseite werden weiterhin zum Full Fair Value unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Aktivbestände, die nicht der Kategorie AfS zugeordnet sind, befinden sich derzeit nicht im Portfolio Fair Value Hedge.

Im Rahmen des Mikro-Hedge-Accounting werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente um die Veränderung des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen ist, im Bilanzansatz korrigiert (Hedge Adjustment).

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert oder ausgeübt wird bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind; zu den Grundgeschäften in effektiven Sicherungsbeziehungen vgl. Note (62).

Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Im Fall echter Wertpapierpensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) führt eine Übertragung des in Pension gegebenen Wertpapiers zu keiner Ausbuchung, da das übertragende Unternehmen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Pensionsgegenstand verbundenen Chancen und Risiken zurückbehält. Der übertragene Vermögenswert ist somit weiterhin beim Pensionsgeber zu erfassen und gemäß der jeweiligen Kategorie zu bewerten. Die erhaltene Zahlung ist als finanzielle Verpflichtung zu passivieren (je nach Kontrahent unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden). Vereinbarte Zinszahlungen werden laufzeitgerecht als Zinsaufwendungen erfasst.

Reverse Repo-Geschäfte werden entsprechend als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet. Die dem Geldgeschäft zugrunde liegenden in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden laufzeitgerecht als Zinserträge erfasst.

Die Grundsätze zur Bilanzierung von echten Pensionsgeschäften gelten analog für die Wertpapierleihe. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen und gemäß IAS 39 bewertet, während entlehene Wertpapiere nicht bilanziert werden.

Gestellte Barsicherheiten für Wertpapierleihgeschäfte werden als Forderungen, erhaltene Sicherheiten als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bezüglich Umfang und Volumen von Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäften verweisen wir auf Note (66).

(8) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ab. Für eingetretene, aber von der jeweiligen Konzerneinheit noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikomerkmale Portfoliowertberichtigungen, deren Höhe auf Portfoliobasis – basierend auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten – ermittelt wird, gebildet. Bei der Gruppenbildung wurde die Branche als Sortier- und Ausweiskriterium ausgewählt. Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt auf Einzelgeschäftsebene. Basis der Berechnung der spezifischen Wertberichtigungshöhen auf Portfolioebene sind die Ratingnoten bzw. die hiermit zusammenhängenden Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default) und Verlusthöhen im Schadensfall (Loss Given Default). Als Maß für die Berechnung der Portfoliowertberichtigungen wird auf den sog. „Expected Loss“ aus den Basel-II-Anforderungen zurückgegriffen. Zusätzlich kommt die Loss Identification Period (LIP) zur Anwendung. Diese stellt die Zeitspanne zwischen dem Eintritt eines Ausfallereignisses und dessen Identifikation bzw. Bekanntwerden dar.

In Anbetracht der gegenwärtigen Marktsituation wird für das Schiffsportfolio für die Ermittlung der PoWB auf Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten zurückgegriffen, die sich im Rahmen des Schiffe-Stresstests ergeben. Dabei wurde im Rahmen eines Stresstests der Ratinganwendung „Schiffsfinanzierungen“ ein Stress simuliert. Unter Berücksichtigung dieser verschärften Rahmenbedingungen wurde das Incurred Loss Potential im Schiffsfinanzierungsportfolio durch eine zusätzliche Portfoliowertberichtigung für die Segmente Container- und Bulkschiffahrt sowie Multipurpose abgedeckt.

In die portfoliobasierte Betrachtung gehen sämtliche nicht einzeln wertgeminderte Forderungen ein.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn aufgrund beobachtbarer Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsverpflichtungen bzw. sonstigen Verpflichtungen termingerecht erfüllt werden können. Derartige Kriterien umfassen u. a. den Ausfall oder den Verzug bei Zins- oder Tilgungszahlungen von mind. 90 Tagen und erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners.

Objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder eines Portfolios von Vermögenswerten stellen die nachfolgend aufgeführten **Trigger Events** dar:

- Erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners, z. B.:
 - Rechnerische bzw. tatsächliche Kapitaldienstunfähigkeit
 - Verluste über mehrere Geschäftsjahre, negatives Eigenkapital/Unterbilanz, Liquidationsbilanz
 - Nachhaltig negative Entwicklung der Sanierung im Verlauf/Soll-Ist-Vergleich
- ein Vertragsbruch wie beispielsweise ein Ausfall oder Verzug (mindestens 90 Tage analog zum Kriterium nach Basel II) von Zins- oder Tilgungszahlungen;
- Zugeständnisse vonseiten des Kreditgebers an den Kreditnehmer infolge wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit den finanziellen Schwierigkeiten des Kreditnehmers, die der Kreditgeber ansonsten nicht gewähren würde, z. B.:
 - Zinsfreistellungen
 - Forderungsverzicht
 - Tilgungsstundungen
- Es besteht die Möglichkeit, dass der Kreditnehmer in Insolvenz oder ein sonstiges Sanierungsverfahren geht;
- das Verschwinden eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert infolge finanzieller Schwierigkeiten; oder
- beobachtbare Daten, die auf eine messbare Verringerung der erwarteten künftigen Cashflows aus einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten seit deren erstmaligem Ansatz hinweisen, obwohl die Verringerung noch nicht einzelnen finanziellen Vermögenswerten der Gruppe zugeordnet werden kann.

Das Verschwinden eines aktiven Marktes infolge der Einstellung des öffentlichen Handels mit Wertpapieren eines Unternehmens ist als solches noch kein Hinweis auf eine Wertminderung. Eine Ratingverschlechterung stellt – isoliert betrachtet – ebenfalls noch kein Trigger Event dar. Eine Verschlechterung des Ratings ist jedoch ursächlich begründet. Die Verschlechterung könnte mithin unter Einbezug weiterer Informationen den Hinweis geben, dass eine Wertminderung vorliegt (IAS 39.60).

Ratingverschlechterungen können z. B. in Verbindung mit Linienausweitungen des Schuldners ohne qualifizierte substantielle Begründung und/oder in Verbindung mit anderen Hinweisen, z. B. Verschlechterung der Sicherheitenposition als Hinweis auf ein zu bildendes Impairment herangezogen werden.

Ein unter die (fortgeführten) Anschaffungskosten gesunkener Fair Value ist nicht notwendigerweise ein Hinweis auf eine Wertminderung (IAS 39.60). Andere Faktoren, die bei der Entscheidung zu berücksichtigen sind, ergeben sich aus dem IAS 39 IG.E.4.1. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Sachverhalte:

- Liquidität und Solvenz der Schuldner oder Emittenten,
- geschäftliche und finanzielle Risikopositionen,
- Verzugshöhe und Trend beim Verzugseintritt ähnlicher finanzieller Vermögenswerte,
- nationale und lokale Wirtschaftstrends und -bedingungen,
- Fair Value von Sicherheiten und Garantien.

Die Risikovorsorge betrifft Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden. Die Höhe der Wertberichtigungen bemisst sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert des erwarteten zukünftigen Cashflows. Für Finanzinstrumente der Kategorie aFV inkl. der Kategorie HfT wird kein gesondertes Impairment gebildet, da diese erfolgswirksam zum Fair Value bewertet sind und Wertminderungen somit im Periodenergebnis erfasst werden.

Die Risikovorsorge als separater Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung umfasst außerdem Aufwendungen bzw. Erträge aus der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft, die beispielsweise für außerbilanzielle Geschäfte (Avale, Indossamentsverbindlichkeiten, Kreditzusagen) gebildet wurden.

Gekündigte Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigung bestand, werden nach Verwertung der bestehenden Sicherheiten direkt abgeschrieben. Grundsätzlich erfolgt eine Direktabschreibung bei ausfallgefährdeten Forderungen bis 10 T€. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Eine Ausbuchung einer Forderung hat grundsätzlich immer dann zu erfolgen, wenn deren Ausfall unter ökonomischen Gesichtspunkten feststeht. Die vorherige Kündigung ist dafür keine zwingende Voraussetzung.

Bei Forderungen, für die eine Risikovorsorge gebildet wurde, wird nach Verwertung der Sicherheiten ein verbleibender Restsaldo gegen die bestehenden Risikovorsorgen gebucht (verbraucht).

Für noch nicht eingetretene Verluste wird keine Risikovorsorge gebildet.

(9) Sachanlagen

Sachanlagen werden im Zugangszeitpunkt mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Abnutzbares Sachanlagevermögen wird im Rahmen der Folgebewertung abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer bilanziert. Dabei spiegelt die zugrunde gelegte Abschreibungsmethode den Nutzenverschleiß wider. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswerts übersteigt. Bei Wegfall der Gründe für die Wertminderung werden Zuschreibungen (Wertaufholung) bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Grundstücke und Gebäude	25 bis 50
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 15

Für Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes zugeordnet werden können, wurde vor dem 01.01.2009 von dem Wahlrecht der sofort aufwandswirksamen Erfassung Gebrauch gemacht.

Ab dem 01.01.2009 erfolgt eine Aktivierung der Fremdkapitalkosten gemäß IAS 23 (revised 2007). Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden sofort von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

(10) Leasinggeschäfte

Nach IAS 17 sind Leasingverträge zu Beginn des Leasingverhältnisses in Finance Lease und Operating Lease zu klassifizieren. Erfolgt eine Übertragung wesentlicher, mit dem Eigentum verbundener Risiken und Chancen auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Finance Lease einzustufen; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasingnehmer. Erfolgt keine Übertragung wesentlicher mit dem Eigentum verbundener Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer, ist das Leasingverhältnis als Operating Lease zu klassifizieren; die Bilanzierung des Leasingobjektes erfolgt beim Leasinggeber.

Finance Lease

Die Bremer Landesbank als Leasinggeber bilanziert zu Beginn der Laufzeit des Leasingvertrags eine Forderung in Höhe der Zahlungsverpflichtungen des Leasingnehmers aus dem Leasingverhältnis. Die Forderung wird zum Nettoinvestitionswert erfasst (Differenz aus Bruttoinvestition in

das Leasingverhältnis und dem noch nicht realisierten Finanzertrag) und unter Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden ausgewiesen. Eventuelle Nebenkosten werden über die Vertragslaufzeit verteilt.

Die Leasingraten im Rahmen des Finance Lease werden in einen Tilgungs- und Zinsanteil aufgespalten. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral von den Forderungen (Leasinggeber) bzw. Verpflichtungen (Leasingnehmer) abgesetzt. Der Zinsanteil wird im Ergebnis als Zinsertrag (Leasinggeber) bzw. Zinsaufwand (Leasingnehmer) vereinnahmt.

Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasinggeber haben eine geringe Bedeutung. Verträge der Bremer Landesbank als Finance-Leasingnehmer bestehen nicht.

Operating Lease

Beim Operating Lease erfasst der Konzern Bremer Landesbank die geleisteten Leasingraten zu vertraglich festgelegten Stichtagen als Aufwand unter den anderen Verwaltungsaufwendungen. Die anfänglichen direkten Kosten (wie z. B. Gutachterkosten) werden sofort ergebniswirksam erfasst.

Verträge der Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung. Verträge als Operating-Leasinggeber bestehen nicht.

(11) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind Grundstücke und Gebäude/-teile, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Für Immobilien mit einer wesentlichen Fremdnutzung von mehr als 20 % der Grundmietfläche wird untersucht, ob der fremdgenutzte Teil separiert werden kann. Ist dies nicht der Fall, erfolgt die Bilanzierung der gesamten Immobilie unter den Sachanlagen.

Gemäß dem Anschaffungskostenmodell werden als Finanzinvestition gehaltene Immobilien im Zugangszeitpunkt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet; Transaktionskosten werden in die erstmalige Bewertung einbezogen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit sie zu einer wesentlichen Verbesserung des Vermögenswertes führen und damit den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen des Vermögenswertes erhöhen.

Fremdkapitalkosten werden grds. gemäß IAS 23 (revised 2007) aktiviert. Im Geschäftsjahr 2012 waren keine aktivierungspflichtigen Sachverhalte gegeben.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden direkt von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des zugehörigen Vermögenswertes abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden von der öffentlichen Hand keine Zuschüsse gewährt.

Im Rahmen der Folgebewertung von Investment Properties werden planmäßige, lineare Abschreibungen berücksichtigt. Wertminderungen werden in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine Zuschreibung maximal bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	25 bis 50

Zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird das Ertragswertverfahren verwendet. Bei der Berechnung des Ertragswertes werden die Erträge berücksichtigt, die bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung und normaler Geschäftsentwicklung durch jeden sachkundigen Betreiber der Immobilie zu erzielen sind. Für die Wertermittlung werden normale, nicht beeinträchtigende Bodenverhältnisse vorausgesetzt. Die Funktionstüchtigkeit der haustechnischen und sonstigen Anlagen wird unterstellt. Es wird ferner unterstellt, dass die formelle und materielle Legalität hinsichtlich Bestand und Nutzung des gesamten Anwesens gegeben ist. Bei der Bewertung wird davon ausgegangen, dass keine sonstigen wertbeeinflussenden Gegebenheiten vorhanden sind. Des Weiteren wird die Bestimmung des Fair Value teilweise durch Marktdaten unterlegt. Die Bewertung erfolgt durch einen bankinternen Gutachter.

(12) Immaterielle Vermögenswerte

Als immaterielle Vermögenswerte werden sowohl erworbene Software als auch selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte bilanziert. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Für die seit Geschäftsjahr 2011 bilanzierten selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte werden gemäß IAS 38.57 die Entwicklungskosten aktiviert.

Für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer berücksichtigt. Wertminderungen werden bei immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter Nutzungsdauer in der Höhe vorgenommen, in der der Buchwert den höheren Wert aus Fair Value abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert des Vermögenswertes übersteigt. Wertaufholungen werden bei Wegfall der Gründe für die Wertminderungen vorgenommen, jedoch nicht über die Grenze der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinaus. Die planmäßigen Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Fremdkapitalkosten werden gemäß IAS 23 (revised 2007) aktiviert. Im Geschäftsjahr 2012 waren keine aktivierungspflichtigen Sachverhalte gegeben.

Immaterielle Vermögenswerte mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer werden im Verwaltungsaufwand linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Software	3 bis 5

Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen nicht vor.

(13) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung des Konzerns Bremer Landesbank basiert auf dem System der leistungsorientierten Zusagen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erwerben Anwartschaften auf Versorgungsansprüche, bei denen die Versorgungsleistung festgelegt ist und von Faktoren wie erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen, Alter, Betriebszugehörigkeit sowie eines prognostizierten Rententrends abhängt (Defined Benefit Plan). Für dieses Versorgungssystem werden die Rechnungslegungsvorschriften gemäß IAS 19 für leistungsorientierte Pläne angewandt.

Daneben werden unter den Pensionsrückstellungen auch Rückstellungen für künftige Beihilfeleistungen (€ 7 Mio.; Vorjahr: € 5 Mio.) ausgewiesen. Diese Rückstellung wird unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Beihilfeaufwands der letzten Jahre und unter der Annahme eines dynamischen Kostenentwicklungstrends ermittelt. Eine Veränderung des Kostentrends um +1 % wirkt sich mit € 2 Mio. auf die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen aus; die Effekte auf den Dienstzeit- und Zinsaufwand sind dagegen nur unwesentlich.

Zur Erfüllung der Anwartschaften aus den leistungsorientierten Plänen wurde bereits im Jahr 2005 ein Teil der Deckungsmittel an die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen (Unterstützungseinrichtung), übertragen. Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wird bei der Bildung der Pensionsrückstellungen abgezogen.

Die erfolgswirksamen Bestandteile der Pensionsrückstellung bestehen aus dem Dienstzeitaufwand (Service Cost) und den Zinsaufwendungen (Interest Cost) auf den Barwert der Verpflichtung. Dabei mindern die erwarteten Nettoerträge aus dem Planvermögen die Pensionsaufwendungen. Darüber hinaus ist ggf. ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand erfolgswirksam zu berücksichtigen. Zinsaufwendungen und erwartete Erträge aus Planvermögen werden im Zinsüberschuss berücksichtigt. Der Dienstzeitaufwand und ein ggf. nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Der Konzern Bremer Landesbank erfasst die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im sonstigen Ergebnis, sodass keine Minderung oder Erhöhung der Pensionsaufwendungen durch die Tilgung noch nicht erfolgswirksam gebuchter versicherungsmathematischer Gewinne bzw. Verluste erfolgt.

Die Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen werden zum Bilanzstichtag von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Für die Berechnung werden zusätzlich zu den biometrischen Annahmen der Rechnungszinsfuß (Discount Rate) für hochwertige Industriefinanzen sowie künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungsraten berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen werden zum Bilanzstichtag von dem unabhängigen Versicherungsmathematiker Mercer nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Für die Berechnung werden zusätzlich zu den biometrischen Annahmen der Rechnungszinsfuß (Discount Rate) für hochwertige Industriefinanzen sowie künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungsraten berücksichtigt. Dieser Rechnungszinsfuß wurde nach dem Mercer Pension Discount Yield Curve Approach (MDPYC) bei einer Duration von 15 Jahren ermittelt. Aufgrund der Marktveränderungen bei den hochwertigen Unternehmensanleihen, die als Grundlage für die Ermittlung des Rechnungszinssatzes dienen, hat Mercer sein zugrunde liegendes Portfolio im Laufe des Geschäftsjahres erweitert: Einbezogen werden nun Anleihen, die von mindestens einer Ratingagentur mit AA geratet wurden. Das Mindestvolumen für die Berücksichtigung wurde von Mercer zudem auf € 50 Mio. gesenkt und Informationen von Unternehmensanleihen mit einem Rating von A wurden nach Abzug des Spreads zwischen AA und A ebenfalls berücksichtigt. Da die Herleitung des Rechnungszinssatzes auf Grundlage der bisherigen Datenbasis nicht mehr fortgeführt wird, können die Auswirkungen dieser Erweiterung zum Ende des Geschäftsjahres nicht berechnet werden. Wäre die erweiterte Datenbasis schon zum Beginn des Geschäftsjahres angewandt worden, so wäre die Pensionsverpflichtung zu diesem Zeitpunkt um etwa 6 % höher gewesen.

Bewertungsprämissen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2012	31.12.2011
Rechnungszins	3,6 %	5,1 %
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,5 %	1,5 %
Erwartete langfristige Verzinsung des Planvermögens	3,7 %	3,5 %
Gehaltstrend		
Pensionsverpflichtungen	2,4 %	2,4 %
Beihilfe	4,5 %	4,5 %
Rententrend		
Pensionsverpflichtungen (abhängig von der Versorgungsordnung)	1,0–3,5 %	1,0–3,5 %
Beihilfe	4,5 %	4,5 %

Die Berechnung der leistungsorientierten Verpflichtung erfolgt unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G.

Die Arbeitgeberanteile für die gesetzliche Rentenversicherung bzw. Versorgungswerke betragen im Berichtsjahr insgesamt € 7 Mio. (Vorjahr: € 6 Mio.).

(14) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen gemäß IAS 19 werden für langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer sowie für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gebildet. Die Höhe der entsprechenden Rückstellungen ergibt sich aus versicherungsmathematischen Gutachten, die sich an der Betriebszugehörigkeit bzw. an den von der Bank erstellten Versorgungsplänen orientieren.

Andere Rückstellungen gemäß IAS 37 werden für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, wenn aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden, eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist. Die Bewertung von Rückstellungen bemisst sich nach der bestmöglichen Schätzung. Diese beruht auf der Einschätzung des Managements unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten und ggf. Gutachten oder Stellungnahmen von Sachverständigen. Dabei werden Risiken und Unsicherheiten in Betracht gezogen. Künftige Ereignisse werden nur berücksichtigt, wenn hinreichende objektive Hinweise für deren Eintritt bestehen. Rückstellungen werden abgezinst, wenn die Wirkung wesentlich ist.

Ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich oder kann die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden, wird eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen.

(15) Ertragsteuern

Die tatsächlichen Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die geleistete Zahlung an bzw. die Erstattung von der jeweiligen Steuerbehörde erwartet wird.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert eines Vermögenswerts oder einer Schuld in der Bilanz und dem korrespondierenden Steuerwert. Dabei führen die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen aufgrund der temporären Differenzen voraussichtlich in zukünftigen Perioden zu Ertragsteuerentlastungen oder -belastungen. Sie wurden anhand der Steuersätze bewertet, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Verpflichtung erfüllt wird, zu erwarten sind. Dabei werden unternehmensindividuelle Steuersätze (und Steuervorschriften) verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder beschlossen sind.

Ein latenter Steueranspruch für den Vortrag noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und noch nicht genutzter Steuergutschriften wird nur in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Gewinne zur Verfügung stehen werden, gegen die noch nicht genutzte steuerliche Verluste und noch nicht genutzte Steuergutschriften verwendet werden können.

Die laufenden Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sowie die latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden saldiert, wenn die Voraussetzungen für eine Saldierung gegeben

sind. Abzinsungen erfolgen nicht. In Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts werden die latenten Steueransprüche bzw. -verpflichtungen entweder im Ergebnis oder im sonstigen Ergebnis erfasst.

In der Bilanz sind die Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen gesondert ausgewiesen. In den Erläuterungen erfolgt eine Aufteilung in die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres.

In der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist der Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag in der Position „Ertragsteuern“ ausgewiesen. Die Aufteilung in laufende und latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen des Berichtsjahres ist den Erläuterungen zu entnehmen. Bilanziell sind die laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen als Aktiv- bzw. Passivposten dargestellt, wobei der Buchwert eines latenten Steueranspruchs zu jedem Bilanzstichtag auf seine Werthaltigkeit überprüft wird.

(16) Nachrangkapital

Der Posten Nachrangkapital setzt sich aus verbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten sowie Einlagen stiller Gesellschafter zusammen. Die Einlagen stiller Gesellschafter sind nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund der vertraglichen Kündigungsregelungen als Fremdkapital zu klassifizieren; nach HGB stellen sämtliche stillen Einlagen Eigenkapital dar. Aufsichtsrechtlich im Sinne des KWG sind diese als haftendes Eigenkapital anerkannt.

Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden dem entsprechenden Posten innerhalb des Nachrangkapitals direkt zugeordnet.

Segmentberichterstattung

(17) Segmentierung nach Geschäftsfeldern (primäres Berichtsformat)

(in Mio. €) ¹⁾	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Konzern- steuerung/ Sonstiges	Über- leitung	Konzern insgesamt
31.12.2012							
Zinsüberschuss	61	217	27	67	49	-5	417
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	27	176	-1	-3	29	0	228
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	33	41	28	70	21	-5	189
Provisionsüberschuss	13	23	7	5	4	-25	27
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	3	4	0	139	-39	0	107
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	7	8
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	10	-1	0	9
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	6	0	6
Summe Erträge	49	69	35	224	-9	-22	346
Verwaltungsaufwand	28	31	29	18	82	-4	185
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	1	0	0	11	-4	8
Ergebnis vor Steuern	21	39	6	205	-80	-23	168
Segmentvermögen	4.162	14.155	1.590	12.669	2.148	860	35.584
Segmentverbindlichkeiten	2.020	4.907	1.225	14.869	189	10.699	33.909
Gebundenes Kapital/Nachhaltiges Kapital	182	1.167	79	177	144	-105	1.643
CIR ²⁾	37,3 %	12,8 %	86,0 %	8,3 %	0,0 %	0,0 %	32,0 %
RoRaC ³⁾	9,4 %	3,3 %	6,8 %	106,0 %	—	—	—
ROE ⁴⁾	—	—	—	—	—	—	10,2 %

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

²⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge vor Risikovorsorge + sonstiges Ergebnis

³⁾ Return on Risk-adjusted Capital

⁴⁾ Ergebnis vor Steuern/Nachhaltiges Kapital

(in Mio. €) ¹⁾	Firmen- kunden	Spezial- finan- zierungen	Privat- kunden	Financial Markets	Konzern- steuerung/ Sonstiges	Über- leitung	Konzern insgesamt
31.12.2011							
Zinsüberschuss	59	200	33	70	31	-18	375
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	100	4	2	1	0	108
Zinsergebnis nach Risikovorsorge	59	100	29	68	30	-18	267
Provisionsüberschuss	13	19	8	4	1	-17	26
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	4	6	0	-32	-2	35	12
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	12	12
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	-5	0	-5
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	10	0	10
Summe Erträge	76	125	36	40	33	12	322
Verwaltungsaufwand	26	27	27	18	60	0	159
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0	0	0	0	3	-2	1
Ergebnis vor Steuern	50	97	9	22	-24	9	164
Segmentvermögen	4.053	13.007	1.670	13.569	888	1.675	34.862
Segmentverbindlichkeiten	2.300	3.853	1.173	15.110	-591	11.970	33.814
Gebundenes Kapital/Nachhaltiges Kapital	140	711	57	132	107	-101	1.046
CIR ²⁾	33,8 %	12,2 %	66,8 %	34,5 %	0,0 %	0,0 %	36,8 %
RoRaC ³⁾	34,1 %	13,7 %	15,0 %	16,5 %	—	—	—
ROE ⁴⁾	—	—	—	—	—	—	15,7 %

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

²⁾ Verwaltungsaufwand/Summe Erträge vor Risikovorsorge + sonstiges Ergebnis

³⁾ Return on Risk-adjusted Capital

⁴⁾ Ergebnis vor Steuern/Nachhaltiges Kapital

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Segmentierung nach Geschäftsfeldern:

Der Konzern verfügt wie nachstehend beschrieben über fünf berichtspflichtige Segmente, welche die strategischen Strukturen des Konzerns darstellen. Die Segmente stellen Kunden- oder Produktgruppen dar, welche die Organisationsstrukturen und damit die interne Steuerung des Konzerns widerspiegeln. Maßgebliches Kriterium der Segmentierung ist der jeweilige geschäfts- und ertragspezifische Schwerpunkt, eine weitestgehende einheitliche Struktur der dort aggregierten Kunden bezüglich Finanzierungs- und Anlagebedürfnissen, Produktnutzungen und Kundenbetreuung. Aufgrund der ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Geschäftstätigkeit und der Reduzierung der Vertriebswege auf die Niederlassungen in Bremen und Oldenburg wurde auf eine Segmentierung nach Regionen oder Vertriebswegen verzichtet.

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden betreut die einheitliche Kundengruppe der Firmen in der Geschäftsregion Nordwest, die mit kundenspezifischen Produktangeboten von der individuellen Unternehmensfinanzierung, Transaktionsmanagement, Risikoabsicherung bis hin zur betrieblichen Altersvorsorge betreut werden.

Spezialfinanzierungen

Segmentierungskriterium für Spezialfinanzierung ist die Branche der Kunden und damit speziell der Gegenstand der Finanzierung als Kerngeschäft der Kundenbeziehung. Die Produkte orientieren sich branchenspezifisch an den im Fokus des Kunden stehenden Projekten und deren Finanzierungen.

Privatkunden

Das Segment Privatkunden umfasst die einheitliche Kundengruppe Privatkunden inklusive Freiberufler. Die Produktpalette orientiert sich am Finanzkonzept der umfassenden Beratung und beinhaltet alle üblichen Bankdienstleistungen und -produkte für das Konto-, Kredit-, Anlagen- und Transaktionsgeschäft.

Financial Markets

Das Segment Financial Markets resultiert aus seiner primären Funktion als Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bremer Landesbank. Neben Standardprodukten werden auch alternative und vom standardisierten Finanzmarktgeschäft losgelöste Individualprodukte angeboten.

Konzernsteuerung/Sonstiges

Konzernsteuerung/Sonstiges beinhaltet alle sonstigen Erfolgsgrößen mit direktem Bezug zur Geschäftstätigkeit. Dazu gehören die Ergebnisse sämtlicher Stabsbereiche (inkl. Zinsüberschuss aus Beteiligungsverkäufen sowie dem Verwaltungsaufwand der nicht direkt dem Vertrieb zuzuordnenden Bereiche), der strategischen Maßnahmen (im Wesentlichen Zinsüberschuss als Saldo aus Anlage und Kosten der Liquiditätsbevorratung), dem Anlage- und Finanzierungserfolg, der nicht direkt den Bereichen zuzuordnen ist sowie die konsolidierten der Töchter im Teilkonzern und der Risikovorsorge außerhalb der Einzelwertberichtigungen. Informationen der Zugänge zu den langfristigen Vermögenswerten, bei denen es sich nicht um Finanzinstrumente handelt: Der Zugang bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Sachanlagen) ist im Wesentlichen auf das aus aufsichtsrechtlichen Gründen erworbene IT-Equipment zurückzuführen. Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Der Ausweis erfolgt in „Konzernsteuerung/Sonstiges“.

Überleitung

In der Überleitung werden die Überleitungspositionen von der internen Berichterstattung zu den Konzerngesamtzahlen der GuV inklusive der Konsolidierungseffekte der Tochtergesellschaften gezeigt.

Zinsüberschuss: Der Zinsüberschuss der einzelnen Segmente wird nach der Marktzinsmethode ermittelt. Einbezogen sind u. a. die Zinserfolge aus dem Aktiv- und Passivgeschäft sowie der

Anlage- und Finanzierungserfolg. Die Zinserträge und -aufwendungen werden saldiert als Zinsüberschuss ausgewiesen, da die meisten Umsatzerlöse des Segments aufgrund von Zinsen erwirtschaftet wurden und die Segmentsteuerung sich in erster Linie am Zinsüberschuss orientiert, um die Ertragskraft zu beurteilen und Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen zu treffen. Den Geschäftsfeldern wird der direkt zurechenbare Anlage- und Finanzierungserfolg zugeordnet. Der Ausweis weiterer Elemente des Anlage- und Finanzierungserfolgs erfolgt unter „Konzernsteuerung/Sonstiges“ statt „Überleitung“. Der Zinsüberschuss des Konzerns errechnet sich aus den tatsächlichen Zinserträgen abzüglich Zinsaufwendungen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft: In dieser Position werden den Geschäftsfeldern die Einzelwertberichtigungen zugeordnet; der Ausweis weiterer Größen der Risikovorsorge erfolgt analog dem internen Berichtswesen unter „Konzernsteuerung/Sonstiges“.

Provisionsüberschuss: Die Zuordnung von Kreditprovisionen zum Zinsüberschuss erfolgt über die „Überleitung“.

Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten: Das Überleitungsergebnis dieser Position resultiert aus verschiedenen Effekten, die nicht den Bereichen zugeordnet werden, insbesondere Zahlungen und Bewertungsergebnis aus Derivaten.

Ergebnis aus Hedge Accounting: Das Ergebnis aus Hedge Accounting wird keinem Geschäftsfeld zugerechnet und in der Überleitung gezeigt.

Ergebnis aus Finanzanlagen: Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird verursachungsgerecht den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen: Diese Position wird nicht den vier direkt vertriebsorientierten, sondern dem Segment „Konzernsteuerung/Sonstiges“ zugeordnet.

Verwaltungsaufwand: Den Geschäftsfeldern werden der direkt zurechenbare Verwaltungsaufwand sowie die Ergebnisse der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung zugeordnet. Im internen Berichtswesen werden die internen Kostenarten mit der GuV detailliert abgeglichen. Überleitungen sind minimiert.

Sonstiges betriebliches Ergebnis: Diese Position wird nicht den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten: Der Unterschied zwischen den addierten Segmentvermögen/Segmentverbindlichkeiten und dem Konzernvermögen/-verbindlichkeiten resultiert zum überwiegenden Teil aus der Durchschnittsbetrachtung bei den Geschäftsfeldern und der Stichtagsbetrachtung beim Konzern. Refinanzierungsmittel werden nicht bei den Geschäftsfeldern abgebildet und fließen bei den Segmentverbindlichkeiten in der Überleitung ein.

Nachhaltiges Kapital: Das nachhaltige Kapital setzt sich zusammen aus Stammkapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklage und dem Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter.

Rentabilitätskennzahlen der Bereiche: Konsistent mit dem internen Berichtswesen und dem Konzernberichtswesen wird der RoRaC auch in der externen Berichterstattung ausgewiesen.

RoE der Bank: Die Berechnung dieser Kennzahl wird zur besseren Vergleichbarkeit konzern-einheitlich vorgenommen.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(18) Zinsüberschuss

Die Positionen Zinserträge und -aufwendungen enthalten neben den erhaltenen Zinserträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten. Aufgrund der nach IAS 32 unter bestimmten Voraussetzungen zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital werden die Leistungen an stille Gesellschafter im Zinsaufwand erfasst.

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Zinserträge			
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	977	1.002	-2
Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	111	128	-13
Zinserträge aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten			
Handelsbestand und Hedge-Accounting-Derivate	875	1.080	-19
Zinserträge aus der Fair-Value-Option	3	3	—
Laufende Erträge			
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0	—
aus Beteiligungen	15	24	-38
Zinserträge aus sonstiger Amortisierung			
aus Ausgleichsposten Portfolio Fair Value Hedge	34	8	> 100
aus Hedge-Accounting-Derivaten	20	16	25
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	1	—
Summe Zinserträge	2.036	2.262	-10
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	562	597	-6
Zinsaufwendungen aus verbrieften Verbindlichkeiten	203	218	-7
Zinsaufwendungen aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten			
Zinsaufwendungen aus Handelsbestand und Hedge-Accounting-Derivaten	774	980	-21
Zinsaufwendungen aus der Fair-Value-Option	0	—	—
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	8	47	-83
Zinsaufwendungen aus sonstiger Amortisierung			
Zinsaufwendungen aus Ausgleichsposten Portfolio Fair Value Hedge	7	1	> 100
Zinsaufwendungen aus Hedge-Accounting-Derivaten	49	27	81
Zinsaufwendungen für Rückstellungen und Verbindlichkeiten	16	17	-6
Sonstige Zinsaufwendungen und zinsähnliche Aufwendungen	0	—	-100
Summe Zinsaufwendungen	1.619	1.887	-14
Gesamt	417	375	11

In den laufenden Erträgen aus Beteiligungen sind die Bewertungsgewinne aus dem Verkauf der mittelbar gehaltenen Anteile an der Dekabank Deutsche Girozentrale in Höhe von € 5 Mio. (Vorjahr: € 21 Mio.) enthalten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus dem Barwerteffekt der wertgeminderten Vermögenswerte (sog. Unwinding) in Höhe von € 17 Mio. (Vorjahr: € 11 Mio.) enthalten.

Die in den Zinserträgen enthaltenen Kreditprovisionen für Neukreditgewährungen und Restrukturierungen betragen € 16 Mio. (Vorjahr: € 15 Mio.).

In Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital wurde ein im Zinsergebnis ausgewiesener einmaliger Ertrag aus der Auflösung von Sicherungsgeschäften in Höhe von rd. € 28 Mio. realisiert.

Der gesamte Zinsertrag für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug € 1.170 Mio. (Vorjahr: € 1.163 Mio.). Der gesamte Zinsaufwand für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, betrug € 811 Mio. (Vorjahr: € 880 Mio.).

(19) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.1.–31.12. 2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	54	41	32
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	22	6	> 100
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	2	3	-33
Erträge aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	78	50	56
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	245	142	73
Zuführung zu portfoliobasierten Wertberichtigungen	34	7	> 100
Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	23	3	> 100
Direkte Forderungsabschreibungen	4	6	-33
Aufwendungen aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft	306	158	94
Gesamt	-228	-108	> 100

(20) Provisionsüberschuss

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Provisionserträge			
Provisionserträge aus dem Bankgeschäft			
Kredit- und Avalgeschäft	10	9	11
Wertpapier- und Depotgeschäft	8	8	—
Kontoführung und Zahlungsverkehr	10	10	—
Treuhandgeschäft	2	18	-89
Vermittlungsgeschäft	1	2	-50
Sonstige bankübliche Provisionserträge	4	3	33
Provisionserträge aus dem Nichtbankgeschäft			
Immobilienbusiness	1	1	—
Summe Provisionserträge	36	51	-29
Provisionsaufwendungen			
Provisionsaufwendungen aus dem Bankgeschäft			
Wertpapier- und Depotgeschäft	2	2	—
Treuhandgeschäft	2	18	-89
Vermittlungsgeschäft	1	1	—
Kontoführung und Zahlungsverkehr	—	—	—
Kredit- und Avalgeschäft	3	3	—
Sonstige bankübliche Provisionsaufwendungen	1	1	—
Summe Provisionsaufwendungen	9	25	-64
Gesamt	27	26	4

Sämtliche Provisionserträge/-aufwendungen stellen Erträge/Aufwendungen aus nicht zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten dar.

Der gleichhohe Rückgang der Provisionserträge und -aufwendungen aus dem Treuhandgeschäft resultiert aus den modifizierten vertraglichen Darlehensmodalitäten einer öffentlichen Förderbank, deren zweckgebundene Darlehen durch die Bremer Landesbank an Endkreditnehmer ausgereicht werden.

(21) Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsergebnis			
Realisiertes Ergebnis			
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	2	1	100
Ergebnis aus Derivaten	—	23	-100
Summe realisiertes Ergebnis	2	24	-92
Bewertungsergebnis			
Ergebnis aus Derivaten	95	-30	—
Summe Bewertungsergebnis	95	-30	—
Devisenergebnis	6	12	-50
Sonstiges Ergebnis	5	6	-17
Summe Handelsergebnis	108	12	> 100
Ergebnis aus der Fair-Value-Option			
Realisiertes Ergebnis			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	—	0	—
Bewertungsergebnis			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-1	0	—
Summe Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten (Fair-Value-Option)	-1	0	—
Gesamt	107	12	> 100

Das realisierte Ergebnis stellt das Ergebnis der im Berichtsjahr ausgelaufenen bzw. vorzeitig beendeten Finanzinstrumente dar, während sich das Bewertungsergebnis auf die zum Stichtag bestehenden Finanzinstrumente bezieht.

Das Devisenergebnis beinhaltet alle Devisenerfolge, die sich aus der Realisation durch Abgänge und der Bewertung aller bestehenden Fremdwährungspositionen der Bank im aktuellen Berichtsjahr ergeben haben. Das Ergebnis der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten wird ebenfalls im Devisenergebnis ausgewiesen. Es beläuft sich per 31.12.2012 auf € -224 Mio. (Vorjahr: € 42 Mio.).

Das sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die Prämienzahlungen aus den Credit Default Swaps.

(22) Ergebnis aus Hedge Accounting

Das Ergebnis aus Hedge Accounting enthält die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Hedge-Ergebnis im Rahmen von Mikro-Fair-Value-Hedges			
aus gesicherten Grundgeschäften	66		
der Haltekatgorie Available for Sale (AFS)	10	17	-41
der Haltekatgorie Other Liabilities	-76	-103	-26
aus derivativen Sicherungsinstrumenten	66	89	-26
Summe Mikro-Fair-Value-Hedges	—	3	-100
Hedge-Ergebnis im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges			
aus gesicherten Grundgeschäften	-111		
der Haltekatgorie Available for Sale (AFS)	22	11	100
der Haltekatgorie Other Liabilities	-133	-127	5
aus derivativen Sicherungsinstrumenten	119	125	-5
Summe Portfolio Fair Value Hedge	8	9	-11
Gesamt	8	12	-33

(23) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungsergebnisse und erfolgswirksame Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren und Unternehmensanteilen des Finanzanlagenbestandes gezeigt.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie Available for Sale setzt sich wie folgt zusammen:

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ergebnis aus dem Abgang von			
Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	10	—	—
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-1	—	—
Summe aus Abgängen	9	—	—
Ergebnis aus Wertberichtigungen von			
Anteilen an Unternehmen	—	-2	-100
sonstigen Finanzanlagen der Kategorie Afs	—	-3	-100
Summe Ergebnis aus Wertberichtigungen	—	-5	-100
Gesamt	9	-5	—

Die Umgliederung von zuvor im sonstigen Ergebnis erfassten Bewertungsgewinnen aus der Neubewertungsrücklage in die Gewinn- und Verlustrechnung war im Berichtsjahr nicht erforderlich (Vorjahr: € 21 Mio.).

(24) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anteile an assoziierten Unternehmen			
Erträge	6	10	-40
Aufwendungen	0	0	—
Gesamt	6	10	-40

(25) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand (andere Verwaltungsaufwendungen) und planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) und immaterielle Vermögenswerte.

Im Einzelnen gliedern sich die Aufwendungen wie folgt:

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	80	74	8
Soziale Abgaben	12	11	9
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (davon Dienstzeitaufwand 5 Mio. €; im Vorjahr: 5 Mio. €)	6	6	—
Summe Personalaufwand	98	91	8
Andere Verwaltungsaufwendungen			
EDV- und Kommunikationskosten	42	31	35
Raum- und Gebäudekosten	9	7	29
Aufwand für Marketing, Kommunikation und Repräsentation	6	7	-14
Personenbezogener Sachaufwand	4	4	—
Rechts-, Prüfungs-, Gutachter- und Beratungskosten	9	7	29
Umlagen und Beiträge	7	4	75
Aufwand für Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1	—
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	1	1	—
Summe Andere Verwaltungsaufwendungen	79	62	27
Abschreibungen			
Sachanlagen	5	3	67
Immaterielle Vermögenswerte	3	2	50
Investment Properties	1	1	—
Summe Abschreibungen	9	6	50
Gesamt	186	159	17

(26) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Sonstige betriebliche Erträge			
aus Miet- und Pachteinnahmen	7	7	—
aus Kostenerstattungen	1	1	—
aus Abgängen von Vermögensgegenständen	3	—	—
sonstige Erträge	7	3	> 100
Summe Sonstige betriebliche Erträge	18	11	64
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
aus Miet- und Pacht aufwendungen	2	1	100
aus dem Rückkauf begebener Schuldverschreibungen	1	2	-50
sonstige Aufwendungen	7	7	—
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	10	—
Gesamt	8	1	> 100

Die sonstigen Erträge beinhalten im Wesentlichen Zinserträge aus Steuererstattungen in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 0 Mio.).

Die sonstigen Aufwendungen entfallen auf Zinsaufwendungen aus Steuernachzahlungen in Höhe von € 2 Mio. (Vorjahr: € 0 Mio.) sowie die gemäß Restrukturierungsfondsgesetz vorgesehene und durch gesonderte Restrukturierungsfonds-Verordnung im 3. Quartal 2011 in nationales Recht übernommene Bankenabgabe in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 5 Mio.).

(27) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	16	47	-66
laufendes Jahr	15	51	-71
aus Vorjahren	1	-4	—
Latente Steuern	30	-13	—
aus Entstehung/Auflösung temporärer Differenzen	33	-11	—
aus Änderung von Steuersätzen	-2	-1	100
aus temporären Differenzen aus Vorjahren	-1	-1	—
Gesamter Ertragsteueraufwand	46	34	35

Die nachfolgende steuerliche Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem IFRS-Ergebnis vor Steuern und dem ausgewiesenen Ertragsteueraufwand:

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
IFRS-Ergebnis vor Steuern	168	164	2
Erwarteter Ertragsteueraufwand	53	52	2
Überleitungseffekte			
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	-1	-1	—
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	0	-5	-100
Auswirkungen aus Steuersatzänderungen	-2	-1	100
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	10	3	> 100
Auswirkungen steuerfreier Erträge	-10	-13	-23
Auswirkungen permanenter Effekte bilanzieller Natur	-2	-3	-33
Auswirkungen von Bemessungsgrundlagentransfers	-1	-2	-50
Sonstige Auswirkungen	-1	4	—
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	46	34	35

Der erwartete Ertragsteueraufwand in der steuerlichen Überleitungsrechnung errechnet sich aus dem in Deutschland im Jahr 2012 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und dem durchschnittlichen Gewerbesteuersatz von ca. 15,6 %. Daraus ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,5 % (Vorjahr: 31,5 %), mit dem die Bewertung der latenten Steuern zum Bilanzstichtag erfolgt.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

(28) Barreserve

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Kassenbestand	5	4	25
Guthaben bei Zentralnotenbanken	71	210	-66
Gesamt	76	214	-64

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit € 71 Mio. (Vorjahr: € 210 Mio.) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreserveverpflichtungen.

(29) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	121	594	-80
Ausländische Kreditinstitute	117	301	-61
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	238	895	-73
Andere Forderungen			
Inländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	145	66	> 100
Befristet	3.301	3.555	-7
Ausländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	119	35	> 100
Befristet	0	274	-100
Summe Andere Forderungen	3.565	3.930	-9
Gesamt	3.803	4.825	-21

Von den Forderungen an inländische Kreditinstitute entfallen € 3.139 Mio. (Vorjahr: € 3.245 Mio.) auf Forderungen an Verbundsparkassen. Vom Gesamtbestand entfallen € 3.301 Mio. (Vorjahr: € 3.187 Mio.) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(30) Forderungen an Kunden

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	126	152	-17
Ausländische Kunden	2	4	-50
Summe Forderungen aus Geldmarktgeschäften	128	156	-18
Andere Forderungen			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	1.426	1.010	41
Befristet	19.505	18.849	3
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	142	110	29
Befristet	2.486	2.560	-3
Summe Andere Forderungen	23.559	22.529	5
Gesamt	23.687	22.685	4

Vom Gesamtbestand entfallen € 19.643 Mio. (Vorjahr: € 18.282 Mio.) auf Forderungen, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finance-Lease-Geschäften in Höhe von € 17 Mio. (Vorjahr: € 22 Mio.) enthalten. Der Bruttoinvestitionswert der Leasinggeschäfte beträgt € 18 Mio. (Vorjahr: € 24 Mio.). Weitere Informationen zu Leasinggeschäften sind in Note (72) dargestellt.

(31) Risikovorsorge

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute			
Inländische Kreditinstitute	—	—	—
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	1	1	—
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kreditinstitute	1	1	—
Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden			
Inländische Kunden	429	300	43
Ausländische Kunden	—	—	—
Portfoliobasierte Wertberichtigungen auf Forderungen	92	69	33
Summe Risikovorsorge auf Forderungen an Kunden	521	369	41
Gesamt	522	370	41

Die auf die Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden entfallende Risikovorsorge und die Rückstellungen im Kreditgeschäft haben sich wie folgt entwickelt:

(in Mio. €)	Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen (on balance)		Summe		Rückstellungen im Kredit- geschäft ¹⁾	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Forderungen an Kreditinstitute 01.01.	—	—	1	1	1	1	—	—
Erfolgswirksame Veränderungen								
Zuführungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Auflösungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Unwinding	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfolgsneutrale Veränderungen								
Inanspruchnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—	—	—	—
31.12.	—	—	1	1	1	1	—	—
Forderungen an Kunden 01.01.	300	232	69	68	369	300	21	26
Erfolgswirksame Veränderungen								
Zuführungen	245	142	33	7	278	149	23	3
Auflösungen	-54	-41	—	—	-54	-41	-22	-6
Unwinding	-17	-10	—	—	-17	-10	0	1
Erfolgsneutrale Veränderungen								
Inanspruchnahmen	55	-29	—	—	55	-29	—	-1
Umbuchungen	10	6	-10	-6	0	—	—	-2
31.12.	429	300	92	69	521	369	22	21
Gesamt	429	300	93	70	522	370	22	21

¹⁾ Inklusive Portfoliowertberichtigungen off balance.

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf € 62 Mio. (Vorjahr: € 29 Mio.). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von € 1.338 Mio. (Vorjahr: € 878 Mio.) wurden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31.12.2012 auf € 1 Mio. (Vorjahr: € 1 Mio.). Im Berichtsjahr erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 6 Mio.). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen € 2 Mio. (Vorjahr: € 3 Mio.).

Das maximale Ausfallrisiko der finanziellen Vermögenswerte nach IFRS 7.36(a) entspricht dem Buchwert der Instrumente.

Die Qualität der Kredite und Forderungen sowie zur Veräußerung verfügbarer Finanzanlagen hat sich wie folgt entwickelt:

Ratinggruppe	sehr gut bis gut		gut/zufriedenstellend		noch gut/befriedigend		erhöhtes Risiko		hohes Risiko		sehr hohes Risiko		ohne Zuordnung		
	(in Mio. €)	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Kredite und Forderungen (LaR)															
Forderungen an Kreditinstitute		3.803	4.825	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kunden		12.626	12.060	2.851	2.960	3.089	3.319	1.308	1.350	681	1.027	1.326	1.093	1.806	876
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)															
Finanzanlagen		5.556	4.999	—	—	—	—	236	236	26	—	—	17	—	—
Summe		21.985	21.884	2.851	2.960	3.089	3.319	1.544	1.586	707	1.027	1.326	1.110	1.806	876

Die überfälligen Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Ratinggruppe	weder überfällig noch wertgemindert		überfällig, aber nicht wertgemindert							
			kleiner 3 Monate		3 bis 6 Monate		6 bis 12 Monate		größer 12 Monate	
(in Mio. €)	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Kredite und Forderungen (LaR)										
Forderungen an Kreditinstitute		3.803	4.825	—	—	—	—	—	—	—
Forderungen an Kunden		21.348	20.572	745	537	47	636	129	40	80
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)										
Finanzanlagen		5.801	5.235	—	—	—	—	—	—	—
Summe		30.952	30.632	745	537	47	636	129	40	80

Die wertberichtigten Kredite und Forderungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

(in Mio. €)	Buchwerte		Wertberichtigungen	
	2012	2011	2012	2011
Kredite und Forderungen (LaR)				
Forderungen an Kreditinstitute		—	—	—
Forderungen an Kunden		1.338	878	429
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)				
Finanzanlagen		17	17	—
Summe		1.355	895	429

(32) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind die Handelsaktiva (Held for Trading – HfT) sowie die zum Fair Value designierten Finanzinstrumente enthalten. Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Namenspapieren sowie derivativen Finanzinstrumenten, die nicht im Rahmen des Hedge Accounting eingesetzt werden.

Von den erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind € 116 Mio. (Vorjahr: € 107 Mio.) börsenfähig und € 116 Mio. (Vorjahr: € 107 Mio.) börsennotiert.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelsaktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
Anleihen und Schuldverschreibungen			
von öffentlichen Emittenten	15	10	50
von anderen Emittenten	20	15	33
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	35	25	40
Positive Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit:			
Zinsrisiken	1.430	1.046	37
Währungsrisiken	149	176	-15
Kreditderivaten	12	20	-40
Summe Positive Fair Values aus Derivaten	1.591	1.242	28
Summe Handelsaktiva	1.626	1.267	28
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	81	82	-1
Summe Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	81	82	-1
Gesamt	1.707	1.349	27

Vom Gesamtbestand entfallen € 1.320 Mio. (Vorjahr: € 1.086 Mio.) auf finanzielle Vermögenswerte, die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Die Veränderung des Fair Value, welche auf Änderungen des Kreditrisikos der zur Fair-Value-Bewertung designierten Schuldverschreibungen zurückzuführen ist, beträgt in der Berichtsperiode € 0,3 Mio. (Vorjahr: € -0,3 Mio.) und kumuliert € 0,1 Mio. (Vorjahr: € -0,2 Mio.).

Die Ermittlung der kreditrisikoinduzierten Fair-Value-Änderung erfolgt auf Basis der Veränderung der Credit Spreads der Emittenten der Schuldverschreibungen.

(33) Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Diese Position umfasst positive Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Derivate im Rahmen von Mikro-Fair-Value-Hedges	351	364	-4
Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges	251	167	50
Gesamt	602	531	13

Vom Gesamtbestand entfallen € 517 Mio. (Vorjahr: € 462 Mio.) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(34) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen umfasst alle als Available for Sale (AfS) kategorisierten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sowie Anteile an Unternehmen, die nicht gemäß IAS 27, IAS 28 oder IAS 31 zu bilanzieren sind.

Beteiligungen am Eigenkapital anderer Unternehmen sowie stille Beteiligungen und Genussrechte mit Verlustbeteiligung sind der Kategorie AfS zugeordnet.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Finanzanlagen der Kategorie LaR	—	—	—
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
von öffentlichen Emittenten	2.253	1.423	58
von anderen Emittenten	3.478	3.723	-7
Summe Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.731	5.146	11
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	9	-89
Anteile an nicht konsolidierten Unternehmen	54	65	-17
Sonstige Finanzanlagen der Kategorie AfS	32	32	—
Gesamt	5.818	5.252	11

Vom Gesamtbestand entfallen € 5.309 Mio. (Vorjahr: € 4.658 Mio.) auf zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS), die erst nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

In der nachstehenden Tabelle sind Finanzinformationen von assoziierten Unternehmen, die nicht nach der at-Equity-Methode bilanziert werden, zusammengefasst.

Mio. €	Finanz- unternehmen	Versiche- rungs- unternehmen	Sonstige Unternehmen
Werte aus dem letzten festgestellten Jahresabschluss			
Vermögen	20	35	107
Verbindlichkeiten	0	2	58
Umsatzerlöse	0	10	78
Ergebnis	4	0	-1

(35) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In diesem Posten werden Anteile an assoziierten Unternehmen i. S. d. IAS 28 ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Assoziierte Unternehmen			
Kreditinstitute	17	15	13
Andere Unternehmen	70	69	1
Gesamt	87	84	4

Die Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(in Mio. €)	Assoziierte Unternehmen 2012	2011
01.01.	84	77
Zuschreibungen	3	7
31.12.	87	84

In der nachfolgenden Tabelle werden anteilig entsprechend der Beteiligungshöhe finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

Mio. €	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG	BREBAU GmbH	Ammerländer Wohnungs- bau- Gesellschaft mbH ¹⁾	Lazard- Sparkassen Rendite-Plus- Fonds	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesell- schaft mbH
Anteil am Vermögen 31.12.2012	16,50 %	48,84 %	32,26 %	49,18 %	22,22 %
Vermögen	175	76	23	17	52
Verbindlichkeiten	158	40	10	0	33
Eigenkapital	17	36	13	17	19
Summe der Erträge	9	25	3	0	9
Periodenergebnis	4	1	1	0	1

¹⁾ Zahlen zum 31.12.2011.

(36) Sachanlagen

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Grundstücke und Gebäude	49	28	75
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8	8	—
Sonstige Sachanlagen	9	2	> 100
Gesamt	66	38	74

Im Berichtsjahr 2012 betragen die Vorleistungen € 8 Mio. (Vorjahr: € 3 Mio.) für den im Jahr 2013 beginnenden Neubau der Niederlassung Bremen. Durch hausintern erstellte Marktwertgutachten wurden für Grundstücke und Gebäude stille Reserven in Höhe von € 28 Mio. (Vorjahr: € 36 Mio.) ermittelt. Die historischen Anschaffungskosten für Sachanlagen, die zum Stichtag zwar voll abgeschrieben waren, aber weiterhin genutzt werden, betragen € 22 Mio. (Vorjahr: € 54 Mio.).

(37) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anlageimmobilien	69	68	1
Gesamt	69	68	1

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien beträgt € 33 Mio. (Vorjahr: € 36 Mio.). Aus der Vermietung dieser Objekte wurden im Berichtsjahr € 7 Mio. (Vorjahr: € 7 Mio.) erzielt. Die direkten betrieblichen Aufwendungen (einschließlich Reparaturen und Instandhaltung) ohne Abschreibungen betragen € 3 Mio. (Vorjahr: € 2 Mio.).

Die Entwicklung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen für Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stellen sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	bankbetrieblich genutzt				nicht bankbetrieblich genutzt		
	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen/ Anlagen im Bau	Summe	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Geleistete Anzahlungen/ Anlagen im Bau	Summe
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 01.01.2011	78	31	2	111	82	1	83
Zugänge	1	4	4	9	1	0	1
Abgänge	—	0	-4	-4	0	-1	-1
Summe 31.12.2011	79	35	2	116	83	0	83
Kumulierte Abschreibungen per 01.01.2011	-49	-26	—	-75	-13	—	-13
Planmäßige Abschreibungen	-2	-1	—	-3	-2	—	-2
Außerplanmäßige Abschreibungen	—	—	—	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—	—	—
Abgänge	—	—	—	—	—	—	—
Summe 31.12.2011	-51	-27	0	-78	-15	0	-15
Endbestand per 31.12.2011	28	8	2	38	68	0	68
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 01.01.2012	79	35	2	116	83	0	83
Zugänge	5	3	7	15	21	—	21
Umbuchungen	23	0	—	23	-23	—	-23
Abgänge	—	-2	—	-2	-2	—	-2
Summe 31.12.2012	107	36	9	152	102	—	79
Kumulierte Abschreibungen per 01.01.2012	-51	-27	—	-78	-15	—	-15
Planmäßige Abschreibungen	-2	-2	—	-4	-1	—	-1
Außerplanmäßige Abschreibungen	—	0	—	—	—	—	—
Umbuchungen	-5	0	—	-5	5	—	5
Abgänge	—	1	—	1	1	—	1
Summe 31.12.2012	-58	-28	—	-86	-10	—	-10
Endbestand per 31.12.2012	49	8	9	66	92	0	69

Die Zugänge und Umbuchungen bei den Grundstücken und Gebäuden betreffen die bankbetrieblich genutzten Interimsflächen während der Umbauphase des Gebäudes am Domshof.

(38) Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Anlagewerte betreffen System- und Anwendungssoftware. Es handelt sich ausschließlich sowohl um entgeltlich erworbene Software als auch um selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte. Im Jahr 2012 wurden im Wesentlichen € 1 Mio. (Vorjahr: € 9 Mio.) für die Umset-

zung der Integrations-Architektur (SPOT) als selbst erstellter immaterieller Vermögenswert aktiviert. Die Restnutzungsdauer der immateriellen Anlagewerte liegt zwischen 1 und 59 Monaten. Die historischen Anschaffungskosten für immaterielle Vermögenswerte, die zum Stichtag zwar voll abgeschrieben waren, aber weiterhin genutzt werden, betragen € 9 Mio. (Vorjahr: € 10 Mio.).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	Software		Summe
	entgeltlich erworben	selbst erstellt	
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 01.01.2011	13	—	13
Zugänge	1	10	11
Abgänge	—	—	—
Summe 31.12.2011	14	10	24
Kumulierte Abschreibungen per 01.01.2011	-11	—	-11
Planmäßige AfA	-1	-1	-2
Abgänge	—	—	—
Summe 31.12.2011	-12	-1	-13
Endbestand per 31.12.2011	2	9	11
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten per 01.01.2012	14	10	24
Zugänge	1	1	2
Abgänge	—	—	—
Summe 31.12.2012	15	11	26
Kumulierte Abschreibungen per 01.01.2012	-12	-1	-13
Planmäßige AfA	-1	-2	-3
Abgänge	—	—	—
Summe 31.12.2012	-13	-3	-16
Endbestand per 31.12.2012	2	8	10

(39) Laufende Ertragsteueransprüche sowie latente Ertragsteuern

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	9	6	50
Aktive latente Steuern	122	143	-15
Gesamt	131	149	-12

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2012 wurden € 1 Mio. (Vorjahr: € 0 Mio.) aktive latente Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	1	0	> 100
Risikovorsorge	23	16	44
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	513	390	32
Finanzanlagen	2	18	-89
Sachanlagen	23	22	5
Immaterielle Vermögenswerte	0	1	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13	12	8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47	40	18
Verbriefte Verbindlichkeiten	37	25	48
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	44	82	-46
Negative Fair Values aus Hedge-Derivaten	124	83	49
Rückstellungen	65	65	—
Nachrangkapital	3	9	-67
Steuerliche Verlustvorträge und sonstige aktive latente Steuern	11	11	—
Summe	906	774	17
Saldierung	784	631	24
Gesamt	122	143	-15

Neben den latenten Steuern, die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden, sind in den latenten Steueransprüchen aus Finanzanlagen € 1 Mio. (Vorjahr: € 16 Mio.) sowie aus Rückstellungen € 1 Mio. (Vorjahr: € 0 Mio.) enthalten, die über das sonstige Ergebnis (OCI) gebildet werden.

Von den Ertragsteueransprüchen aus latenten Steuern vor Saldierung werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten € 881 Mio. realisiert.

(40) Sonstige Aktiva

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Vorräte	2	1	100
Steuererstattungsansprüche aus sonstigen Steuern	1	—	—
Sonstige Vermögenswerte	47	26	81
Gesamt	50	27	85

Die Sonstigen Vermögenswerte beinhalten insbesondere aktivierte Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochtergesellschaften in Höhe von € 15 Mio. (Vorjahr: € 14 Mio.) und Forderungen gegenüber der Eurex in Höhe von € 15 Mio. sowie Forderungen gegenüber isländischen Banken von € 8 Mio. (Vorjahr € 7 Mio.).

Alle Beträge der Position „Sonstige Aktiva“ sind innerhalb der nächsten 12 Monate fällig.

(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Einlagen von anderen Banken			
Inländische Kreditinstitute	5	0	—
Ausländische Kreditinstitute	—	—	—
Summe Einlagen von anderen Banken	5	0	—
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kreditinstitute	1.121	1.201	-7
Ausländische Kreditinstitute	123	—	—
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	1.244	1.201	4
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	557	246	> 100
Befristet	8.887	8.426	5
Ausländische Kreditinstitute			
Täglich fällig	273	9	> 100
Befristet	849	1.127	-25
Summe Andere Verbindlichkeiten	10.566	9.808	8
Gesamt	11.815	11.009	7

Vom Gesamtbestand entfallen € 9.669 Mio. (Vorjahr: € 8.289 Mio.) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten entfallen € 771 Mio. (Vorjahr: € 437 Mio.) auf Verbindlichkeiten gegenüber Verbundsparkassen.

(42) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Spareinlagen			
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			
Inländische Kunden	175	158	11
Ausländische Kunden	11	15	-27
Mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			
Inländische Kunden	7	17	-59
Ausländische Kunden	1	1	—
Summe Spareinlagen	194	191	2
Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften			
Inländische Kunden	1.423	2.038	-30
Ausländische Kunden	83	93	-11
Summe Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften	1.506	2.131	-29
Andere Verbindlichkeiten			
Inländische Kunden			
Täglich fällig	2.721	1.847	47
Befristet	5.923	6.296	-6
Ausländische Kunden			
Täglich fällig	91	138	-34
Befristet	1	1	—
Summe Andere Verbindlichkeiten	8.736	8.282	5
Gesamt	10.436	10.604	-2

Vom Gesamtbestand entfallen € 6.687 Mio. (Vorjahr: € 7.082 Mio.) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(43) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Begebene Schuldverschreibungen			
Pfandbriefe	502	632	-21
Kommunalschuldverschreibungen	1.882	2.196	-14
Sonstige Schuldverschreibungen	5.881	5.340	10
Summe Begebene Schuldverschreibungen	8.265	8.168	1
Geldmarktpapiere			
Commercial Papers	181	524	-65
Sonstige Geldmarktpapiere	—	—	—
Summe Geldmarktpapiere	181	524	-65
Gesamt	8.446	8.692	-3

Vom Gesamtbestand entfallen € 6.545 Mio. (Vorjahr: € 6.536 Mio.) auf verbiefte Verbindlichkeiten, die voraussichtlich nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal € 104 Mio. (Vorjahr: € 150 Mio.) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen direkt abgesetzt.

Die folgende Aufstellung enthält die wesentlichen im Berichtsjahr 2012 begebenen Schuldverschreibungen ab einem Emissionsvolumen von € 55 Mio. (Vorjahr: € 40 Mio.).

Wertpapierkurzbezeichnung	Nominal	Währung	Fälligkeit	Zinssatz
BREM.LB.KR.A.OLD.OPF 95	100.000.000,00	EUR	06.01.2016	0,516
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.156	64.146.000,00	EUR	20.01.2014	1,75
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.159	150.000.000,00	EUR	17.08.2017	2,75
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.177	61.500.000,00	EUR	01.12.2016	2,375
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.178	100.300.000,00	EUR	12.04.2019	2,85
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.180	81.900.000,00	EUR	09.05.2017	1,145
BREM.LB.KR.A.OLD.IS.190	58.401.000,00	EUR	14.08.2017	1,75

(44) Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente

Diese Position umfasst die zinsinduzierten Wertänderungen von im Portfolio Fair Value Hedge designierten Verbindlichkeiten der Haltekategorie Other Liabilities (OL).

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	241	142	70
Zinsrisiken	241	142	70

(45) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind die Handelspassiva (Held for Trading – HfT) dargestellt. Zum Fair Value designierte Verbindlichkeiten (Designated at Fair Value through Profit or Loss) waren wie im Vorjahr nicht im Bestand.

Die Handelspassiva umfassen negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, welche nicht im Rahmen von Hedge Accounting eingesetzt wurden.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Handelspassiva			
Negative Fair Values aus Derivaten in Zusammenhang mit:			
Zinsrisiken	1.323	1.052	26
Währungsrisiken	162	371	-56
Aktien- und sonstigen Preisrisiken	—	—	—
Kreditderivaten	88	265	-67
Summe Handelspassiva	1.573	1.688	-7
Gesamt	1.573	1.688	-7

Vom Gesamtbestand entfallen € 1.322 Mio. (Vorjahr: € 1.281 Mio.) auf zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(46) Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten

Die Position umfasst die negativen Fair Values von Sicherungsinstrumenten in effektiven Fair-Value-Hedge-Beziehungen.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Derivate im Rahmen von Mikro-Fair-Value-Hedges	76	79	-4
Derivate im Rahmen von Portfolio Fair Value Hedges	73	45	62
Gesamt	149	124	20

Vom Gesamtbestand entfallen € 113 Mio. (Vorjahr: € 93 Mio.) auf Sicherungsinstrumente, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps eingesetzt.

(47) Rückstellungen

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	374	281	33
Andere Rückstellungen			
Rückstellungen im Kreditgeschäft	22	21	5
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	22	17	29
Gesamt	418	319	31

Von den Rückstellungen im Kreditgeschäft entfallen € 3 Mio. (Vorjahr: € 2 Mio.) auf gebildete PoWB.

Bei den anderen Rückstellungen handelt es sich einmal um Beträge, die für ungewisse Verbindlichkeiten in Zusammenhang mit Kreditgeschäften gebildet wurden. Der Zeitpunkt der Erfüllung wird nach einer durchschnittlichen Haltedauer von vier Jahren erwartet. Unsicherheiten hinsichtlich des Betrages und des Zeitpunkts liegen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die einzelnen Kreditnehmergruppen. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten umfassen größtenteils Rückstellungen, die in Zusammenhang mit Personalverpflichtungen stehen sowie eine Rückstellung für Zinsverpflichtungen aus Steuernachzahlungen. Der erwartete Zeitpunkt der Erfüllung hängt bei den Personalverpflichtungen vom Eintritt des Ereignisses für den Mitarbeiter ab. Unsicherheiten hinsichtlich Betrag und Zeitpunkt hängen von der Betriebszugehörigkeit des Mitarbeiters sowie von externen und internen Verpflichtungen (Tarifverträge, bankspezifische Vereinbarungen) ab. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei den Pensionsrückstellungen handelt es sich um Ansprüche von Mitarbeitern auf betriebliche Pensionszahlungen. Der Zeitpunkt der Erfüllung entsteht mit Eintritt des Mitarbeiters in den Ruhestand. Unsicherheiten hinsichtlich des Betrages und des Zeitpunktes der Zahlungen bestehen u. a. aufgrund von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen, Rententrends sowie Alter und Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	409	316	29
abzüglich Zeitwert des Planvermögens	-34	-35	-3
Gesamt	375	281	33

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung lässt sich vom Anfangs- bis zum Endbestand der Periode unter Berücksichtigung der Auswirkungen der aufgeführten Posten überleiten:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anfangsbestand	316	311	2
Laufender Dienstzeitaufwand	5	5	—
Zinsaufwand	16	16	—
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus der Verpflichtung	85	-2	—
Gezahlte Versorgungsleistungen	-14	-14	—
Endbestand	408	316	29

Der Barwert der Verpflichtung ist mit € 401 Mio. (Vorjahr: € 311 Mio.) teilweise kapitalgedeckt und mit € 7 Mio. (Vorjahr: € 5 Mio.) nicht kapitalgedeckt (unfunded).

Die unter den Gewinnrücklagen ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-3	82	—
Korrekturposten latente Steuern	1	-26	—
Gesamt	-2	56	—

Der Zeitwert des Planvermögens weist die folgende Entwicklung auf:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Anfangsbestand	35	36	-3
Erwartete Erträge aus Planvermögen	1	1	—
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus Planvermögen	1	-1	—
Beiträge des Arbeitgebers	11	13	-15
Gezahlte Versorgungsleistungen	-14	-14	—
Endbestand	34	35	-3

Die gesamten im Gewinn bzw. Verlust erfassten Aufwendungen stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Laufender Dienstzeitaufwand	5	5	—
Zinsaufwand	16	16	—
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1	—
Gesamter Aufwand	20	20	—

Die erwarteten Erträge aus Planvermögen und der Zinsaufwand werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Der laufende Dienstzeitaufwand ist in der Position Verwaltungsaufwand enthalten.

Das Planvermögen sowie die Renditeerwartungen setzen sich nach Vermögensarten wie folgt zusammen:

	Zusammensetzung des Planvermögens		Ver- änderung (in %)
	31.12.2012	31.12.2011	
Eigenkapitalinstrumente	7,2 %	3,9 %	85
Fremdkapitalinstrumente	79,0 %	69,8 %	13
Sonstige Vermögenswerte	13,8 %	26,3 %	-47
	100,0 %	100,0 %	—

Als Planvermögen werden die Deckungsmittel der Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank ausgewiesen. Die nicht für die laufenden Pensionszahlungen benötigten Mittel sind im Rahmen eines Vermögensverwaltungsvertrags in Renten- und Aktientiteln investiert. Der Bestand des Planvermögens ist zum Fair Value bewertet.

Für 2013 werden Zahlungen an Arbeitnehmer und zur Dotierung des Planvermögens von insgesamt € 10 Mio. erwartet. Der tatsächliche Erfolg aus Planvermögen betrug im Berichtsjahr € 2 Mio. (Vorjahr: € 0 Mio.). Im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens sind in der Kategorie Fremdkapitalinstrumente eigene Finanzinstrumente der Bremer Landesbank in Höhe von € 4 Mio. enthalten (Vorjahr: € 3 Mio.).

Die Ermittlung des aus dem Planvermögen erwarteten Ertrags erfolgte bisher unternehmensindividuell unter Berücksichtigung der Zusammensetzung des Planvermögens (Asset Allocation).

Gemäß dem geänderten IAS 19 (IAS 19 revised) wird die Rendite des Planvermögens ab dem Geschäftsjahr 2013 in Höhe des zu Periodenbeginn festgelegten Diskontierungszinssatzes, der der Bewertung der Pensionsverpflichtung zugrunde liegt, angenommen (3,6 %).

Mit IAS 19 revised wird die bisherige Vorgehensweise der separaten Ermittlung und Ausweises des erwarteten Ertrags aus Planvermögen abgeschafft. Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wird gemäß IAS 19 revised im Rahmen der Ermittlung des Nettozinsergebnisses berücksichtigt.

Die Historie der Barwerte der leistungsorientierten Verpflichtungen sowie der Zeitwert des Planvermögens sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

(in Mio. €)	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	408	316	311	297	272
Zeitwert des Planvermögens	-34	-35	-36	-38	-39
Saldo	374	281	275	259	233

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Planvermögens sowie des Verpflichtungsumfangs stellen sich wie folgt dar:

(in Mio. €) + = Ertrag; - = Aufwand	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Abweichungen der Planvermögenserträge von den tatsächlichen Erträgen	1	-1	0	1	-2
Erfahrungsbedingte Anpassungen der Pensionsverpflichtung	-4	8	4	0	9

Die Annahmen über die Entwicklung der Kosten im medizinischen Bereich haben Auswirkungen auf die dargestellten Beträge der Gesundheitsfürsorgepläne (Beihilfe). Eine Veränderung in der angenommenen Entwicklung der Gesundheitskosten um einen Prozentpunkt hätte folgende Auswirkungen für den Konzern:

(in Mio. €)	Anstieg um 1 Prozentpunkt		Rückgang um 1 Prozentpunkt	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Effekt auf die Verpflichtung zum Jahresende	2	1	1	-1
Effekt auf die Summe aus laufendem Dienstzeit- und Zinsaufwand für das abgelaufene Geschäftsjahr	0	0	0	0

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

(in Mio. €)	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten			Summe
	Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich	Sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	
Bestand per 01.01.2011	26	18	1	45
Inanspruchnahme	-1	-4	-1	-6
Auflösungen	-6	0	0	-6
Zuführungen	4	2	1	7
Umbuchungen	-2	0	—	-2
Bestand per 31.12.2011	21	16	1	38
Bestand per 01.01.2012	21	16	1	38
Inanspruchnahme	0	-4	-1	-5
Auflösungen	-22	0	0	-22
Zuführungen	23	7	3	33
Umbuchungen	—	—	—	—
Bestand per 31.12.2012	22	19	3	44

Die anderen Rückstellungen untergliedern sich in Rückstellungen für das Kreditgeschäft, Rückstellungen für Verpflichtungen aus dem Personalbereich und sonstige Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. Restrukturierungsrückstellungen und Rückstellungen für drohende Verluste liegen nicht vor.

Bei den Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft handelt es sich um Rückstellungen, die für ungewisse Verbindlichkeiten aus möglichen Rechtsansprüchen von Kreditnehmern gegenüber der Bank resultieren könnten. Der Zeitpunkt der Erfüllung wird nach einer durchschnittlichen Halbdauer von vier Jahren erwartet. Unsicherheiten hinsichtlich des Betrages und des Zeitpunkts liegen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für die einzelnen Kreditnehmergruppen. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Der Abzinsungsbetrag für die sonstige Rückstellung im Kreditgeschäft wurde um insgesamt € 798 T (Vorjahr: € 905 T) hochgeschrieben. Davon resultieren € 91 T (Vorjahr: € 25 T) aus der Veränderung des Abzinsungssatzes.

Bei den Verpflichtungen aus dem Personalbereich handelt es sich um Vorruhestands- und Jubiläumsrückstellung sowie eine bankinterne Rückstellung für sonstige Personalverpflichtungen. Der erwartete Zeitpunkt der Erfüllung hängt bei den Personalverpflichtungen vom Eintritt des Ereignisses für den Mitarbeiter ab. Unsicherheiten hinsichtlich Betrag und Zeitpunkt hängen von der Betriebszugehörigkeit des Mitarbeiters sowie von externen und internen Verpflichtungen (Tarifverträge, bankspezifische Vereinbarungen) ab. Rückerstattungen werden nicht erwartet.

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten Vorruhestandsrückstellungen in Höhe von € 14 Mio. (Vorjahr: € 13 Mio.) und Jubiläumsrückstellungen in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 3 Mio.).

Bei den sonstigen Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten handelt es sich um Rückstellungen für Zinsverpflichtungen aus Steuernachzahlungen, für Gewerbe- und Umsatzsteuer, für Prozesskosten und für Prämienzahlungen aus Prämienparverträgen. Der erwartete Zeitpunkt der Erfüllung hängt bei den Zinsverpflichtungen vom Erlass von Zinsbescheiden durch das Wohnsitzfinanzamt, bei den sonstigen Steuern vom Erlass von geänderten Steuerbescheiden, bei den Prozesskosten von der Verfahrensdauer, deren Länge mit zwei Jahre erwartet wird, sowie beim Prämienparven von der vertraglichen Gestaltung der Prämienparverträgen ab. Unsicherheiten hinsichtlich Betrag und Zeitpunkt ergeben sich bei den Zinsverpflichtungen aus Steuernachzahlungen sowie bei der Gewerbe- und Umsatzsteuer aus dem Stand der Betriebssteuerprüfung am Bilanzstichtag, bei den Prozesskosten aus der voraussichtlichen Dauer des Rechtsstreites sowie beim Prämienparven aus der Durchhalteabsicht des Vertragsinhabers. Rückerstattungen werden in allen Fällen nicht erwartet.

Bei allen Rückstellungen ist erst mit einer Inanspruchnahme nach mehr als 12 Monaten zu rechnen.

(48) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen sowie latente Ertragsteuern

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	16	32	-50
Passive latente Steuern	2	2	—
Gesamt	18	34	-47

Passive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Werten der Vermögenswerte und Schulden in der IFRS-Konzernbilanz und den Steuerwerten nach den steuerlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Zum 31.12.2012 wurden € 3 Mio. (Vorjahr: € 0 Mio.) passive latente Steuern direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kunden	5	6	-17
Positive Fair Values aus Hedge-Derivaten	191	166	15
Finanzanlagen	29	16	81
Sachanlagen	1	0	0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	3	5	-40
Immaterielle Vermögenswerte	0	2	-100
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	539	394	37
Rückstellungen	0	26	-100
Sonstige Passiva	18	18	—
Summe	786	633	24
Saldierung	784	631	24
Gesamt	2	2	—

Neben den latenten Steuern, die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden, sind in den latenten Steuerverpflichtungen aus Finanzanlagen € 4 Mio. (Vorjahr: € 1 Mio.) sowie aus Rückstellungen € 0 Mio. (Vorjahr: € 26 Mio.) enthalten, die über das sonstige Ergebnis (OCI) gebildet werden.

Von den Ertragsteuerverpflichtungen aus latenten Steuern vor Saldierung werden nach Ablauf von mehr als 12 Monaten € 774 Mio. erfüllt.

(49) Sonstige Passiva

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	5	4	25
Verbindlichkeiten aus Beiträgen	0	1	-100
Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen	10	9	11
Verbindlichkeiten aus noch abzuführenden Steuern und Sozialbeiträgen	2	2	—
Sonstige Verbindlichkeiten	65	18	> 100
Gesamt	82	34	> 100

Die abgegrenzten Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Arbeitnehmervergütungen werden im ersten Halbjahr 2013 an Mitarbeiter im Konzern ausgezahlt.

Die sonstigen Verbindlichkeiten entfallen auf die Passivierung des Geldzahlungsanspruchs der Träger der BLB mit € 45 Mio., auf Verbindlichkeiten der Bremer Landesbank gegenüber Dritten in Höhe von € 17 Mio. (Vorjahr: € 9 Mio.) sowie auf die Zuführung zum Deckungsstock der Unterstützungskasse € 1 Mio. (Vorjahr: € 4 Mio.).

Alle Beträge der Position „Sonstige Passiva“ werden innerhalb der nächsten 12 Monate realisiert.

(50) Nachrangkapital

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Nachrangige Verbindlichkeiten	710	506	40
Einlagen stiller Gesellschafter	21	664	-97
Gesamt	731	1.170	-38

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen in voller Höhe haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- und Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt € 15 Mio. (Vorjahr: € 15 Mio.). Abgrenzte, noch nicht fällige Zinsen werden im Nachrangkapital bei den nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Einlagen stiller Gesellschafter stellen aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters gemäß IAS 32 Fremdkapital dar. Im Kontext der nach Basel III künftig sukzessive anzuwendenden Regeln für regulatorische Eigenmittel haben die Träger der Bank die zur Verfügung gestellten und bislang unter dieser Position ausgewiesenen sog. stillen Einlagen im Laufe des Jahres 2012 in sog. hartes Kernkapital gewandelt. Die restlichen Verbindlichkeiten aus Einlagen stiller Gesellschafter in Höhe von € 21 Mio. entfallen auf die im Geschäftsjahr 2013 noch zu entrichtenden Zinsen für den Zeitraum bis zur Wandlung im Geschäftsjahr 2012 (Zinsaufwand Vorjahr: € 32 Mio.).

Als Ersatz für mittelfristig bestehende Fälligkeiten der übrigen nachrangigen Schuldverschreibungen und zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wurden im Laufe des Jahres 2012 insgesamt € 200 Mio. Nachrangmittel aufgenommen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit nominal € 150 Mio. (Vorjahr: € 150 Mio.) festverzinslich sowie mit € 550 Mio. (Vorjahr: € 350 Mio.) variabel verzinslich.

Ende 2012 waren folgende wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten im Umlauf:

Nominalbetrag (in Mio. €)	Fälligkeit	Zinssatz
150	15.12.2015	4,875
150	16.11.2027	variabel
50	06.12.2027	variabel
200	28.06.2030	variabel
85	21.03.2031	variabel
65	05.04.2041	variabel
700		

Vom Gesamtbestand entfallen nominal € 700 Mio. (Vorjahr: € 500 Mio.) auf nachrangige Verbindlichkeiten, die nach Ablauf von mehr als 12 Monaten realisiert oder erfüllt werden.

(51) Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €)	1.1.–31.12.2012			1.1.–31.12.2011		
	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer-effekt	Betrag nach Steuern	Betrag vor Steuern	Ertragsteuer-effekt	Betrag nach Steuern
Konzernergebnis	168	-46	122	164	-34	130
Veränderung aus Available-for-Sale-(AfS-)Finanzinstrumenten	47	-17	30	-57	13	-44
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen von at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste bei leistungsorientierten Pensionsrückstellungen	-85	26	-59	1	-1	—
Sonstiges Ergebnis	-38	9	-29	-56	12	-44
Konzerngesamtergebnis	130	-37	93	108	-22	86
davon: den Anteilseignern des Mutterunternehmens zustehend			93			86
davon: auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss entfallend			—			—

Bei einzelnen Posten wurden die Vorjahresangaben angepasst, siehe hierzu Note (2).

(52) Erläuterungen zum Eigenkapital

In den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die in den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre und aus dem Ergebnis des laufenden Jahres zugewiesen wurden. Weiterhin werden hier versicherungsmathematische Erfolge aus Pensionsrückstellungen und die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebnisse aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

In der Neubewertungsrücklage sind diejenigen Beträge erfasst, die aus der Erfassung von Bewertungsunterschieden von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie Available for Sale resultieren. Die darauf entfallenen latenten Steuern werden abgesetzt.

Die Anteilseigner der Bremer Landesbank setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012	31.12.2011
NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –	54,8343 %	92,50 %
Land Bremen	41,2000 %	7,50 %
Sparkassenverband Niedersachsen	3,9657 %	—
Gesamt	100,0000 %	100,00 %

Das Stammkapital der Bremer Landesbank lautet vertraglich ohne Zahl und Nennbeträge der Geschäftsanteile. Das Stimmrecht und das Dividendenbezugsrecht richten sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Veränderung der Anteilsquoten resultiert aus der Wandlung der stillen Einlagen in Stammkapital sowie sonstige Rücklagen.

Ziele des Eigenkapitalmanagements sind die Einhaltung der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen sowie eine ausgewogene Relation zwischen Risikopotenzial und Risikokapital zur Sicherstellung der jederzeitigen Handlungsfähigkeit der Bank (vgl. 5. Chancen- und Risikobericht, Kapitel „Risikotragfähigkeit“).

Auf Basis des Tragfähigkeitskonzeptes werden die Risikopotenziale der Risikoarten monatlich aggregiert und dem Risikokapital der Bank gegenübergestellt. Im Risikotragfähigkeitsmodell geschieht dies im Rahmen von drei Sichtweisen.

- Die erste Sichtweise stellt den Going Concern Case dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90 % und stellt ökonomisch ermittelte Risikopotenziale den freien aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln gegenüber. Darüber hinaus werden unterjährige risikokapitalwirksame Effekte berücksichtigt.
- Neben dem Going-Concern-Ansatz wird in der ökonomischen Kapitaladäquanz bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf höhere Konfidenzniveaus abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch ca. alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitaleitig wird auf sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Diese Sichtweise dient als Nachweis der für die gemäß MaRisk erforderliche Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung (ICAAP – Internal Capital Adequacy Assessment Process).
- In der dritten Sichtweise, der regulatorischen Kapitaladäquanz, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitaleitig wird wie in der ökonomischen Kapitaladäquanz auf alle Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

(in Mio. €)	Risikokapital	
	31.12.2012	31.12.2011
Going Concern	553	558
Gone Concern	2.013	1.730
Regulatorik	2.005	1.895

Zusätzlich wird im ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process; 2. Säule aus Basel II) ein Deckungsgrad zu den anrechenbaren Eigenmitteln ohne ungenutzte Drittrangmittel gemäß Solvabilitätsverordnung ermittelt.

Die externen Kapitalanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit erfüllt.

Falls ein Träger seine Anteile an der Bank ganz oder teilweise zu veräußern beabsichtigt, sind diese den anderen Trägern zum anteiligen Unternehmenswert anzubieten. Darüber hinaus ist die NORD/LB verpflichtet, ihre Anteile an der Bremer Landesbank der Freien Hansestadt Bremen zum Unternehmenswert anzubieten, wenn das Land Niedersachsen und/oder der Niedersächsische Sparkassen- und Giroverband ihre Mehrheit am Stammkapitalanteil der NORD/LB und damit ihre indirekte Entscheidungskompetenz über die Bremer Landesbank aufgeben (Change of Control). Im Konsortialvertrag vom 28.08.2012 haben sich die Träger der Bank auf weitere Ereignisse geeinigt, in denen sich für die NORD/LB eine Anbieterspflichtung und für die Freie Hansestadt Bremen ein entsprechendes Ankaufsrecht ergibt.

Weitere Vorzugsrechte und Beschränkungen gemäß IAS 1.79(a)(v) sind nicht vorhanden.

(53) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Berichtsjahres durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit.

Dabei wird der Zahlungsmittelbestand als Barreserve (Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken) definiert. Die Forderungen an Kreditinstitute sind nicht Bestandteil des Zahlungsmittelbestands, da sie nicht dazu dienen, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Konzernergebnis nach der indirekten Methode ermittelt. Dabei werden zunächst diejenigen Aufwendungen und Erträge zugerechnet bzw. abgezogen, die im Berichtsjahr nicht zahlungswirksam waren. Zusätzlich werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzuordnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Den Empfehlungen des IASB entsprechend werden im Rahmen des Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus dem Handelsbestand, aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und aus verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge für den Beteiligungs- und Wertpapierbestand des Finanzanlagevermögens sowie Ein- und Auszahlungen für Sachanlagen und den Erwerb von Tochtergesellschaften.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungsströme aus Kapitalveränderungen, Zinszahlungen auf das Nachrangkapital sowie Dividendenzahlungen an die Träger des Mutterunternehmens Bremer Landesbank.

Im Posten Veränderung anderer zahlungswirksamer Posten sind insbesondere die Veränderung der Risikovorsorge mit € 152 Mio. (Vorjahr: € 69 Mio.) sowie des Ausgleichspostens aus im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherten Finanzinstrumenten mit € 99 Mio. (Vorjahr: € 120 Mio.) enthalten.

In den sonstigen Anpassungen (per Saldo) sind im Wesentlichen Anpassungen enthalten, um die erhaltenen und gezahlten Zinsen und Dividenden als separate Posten im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit darstellen zu können.

Im Berichtsjahr 2012 beträgt der Gesamtbetrag der gezahlten Zinsen € 1.589 Mio. (Vorjahr: € 1.832 Mio.).

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Hinsichtlich der Liquiditätsrisikosteuerung des Bremer Landesbank-Konzerns wird auf die Ausführungen im Risikobericht verwiesen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(54) Fair-Value-Hierarchie

Folgende Tabellen zeigen die Anwendung der Fair-Value-Hierarchie der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen:

(in Mio. €)	Level 1 (Mark-to-Market)	Level 2 (Mark-to-Matrix)	Level 3 (Mark-to-Model)
31.12.2012			
Handelsaktiva	21	1.605	0
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	81	0	0
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	—	602	0
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	3.826	1.859	116
Sonstige Aktiva	8	—	—
Aktiva	3.936	4.066	116
Handelspassiva	0	1.569	4
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	0	0	0
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	0	149	0
Passiva	0	1.718	4
31.12.2011			
Handelsaktiva	—	1.260	7
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	82	—	—
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	—	531	—
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	4.103	21	1.110
Sonstige Aktiva	7	—	—
Aktiva	4.192	1.812	1.117
Handelspassiva	0	1.583	105
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	—	—	—
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	—	124	—
Passiva	0	1.707	105

Die Fair Values aus dem synthetischen Kreditportfolio in CDS (Level 2 und Level 3) betragen zum 31.12.2012 nun insgesamt 2,9 % (Vorjahr: 8,3 %) der Nominalbeträge in Höhe von € 2,6 Mrd. (Vorjahr: € 2,9 Mrd.). Das bestehende synthetische Kreditportfolio soll bis zur Endfälligkeit gehalten werden.

Im Fall der Mark-to-Model-Bewertung (Level 3) hängt die Höhe der Fair Values von den getroffenen Annahmen ab, sodass Änderungen in den Annahmen entsprechende Schwankungen der Fair Values zur Folge haben können. Signifikante Auswirkungen dieser auf Änderungen in den Annahmen zurückzuführenden Wertschwankungen werden für die im Abschluss erfassten Fair Values mittels einer Sensitivitätsanalyse überprüft.

- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Wertpapiermodells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei den Wertpapieren € 1,9 Mio. (Vorjahr: € 8,4 Mio.).
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des CDS-Modells wird das interne Rating jeweils um eine Ratingklasse verbessert und eine Klasse verschlechtert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei dem CDS-Modell € 0,1 Mio. (Vorjahr: € 9,5 Mio.).
- Bei der Analyse der Sensitivität in Level 3 des Finanzanlagen-Modells wird das Adjusted Beta jeweils um -0,1 bzw. +0,1 variiert. Der Mittelwert der beiden Rechnungen ergibt die Sensitivität des Shifts und beträgt bei den Finanzanlagen € 3,5 Mio. (Vorjahr: € 4,3 Mio.).

Die Transfers innerhalb der Fair-Value-Hierarchie stellen sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	aus Level 1 in Level 2	aus Level 1 in Level 3	aus Level 2 in Level 1	aus Level 2 in Level 3	aus Level 3 in Level 1	aus Level 3 in Level 2
31.12.2012						
Handelsaktiva	—	—	—	—	—	7
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	—	—	—	—	—	—
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	—	—	—	—	—	—
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	243	—	—	0	166	741
Aktiva	243	—	0	—	166	748
Handelspassiva	—	—	—	0	—	97
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	—	—	—	—	—	—
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	—	—	—	—	—	—
Passiva	—	—	—	—	—	97
31.12.2011						
Handelsaktiva	—	—	—	—	—	6
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	—	—	—	—	—	—
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	—	—	—	—	—	—
Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	21	391	0	10	101	—
Aktiva	21	391	—	10	101	6
Handelspassiva	—	—	—	5	—	40
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Verpflichtungen	—	—	—	—	—	—
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	—	—	—	—	—	—
Passiva	—	—	—	5	—	40

Zum Bilanzstichtag 2012 wurden die instrumentspezifischen Preisinformationen für einzelne Wertpapiere als weniger verlässlich gegenüber dem Vorbilanzstichtag eingestuft. Für eine Vielzahl von zuvor illiquiden Wertpapieren konnten aufgrund steigender Liquidität im Markt zum Bilanzstichtag

wieder vergleichbare Wertpapiere identifiziert werden, die eine Bewertung nach Level 2 zugelassen haben. Steigende Liquidität im Markt führte zudem zu einer Wanderungsbewegung von zuvor Level 3-bewerteten CDS in Level 2.

Die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in Level 3 der Fair-Value-Hierarchie stellt sich wie folgt dar:

(in Mio. €)	Handelsaktiva	Finanzanlagen zum Fair Value bilanziert	Summe	Handelspassiva
Anfangsbestand per 01.01.2011	12	909	921	-165
GuV-Effekt	1	16	17	-11
Effekt Neubewertungsrücklage	—	-27	-27	—
Zukäufe	—	43	43	—
Verkäufe	—	—	—	—
Tilgungen	—	-131	-131	36
Zugang aus Level 1 und 2	0	401	401	-5
Abgang nach Level 1 und 2	-6	-101	-107	40
Endbestand per 31.12.2011	7	1.110	1.117	-105
Anfangsbestand per 01.01.2012	7	1.110	1.117	-105
GuV-Effekt	—	0	0	2
Effekt Neubewertungsrücklage	—	-10	-10	—
Zukäufe	—	0	0	—
Verkäufe	—	—	0	—
Tilgungen	0	-77	-77	2
Zugang aus Level 1 und 2	—	—	0	—
Abgang nach Level 1 und 2	-7	-907	-914	97
Endbestand per 31.12.2012	0	116	116	-4

Die GuV-Effekte entfallen wie im Vorjahr vollumfänglich auf zu Ende der Berichtsperiode gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Die dargestellten GuV-Effekte enthalten keine laufenden Ergebnisse.

(55) Buchwerte nach Bewertungskategorien

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktivposten			
Loans and Receivables (LaR)	26.993	27.165	-1
Available-for-Sale Assets (AfS)	5.818	5.252	11
Financial Assets Held for Trading (HfT)	1.626	1.267	28
Financial Assets Designated at Fair Value through Profit or Loss	81	82	-1
Positive Marktwerte aus Sicherungsbeziehungen	602	531	13
Summe Aktivposten	35.120	34.297	2
Passivposten			
Verbindlichkeiten (Other Liabilities)	31.669	31.617	0
Financial Liabilities Held for Trading (HfT)	1.573	1.688	-7
Negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten	149	124	20
Summe Passivposten	33.391	33.429	-0

Die Barreserve als Finanzinstrument ist nicht enthalten, da sie keiner Bewertungskategorie zugeordnet ist.

(56) Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien

Aus den einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Loans and Receivables (LaR)	-228	-112	> 100
Other Liabilities	—	-2	-100
Available-for-Sale Assets (AfS)	9	-6	—
Financial Instruments Held for Trading	108	12	> 100
Financial Instruments Designated at Fair Value through Profit or Loss	-1	0	—

Die Nettoergebnisse enthalten jeweils keine Zins-, Provisions- und Dividendenergebnisse. Das Ergebnis aus Hedge Accounting ist in den Nettoergebnissen nicht enthalten.

Für die Finanzanlagen der Kategorie AfS sind Bewertungsgewinne in Höhe von € 9 Mio. (Vorjahr: € -36 Mio.) im sonstigen Ergebnis (Neubewertungsrücklage) erfasst worden. Im selben Zeitraum sind zuvor im sonstigen Ergebnis erfasste Bewertungsgewinne in Höhe von € 0 Mio. aus der Neubewertungsrücklage in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert worden (Vorjahr: € 21 Mio.).

(57) Wertminderungen/Wertaufholungen nach Bewertungskategorien

	1.1.–31.12.2012 (in Mio. €)	1.1.–31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Rückstellungen im Kreditgeschäft			
Zuführungen/Auflösungen von Rückstellungen aus Finanzgarantien	1	0	—
Zuführungen/Auflösungen von sonstigen Rückstellungen im Kreditgeschäft	-1	3	—
Summe Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	3	-100
Available-for-Sale Assets (AfS)			
Ergebnis aus Impairment von Finanzanlagen	0	-5	-100
Abschreibungen/Zuschreibungen auf sonstige Aktiva	-1	-1	—
Summe Available-for-Sale Assets	-1	-6	-83
Loans and Receivables (LaR)			
Wertminderungsergebnis aus			
Ergebnis aus Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft	—	—	—
Forderungen an Kreditinstitute	0	—	—
Forderungen an Kunden	-194	-104	87
Ergebnis aus portfoliobasierten Wertberichtigungen im Kreditgeschäft	-34	-7	> 100
Summe Loans and Receivables¹⁾	-228	-111	> 100
Gesamt	-228	-111	> 100

¹⁾ Ohne Darstellung des Unwinding.

Der Erfolg aus der Bewertung der Loans and Receivables (LaR) wird in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen. Bewertungsänderungen werden für die Available-for-Sale Assets im Ergebnis für Finanzanlagen und die Bewertungserfolge auf sonstige Aktiva im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(58) Fair Values von Finanzinstrumenten

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten nach Klassen gegenübergestellt.

(in Mio. €)	Bewertungs- grundlage	31.12.2012		31.12.2011	
		Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktiva					
Barreserve	Fair Value	76	76	214	214
Forderungen an Kreditinstitute	Amortised Cost	4.017	3.803	4.942	4.825
Forderungen an Kunden	Amortised Cost	21.957	23.687	23.387	22.685
Forderungen aus Finanzierungsleasingver- hältnissen	Amortised Cost	17	17	22	22
Risikovorsorge	Fair Value	—	-522	—	-370
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Handelsaktiva	Fair Value	1.626	1.626	1.267	1.267
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finan- zielle Vermögenswerte	Fair Value	81	81	82	82
Finanzanlagen					
Finanzanlagen der Kategorie AfS	Fair Value	5.801	5.801	5.235	5.235
Finanzanlagen der Kategorie AfS (at cost)	Amortised Cost	17	17	17	17
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting- Derivaten	Fair Value	602	602	531	531
Sonstige Aktiva					
der Kategorie LaR	Fair Value	18	18	18	18
der Kategorie AfS	Fair Value	7	7	7	7
Gesamt		34.219	35.213	35.709	34.511
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Amortised Cost	12.100	11.815	10.924	11.009
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Amortised Cost	11.047	10.436	10.782	10.604
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing- verhältnissen	Amortised Cost	—	—	—	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	Amortised Cost	8.519	8.446	8.380	8.692
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	Fair Value	0	241	—	142
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen					
Handelspassiva	Fair Value	1.573	1.573	1.688	1.688
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting- Derivaten	Fair Value	149	149	124	124
Nachrangkapital					
Einlagen stiller Gesellschafter	Amortised Cost	701	664	701	664
Nachrangige Verbindlichkeiten	Amortised Cost	538	506	538	506
Sonstige Passiva					
der Kategorie Other Liabilities	Amortised Cost	1	1	0	0
Gesamt		34.628	33.831	33.135	33.427
Zusatzklassen					
Unwiderrufliche Kreditzusagen		79	1.804	68	2.643
Finanzgarantien		0	617	4	607

Die Fair Values der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden beinhalten die Risikovorsorge.

Der Fair Value des Ausgleichspostens für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente wird bei den Bilanzpositionen der jeweils designierten Grundgeschäfte ausgewiesen.

Für Anteile an Gesellschaften in Höhe von € 17 Mio. (Vorjahr: € 17 Mio.) sind Anschaffungskosten angesetzt worden. Die Anteile sind nicht auf einem aktiven Markt notiert. Aufgrund des Fehlens von Planzahlen war eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile nicht möglich. Der Konzern plant keine Veränderung dieser Anteile.

(59) Maximales Ausfallrisiko und verfügbare Sicherheiten

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Ausfallrisiko sowie die zur Verfügung stehenden Sicherheiten nach Klassen von Finanzinstrumenten. Die gehaltenen Sicherheiten können ohne Vorliegen eines Zahlungsverzuges des Eigentümers nicht verkauft oder weitergereicht werden. Zudem bestanden zum Berichtszeitpunkt keinerlei Verstöße oder Verletzungen von Darlehensverträgen.

(in Mio. €)	Buchwert vor Risikovorsorge	Risikovorsorge	Maximales Ausfallrisiko	Fair Value der verfügbaren Sicherheiten
31.12.2012				
Forderungen an Kreditinstitute	3.803	0	3.803	—
Forderungen an Kunden	23.687	429	23.258	7.381
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.804	0	1.804	26
Finanzgarantien	617	15	602	138
Gesamt	29.911	444	29.467	7.545
31.12.2011				
Forderungen an Kreditinstitute	4.825	—	4.825	—
Forderungen an Kunden	22.685	-300	22.385	7.114
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.643	0	2.643	63
Finanzgarantien	607	-17	590	137
Gesamt	30.786	-325	30.461	7.314

Die zur Verfügung stehenden Sicherheiten gliedern sich wie folgt:

(in Mio. €)	Gewerbliche Immobilien	Garantien	Sonstige physische Sicherheiten	Übrige Sicherheiten	Gesamt
31.12.2012					
Forderungen an Kunden	2.103	2.962	1.400	916	7.381
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8	1	17	0	26
Finanzgarantien	64	2	62	10	138
Gesamt	2.175	2.965	1.479	926	7.545
31.12.2011					
Forderungen an Kunden	1.983	2.810	1.245	1.076	7.114
Unwiderrufliche Kreditzusagen	12	0	50	1	63
Finanzgarantien	66	3	59	9	137
Gesamt	2.061	2.813	1.354	1.086	7.314

Die Forderungen an Kreditinstitute sind wie im Vorjahr nicht besichert.

(60) Derivative Finanzinstrumente

Der Konzern Bremer Landesbank setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Darüber hinaus wird Handel in derivativen Finanzgeschäften betrieben.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zinswährungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktienindexfutures abgeschlossen. Daneben bestehen Kreditderivate (Credit Default Swaps).

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

(in Mio. €)	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Zinsrisiken	44.920	43.799	2.032	1.578	1.473	1.176
Zinsswap	41.202	41.419	2.006	1.558	1.417	1.131
FRAs	1.200	0	0	0	0	0
Swaption	421	204	5	0	17	11
Käufe	123	37	5	0	0	0
Verkäufe	298	167	0	0	17	11
Caps, Floors	1.666	1.758	21	19	21	19
Börsenkontrakte	381	358	0	1	0	0
Sonstige Zinstermingeschäfte	50	60	0	0	18	15
Währungsrisiken	9.495	12.377	149	175	162	372
Devisentermingeschäfte	267	341	3	6	5	11
Währungsswap/Zinsswap	8.986	11.456	141	159	155	353
Devisenoptionen	98	391	5	9	2	7
Käufe	61	201	5	9	0	0
Verkäufe	37	190	0	0	2	7
Sonstige Währungsgeschäfte	144	189	0	1	0	1
Aktien- und sonstige Preisrisiken	0	0	0	0	0	0
Aktientermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionen	0	0	0	0	0	0
Käufe	0	0	0	0	0	0
Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Börsenkontrakte	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate	2.600	2.950	12	20	88	265
Sicherungsnehmer	162	212	12	20	0	0
Sicherungsgeber	2.438	2.738	0	0	88	265
Gesamt	57.015	59.126	2.193	1.773	1.723	1.813

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente auf Basis der jeweiligen Nominalwerte setzen sich folgendermaßen zusammen. Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

(in Mio. €)	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Restlaufzeiten								
Bis 3 Monate	7.840	7.059	1.699	2.547	0	0	45	110
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7.105	7.193	2.810	4.608	0	0	134	150
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17.266	17.266	4.201	4.230	0	0	2.361	2.350
Mehr als 5 Jahre	12.709	12.281	785	992	0	0	60	340
Gesamt	44.920	43.799	9.495	12.377	0	0	2.600	2.950

Die folgende Tabelle enthält eine Fälligkeitsanalyse für derivative finanzielle Verbindlichkeiten auf Basis der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeiten:

(in Mio. €)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
31.12.2012						
Negative Fair Values aus Handelsderivaten	59	47	292	830	309	1.537
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	16	11	18	95	10	150
Gesamt	75	58	310	925	319	1.687
31.12.2011						
Negative Fair Values aus Handelsderivaten	37	61	357	716	315	1.484
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	17	8	4	87	9	125
Gesamt	54	69	361	803	324	1.609

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgedgliedert.

(in Mio. €)	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Banken in der OECD	52.127	53.541	1.951	1.553	1.688	1.772
Öffentliche Stellen in der OECD	137	36	5	1	0	0
Sonstige Kontrahenten (inkl. Börsen- kontrakte)	4.751	5.549	237	219	35	41
Gesamt	57.015	59.126	2.193	1.773	1.723	1.813

(61) Angaben zu ausgewählten Ländern

Folgende Tabelle zeigt die bilanziellen Werte der finanziellen Vermögenswerte mit Kontrahenten in ausgewählten Ländern. Die dargestellten Werte für Sovereign Exposure umfassen neben Transaktionen mit dem jeweiligen Staat Geschäfte mit Regionalregierungen, Kommunen und staatsnahen Unternehmen.

(in Mio. €)	Financial Instruments Held for Trading		Available-for-Sale Assets		Loans and Receivables	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Portugal						
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	1
Summe Portugal	0	0	0	0	0	1
Italien						
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	260	277	1	16
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0
Summe Italien	0	0	260	277	1	16
Irland						
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	151	141	22	60
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	23	0
Summe Irland	0	0	151	141	45	60
Griechenland						
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0
Summe Griechenland	0	0	0	0	0	0
Spanien						
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	4	2	110	169	12	18
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0
Summe Spanien	4	2	110	169	12	18
Zypern						
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	352	354
Summe Zypern	0	0	0	0	352	354
Gesamt	4	2	521	587	410	449

Für die Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale mit Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 527 Mio. (Vorjahr: € 618 Mio.) beträgt das im Sonstigen Ergebnis kumulierte Bewertungsergebnis bezüglich der genannten ausgewählten Länder insgesamt € 6 Mio. (Vorjahr: € 44 Mio.). In der Gewinn- und Verlustrechnung der Periode wurden hierauf wie im Vorjahr keine Abschreibungen erfasst.

Für die Forderungen der Kategorie Loans and Receivables gegenüber den genannten ausgewählten Ländern wurden wie im Vorjahr keine Einzelwertberichtigungen oder Portfoliowertberichtigungen in nennenswerter Höhe gebildet. Der Fair Value dieser Forderungen der Kategorie Loans and Receivables beträgt insgesamt € 365 Mio. (Vorjahr: € 459 Mio.).

Im Jahr 2012 hatte die Bremer Landesbank kein Exposure in Slowenien und Ungarn.

Die Kreditderivate auf Adressen in ausgewählten Ländern gliedern sich wie folgt auf:

(in Mio. €)	Nominalwerte Sicherungsnehmer		Marktwerte Sicherungsnehmer		Nominalwerte Sicherungsgeber		Marktwerte Sicherungsgeber	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Portugal								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	140	225	-15	-44
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Portugal	0	0	0	0	140	225	-15	-44
Italien								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	76	77	-2	-6
Finanzinstitutionen/Versicherungen	60	90	6	10	485	485	-24	-62
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Italien	60	90	6	10	561	562	-26	-68
Irland								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	45	45	-3	-8
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Irland	0	0	0	0	45	45	-3	-8
Griechenland								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	59	0	-33
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Griechenland	0	0	0	0	0	59	0	-33
Spanien								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	20	20	2	3	380	380	-27	-39
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Spanien	20	20	2	3	380	380	-27	-39
Zypern								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Zypern	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	80	110	8	13	1.126	1.271	-71	-192

Folgende Tabelle zeigt die Anwendung der Fair-Value-Hierarchie der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Kreditderivate für ausgewählte Länder:

(in Mio. €)	Level 1		Level 2		Level 3		Summe	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Portugal								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	-15	-37	0	-7	-15	-44
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Portugal	0	0	-15	-37	0	-7	-15	-44
Italien								
Sovereign Exposure	0	0	-2	0	0	-6	-2	-6
Finanzinstitutionen/Versicherungen	260	114	-18	-45	0	156	242	225
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Italien	260	114	-20	-45	0	150	240	219
Irland								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	121	98	27	0	0	35	148	133
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Irland	121	98	27	0	0	35	148	133
Griechenland								
Sovereign Exposure	0	0	0	-33	0	0	0	-33
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Griechenland	0	0	0	-33	0	0	0	-33
Spanien								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	110	22	-17	2	-4	111	89	135
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Spanien	110	22	-17	2	-4	111	89	135
Zypern								
Sovereign Exposure	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Corporates/Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Zypern	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	491	234	-25	-113	-4	289	462	410

(62) Grundgeschäfte in effektiven Hedge-Beziehungen

IAS 39 bietet die Möglichkeit, die durch unterschiedliche Bewertung von Derivaten und Nichtderivaten bei Sicherungsbeziehungen entstehenden wirtschaftlich nicht gerechtfertigten GuV-Verzerrungen mittels Hedge Accounting (teilweise) zu eliminieren.

Als Grundgeschäfte im Mikro-Fair-Value-Hedge genutzte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden weiterhin zusammen mit den ungesicherten Geschäften in den jeweiligen Bilanzpositionen ausgewiesen, da die Absicherung Art und Funktion des Grundgeschäftes nicht ändert. Der Bilanzansatz der ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente (Kategorie OL) wird jedoch um die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführende Fair-Value-Änderung korrigiert.

In der nachstehenden Tabelle werden zu Informationszwecken daher die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten kumuliert ausgewiesen, die Teil einer effektiven Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehung sind:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Finanzanlagen	718	914	-21
Gesamt	718	914	-21
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	526	595	-12
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.190	1.371	-13
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.865	1.456	28
Nachrangkapital	158	406	-61
Gesamt	3.739	3.828	-2

Neben den in Mikro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen einbezogenen Grundgeschäften wurden festverzinsliche Grundgeschäfte auch in Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehungen designiert. Dabei waren zum Bilanzstichtag Cashflows von Finanzanlagen der Haltekategorie Available for Sale in Höhe von € 1.023 Mio. (Vorjahr: € 639 Mio.) in einer Portfolio-Fair-Value-Hedge-Beziehung designiert. Cashflows von Verbindlichkeiten der Haltekategorie Other Liabilities (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital) waren zum Bilanzstichtag in Höhe von € 2.463 Mio. (Vorjahr: € 2.583 Mio.) designiert.

(63) Restlaufzeiten von finanziellen Verbindlichkeiten

(in Mio. €)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
31.12.2012						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.995	417	974	5.891	3.778	13.055
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.041	321	850	3.073	3.614	11.899
Verbriefte Verbindlichkeiten	228	479	944	5.687	1.108	8.446
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	0	0	0	0
Nachrangkapital	0	0	31	182	710	923
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	1	0	0	0	0	1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	246	5	58	118	1.377	1.804
Finanzgarantien	77	1	34	19	953	1.084
Gesamt	6.588	1.223	2.891	14.970	11.540	37.212
31.12.2011						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	685	1.399	1.125	5.085	3.205	11.499
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.709	456	973	3.552	3.531	12.221
Verbriefte Verbindlichkeiten	653	454	1.705	6.100	748	9.660
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen (ohne Derivate)	0	0	0	0	0	0
Nachrangkapital	0	-1	45	601	975	1.620
Sonstige Passiva (nur Finanzinstrumente)	0	0	0	—	—	0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	463	11	200	436	1.533	2.643
Finanzgarantien	209	0	55	86	704	1.054
Gesamt	5.719	2.319	4.103	15.860	10.696	38.697

Die Restlaufzeit wird definiert als verbleibende Zeit ab dem Abschlussstichtag bis zum vertraglichen Fälligkeitstermin.

(64) Angaben zur Fair-Value-Option

Im Konzern Bremer Landesbank wird die Fair-Value-Option zur Vermeidung von Ansatz- und Bewertungssinkongruenzen (Accounting Mismatch) genutzt. Die insoweit designierten Wertpapiere sind durch Zinsswaps gegen Zinsrisiken gesichert.

Ohne Designation hätten die Wertpapiere der Kategorie AfS zugeordnet und zum Fair Value mit Ergebnisausweis im sonstigen Ergebnis bewertet werden müssen, während die Zinsswaps ohnehin (Erfassung im Ergebnis) zum Fair Value bewertet werden.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	81	82	-1

(65) Der BLB-Konzern als Sicherungsgeber

(in Mio. €)	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	151	376
Forderungen an Kunden	5.970	5.196
Finanzanlagen	2.190	4.921
Sonstige Vermögensgegenstände	15	—
Gesamt	8.326	10.493
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	376	146
Gesamt	376	146

Bei den Forderungen an Kunden und Finanzanlagen handelt es sich um als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände gegenüber Dritten. Die dazugehörigen Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Darlehensgeschäfte ausgeführt.

Unter den Forderungen an Kreditinstitute werden gezahlte Cash Collaterals und unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden erhaltene Cash Collaterals aufgrund von Besicherungsvereinbarungen ausgewiesen.

(66) Echte Wertpapierpensionsgeschäfte

Die wesentlichen Risiken und Chancen aus den in Pension gegebenen finanziellen Vermögenswerten liegen beim Pensionsgeber. Deshalb werden die Wertpapiere nicht ausgebucht, sondern weiterhin im Konzern Bremer Landesbank bilanziert. Die Regularien für die in Pension gegebenen Wertpapiere werden im standardisierten deutschen Rahmenvertrag dokumentiert.

Zu den den Bilanzierungstichtagen 31.12.2012 und 31.12.2011 sind keine Bestände an echten Wertpapierpensionsgeschäften zu verzeichnen.

Weitere Erläuterungen

(67) Eigenkapitalmanagement

Das Eigenkapitalmanagement erfolgt im Mutterunternehmen mit Wirkung für den Konzern. Ziel ist die Sicherstellung einer adäquaten Eigenkapitalausstattung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite auf Konzernebene und die dauerhafte Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Mindestkapitalquoten. Maßgebliche Kapitalgrößen für das Eigenkapitalmanagement bilden:

- das bilanzielle Eigenkapital,
- das aufsichtsrechtliche Kernkapital und
- die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel.

Für die Mehrzahl dieser Kapitalgrößen sind auf Konzernebene Ziel-Kapitalquoten festgelegt, bei denen der Zähler die jeweilige Kapitalgröße bildet und der Nenner jeweils aus den risikogewichteten Aktivwerten gemäß den Regelungen der Solvabilitätsverordnung besteht. Für das aufsichtsrechtliche Kernkapital und die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel existieren darüber hinaus aufsichtsrechtlich vorgegebene Mindestkapitalquoten (aufsichtsrechtliches Kernkapital: 4,0 Prozent, aufsichtsrechtliche Eigenmittel: 8,0 Prozent), die dauerhaft einzuhalten sind. Die Ziel-Kapitalquoten bezüglich des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals und der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel liegen dabei deutlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten. Die Ist-Entwicklung der aufgeführten Kapitalgrößen und zugehörigen Kapitalquoten wird regelmäßig ermittelt sowie an das Management und die Aufsichtsorgane der Bank berichtet. Ebenso erfolgen bei Bedarf Plan- und Prognoserechnungen bezüglich dieser Kapitalgrößen und Kapitalquoten. Lassen diese eine Gefährdung der festgelegten Ziel-Kapitalquoten erkennen, erfolgen alternativ oder kumulativ Anpassungsmaßnahmen bezüglich der risikogewichteten Aktivwerte oder – in Abstimmung mit den Trägern der Bank – auf einzelne Kapitalgrößen gerichtete Beschaffungsmaßnahmen.

Hinsichtlich Zielen, Methoden und Prozessen beim Eigenkapitalmanagement haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen ergeben.

Die Bank hat in den Jahren 2012 und 2011 auf Konzernebene jederzeit die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote und aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote (= Gesamtkennziffer) am jeweiligen Jahresende sind unter Note (68) ausgewiesen.

(68) Aufsichtsrechtliche Grunddaten

Die nachfolgenden aufsichtsrechtlichen Konzerndaten wurden entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Risikogewichtete Aktivwerte	17.588	17.897	-2
Eigenmittelanforderungen für Adressausfallrisiken	1.293	1.332	-3
Eigenmittelanforderungen für Marktrisikopositionen	47	47	—
Eigenkapitalanforderungen für das operationelle Risiko	67	63	6
Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV	1.407	1.432	-2

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel für das Institut gemäß § 10 KWG:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Eingezahltes Kapital	265	140	89
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	—	608	-100
Sonstige Rücklagen	1.020	523	95
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	494	442	12
Übrige Bestandteile (Immaterielle Vermögensgegenstände)	-3	-3	—
Kernkapital	1.776	1.710	4
Abzugspositionen vom Kernkapital	236	172	37
Kernkapital für Solvenzzwecke	1.540	1.538	0
Längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	700	500	40
Übrige Bestandteile	—	29	-100
Ergänzungskapital	700	529	32
Abzugspositionen vom Ergänzungskapital	236	172	37
Ergänzungskapital für Solvenzzwecke	464	357	30
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital	2.004	1.895	6
Dritrangmittel	—	—	—
Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 10 KWG	2.004	1.895	6

Am Stammkapital der Bank sind das Land Bremen mit 41,2000 % (Vorjahr: 7,5000 %), die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – mit 54,8343 % (Vorjahr: 92,5000 %) und der Sparkassenverband Niedersachsen mit 3,9657 % (Vorjahr: 0,0000 %) beteiligt (aufgrund der Rechtsform enthalten die Anteile keinen Nennwert).

Das Kernkapital (gesamt) für Solvenzzwecke unter Berücksichtigung der Abzugsposten gem. KWG von € 236 Mio. beträgt € 1.540 Mio.

in %	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Gesamtkennziffer gemäß § 2 Abs. 6 SolvV	11,40	10,59	8
Kernkapitalquote (vor Gewinnverwendung)	8,76	8,59	2
Kernkapitalquote (nach Gewinnverwendung)	8,79	9,09	-3

(69) Fremdwährungsvolumen

Zum 31. Dezember 2012 bestanden im Konzern Bremer Landesbank folgende Vermögenswerte und Verpflichtungen in fremder Währung:

(in Mio. €)	USD	GBP	JPY	Sonstige	Summe
Barreserve	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	55	6	9	59	129
Forderungen an Kunden	4.362	18	300	192	4.872
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	108	0	26	8	142
Finanzanlagen	0	0	0	32	32
Summe Aktiva	4.525	24	335	291	5.175
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	699	195	10	17	921
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	379	4	1	27	411
Verbriefte Verbindlichkeiten	38	0	9	0	47
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	111	1	1	17	130
Summe Passiva	1.227	200	21	61	1.509

Den offenen Bilanzposten stehen entsprechende laufzeitkongruente Devisentermingeschäfte oder Währungsswaps gegenüber.

(70) Langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (mit einer Realisierung nach 12 Monaten)

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Aktiva			
Forderungen an Kreditinstitute	3.570	3.187	12
Forderungen an Kunden	19.603	18.282	7
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva	1.320	1.006	31
Zur Fair-Value-Bewertung designierte finanzielle Vermögenswerte	0	80	-100
Positive Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	517	462	12
Available-for-Sale-(AfS-)Finanzanlagen	5.309	4.643	14
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	0	84	-100
Gesamt	30.319	27.744	9
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.669	8.289	17
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.687	7.082	-6
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.545	6.536	0
Ausgleichsposten für im Portfolio Fair Value Hedge abgesicherte Finanzinstrumente	196	120	63
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen			
Handelspassiva	1.322	1.283	3
Negative Fair Values aus Hedge-Accounting-Derivaten	113	93	22
Nachrangkapital	686	1.137	-40
Gesamt	25.218	24.540	3

(71) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Weiterhin zählen gegenwärtige Verpflichtungen hierzu, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	468	447	5
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.804	2.643	-32
Finanzgarantien	617	607	2
Gesamt	2.889	3.697	-22

Vom Gesamtbestand entfallen € 3 Mio. (Vorjahr: € 4 Mio.) auf assoziierte Unternehmen.

Für Geschäfte zwischen dem BLB-Konzern und den nachfolgend aufgelisteten nahestehenden Unternehmen trägt die NORD/LB dafür Sorge, dass die Verpflichtungen erfüllt werden können:

- Deutsche Hypothekbank (Actien-Gesellschaft), Hannover
- Nieba GmbH, Hannover
- Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A., Luxemburg/Luxemburg
- NORD/LB Asset Management Holding GmbH, Hannover
- NORD/LB COVERED FINANCE BANK S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Skandifinanz AG, Zürich/Schweiz

Angaben zu den Unsicherheiten hinsichtlich Betrag bzw. der Fälligkeit der Abflüsse werden aus Gründen der Praktikabilität nicht gemacht.

(72) Leasing

Der Konzern Bremer Landesbank ist Leasinggeber in Zusammenhang mit Finanzierungs-Leasingverhältnissen.

Diese Leasingverträge umfassen zum Stichtag vermietete Mobilien (z. B. Kraftfahrzeuge, Maschinen und EDV-Anlagen).

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Ausstehende Leasingzahlungen	14	20	-30
+ garantierte Restwerte	4	5	-20
= Mindestleasingzahlungen	18	25	-28
+ nicht garantierte Restwerte	—	—	-100
= Bruttoinvestition	18	25	-28
- nicht realisierter Finanzertrag	1	3	-67
= Nettoinvestition	17	22	-23
- Barwert der nicht garantierten Restwerte	—	—	-100
= Barwert der Mindestleasingzahlungen	17	22	-23

Die Mindestleasingzahlungen umfassen die vom Leasingnehmer insgesamt aus dem Leasingvertrag zu zahlenden Leasingraten zuzüglich des garantierten Restwertes.

Der nicht realisierte Finanzertrag entspricht der dem Leasingverhältnis impliziten Verzinsung zwischen Stichtag und Vertragsende.

Der überdurchschnittlich hohe Drittverwendungswert der finanzierten Investitionsgüter gestattet einen größeren Spielraum bei der Übernahme von Bonitäts- und Kreditrisiken. Dennoch wird die Begrenzung des Bonitäts- und Kreditrisikos bereits durch die Definition von Zielkunden,

Investitionsgütern und Vertragskonstellationen erreicht. Ein wichtiger Baustein für die Kreditentscheidung bleibt gleichwohl das Votum des Firmenkundenbetreuers der Bremer Landesbank, der den Kunden langfristig betreut. Aufgrund dieser Vorgehensweise kam es im Berichtszeitraum nur zu unwesentlichen geringen Ausfällen, sodass keine kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen gebildet wurden.

Die Bruttoinvestitionen und Barwerte der Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungs-Leasingverhältnissen gliedern sich folgendermaßen:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Bruttoinvestitionen			
bis zu einem Jahr	7	8	-13
länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren	10	15	-33
länger als fünf Jahre	1	2	-50
Gesamt	18	25	-28
Barwert der Mindestleasingzahlungen			
bis zu einem Jahr	7	7	—
länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren	9	13	-31
länger als fünf Jahre	1	2	-50
Gesamt	17	22	-23

Verträge des Konzerns Bremer Landesbank als Operating-Leasingnehmer haben eine sehr geringe Bedeutung.

(73) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind folgende wesentliche Beträge zu nennen:

- Die Bremer Landesbank haftet gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese als Gewährträger.
- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von € 4 Mio. (Vorjahr: € 4 Mio.).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt a. M., in Höhe von € 3 Mio. (Vorjahr: € 3 Mio.).
- Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von € 59 Mio. (Vorjahr: € 54 Mio.). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden keine Wertpapiere (Vorjahr: € 20 Mio.) hinterlegt. Stattdessen wurde bei der Eurex Deutschland, Frankfurt/Main, eine Barsicherheit in Höhe von € 15 Mio. hinterlegt (Vorjahr: € 0 Mio.).

(74) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen. In den Bilanzaktiva sind folgende nachrangige Vermögenswerte enthalten:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Finanzanlagen	32	32	—
Summe	32	32	—

(75) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich folgendermaßen:

	31.12.2012 (in Mio. €)	31.12.2011 (in Mio. €)	Veränderung (in %)
Forderungen an Kunden	4	36	-89
Treuhandvermögen	4	36	-89
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4	36	-89
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	—
Treuhandverbindlichkeiten	4	36	-89

Im Finanzbericht des Vorjahres wurden in den Treuhandgeschäften auch Geschäfte ausgewiesen, die treuhänderisch für voll konsolidierte Konzerngesellschaften gehalten werden. Die Darstellung wurde nun um diese Geschäfte bereinigt. Der Vorjahresausweis wurde entsprechend korrigiert.

(76) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorstand und Aufsichtsrat der Bremer Landesbank werden der Trägerversammlung der Bremer Landesbank vorschlagen, den HGB-Jahresüberschuss in Höhe von € 31 Mio. (Vorjahr: € 28 Mio.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

Unternehmen und Personen mit Konzernverbindung

(77) Anzahl der Arbeitnehmer

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	2012			2011		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Bremer Landesbank Anstalt des öffentlichen Rechts ¹⁾	517	553	1.070	514	525	1.039
Sonstige	29	22	51	32	21	53
Konzern²⁾	546	575	1.121	546	546	1.092

¹⁾ In dem männlichen Personalbestand sind die Vorstände enthalten.

²⁾ Für das Geschäftsjahr 2011 betrug der Personalbestand aus den nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen 276 (Geschäftsjahr 2010: 271).

Darstellung des Personalbestands nach Verantwortungsstufen:

	2012	2011
Vorstand	3	3
Führungskräfte	106	111
Sonstige	1.012	978
Gesamt	1.121	1.092

(78) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Als nahestehende juristische Personen wurden alle nicht konsolidierten Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen qualifiziert. Dabei schließen assoziierte Unternehmen auch Tochtergesellschaften der assoziierten Unternehmen ein wie auch Joint Ventures Tochtergesellschaften der Joint Ventures einschließen. Darüber hinaus sind die NORD/LB und die Schwestergesellschaften der Bremer Landesbank sowie die Unterstützungseinrichtung Related Parties des BLB-Konzerns.

Natürliche Personen, die gemäß IAS 24 als nahestehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates und der Ausschüsse der Bremer Landesbank sowie deren nahe Familienangehörige.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen, Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden.

Geschäftsverhältnisse mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Folgende Geschäftsverhältnisse bestanden zum Bilanzstichtag zwischen der Bremer Landesbank und nahestehenden Unternehmen und Personen:

(in Mio. €)	Mutter- unter- nehmen	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Management in Schlüssel- positionen	Sonstige Related Parties
31.12.2012					
Ausstehende Forderungen inkl. Wert- papiere					
an Kreditinstitute	375	—	17	—	10
an Kunden	—	—	125	34	145
Sonstige offene Aktiva	—	—	—	—	—
Summe Aktiva	375	—	142	34	155
Ausstehende Verbindlichkeiten inkl. Wertpapiere					
gegenüber Kreditinstituten	544	—	158	—	39
gegenüber Kunden	—	2	21	3	16
Sonstige offene Passiva	—	—	—	—	—
Summe Passiva	544	2	179	3	55
Erhaltene Garantien/Bürgschaften	3	0	5	—	—
Gewährte Garantien/Bürgschaften	1	—	9	—	0
31.12.2011					
Ausstehende Forderungen inkl. Wert- papiere					
an Kreditinstitute	589	—	20	—	—
an Kunden	—	—	142	37	137
Sonstige offene Aktiva	—	—	—	—	—
Summe Aktiva	589	—	162	37	137
Ausstehende Verbindlichkeiten inkl. Wertpapiere					
gegenüber Kreditinstituten	319	—	83	—	52
gegenüber Kunden	—	2	39	—	5
Sonstige offene Passiva	—	—	—	—	—
Summe Passiva	319	2	122	—	57
Erhaltene Garantien/Bürgschaften	2	0	5	—	—
Gewährte Garantien/Bürgschaften	3	—	4	—	1

(in Mio. €)	Mutter- unter- nehmen	Tochter- gesell- schaften	Assoziierte Unter- nehmen	Management in Schlüssel- positionen	Sonstige Related Parties
01.01.–31.12.2012					
Zinsaufwendungen	5	0	5	—	2
Zinserträge	11	—	5	1	6
Provisionsaufwendungen	—	—	0	—	0
Provisionserträge	0	—	0	—	0
Übrige Aufwendungen	—	—	—	0	1
Übrige Erträge	—	—	—	—	—
Summe Ergebnisbeiträge	6	0	0	1	3
01.01.–31.12.2011					
Zinsaufwendungen	8	0	5	—	1
Zinserträge	11	—	7	1	6
Provisionsaufwendungen	—	—	—	—	1
Provisionserträge	0	—	0	—	0
Übrige Aufwendungen	—	—	—	0	—
Übrige Erträge	—	—	—	—	—
Summe Ergebnisbeiträge	3	0	2	1	4

Für Geschäfte mit dem Land Bremen, das zu 41,2000 % (Vorjahr: 7,5000 %) an der Bremer Landesbank beteiligt ist, und mit dem Sparkassenverband Niedersachsen, der mit 3,9657 % (Vorjahr: 0,0000 %) an der Bremer Landesbank beteiligt ist, wird von der Regelung des IAS 24.25 Gebrauch gemacht. Danach ist die Bank von der Angabepflicht gegenüber öffentlichen Stellen befreit, es sei denn, es handelt sich um Geschäftsvorfälle, die eine signifikante Auswirkung auf dem Konzernabschluss haben.

Als signifikanter Geschäftsvorfall im Sinne des IAS 24 wird die Wandlung der bislang im Nachrangkapital ausgewiesenen stillen Einlagen in Kernkapital identifiziert. Der Anteil des Landes Bremen an den stillen Einlagen von ursprünglich insgesamt € 608 Mio. vor Wandlung betrug € 480 Mio.; auf den Sparkassenverband Niedersachsen entfiel ein Anteil von € 51 Mio. Ein weiterer signifikanter Geschäftsvorfall war die Aufnahme von Nachrangkapital in Höhe von nom. € 150 Mio. im Wege der Begebung einer nachrangigen Namensschuldverschreibung, welche durch die NORD/LB gezeichnet wurde. Weitere Angaben zu den vorstehenden Geschäftsvorfällen sind der Note (50) zu entnehmen.

Zum Bilanzstichtag und im Vorjahr bestanden keine Wertberichtigungen für Forderungen an nahe-
stehende Unternehmen und Personen.

Geschäftsvorfälle mit verbundenen Unternehmen

Tages- und Termingelder – Forderungen

Im Rahmen des jeweiligen Belegungskontingents wurden nachstehende Tagesgelder und Termingelder herausgelegt:

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Tagesgelder			
Norddeutsche Landesbank	1	EUR	20
	1	GBP	14
	11	USD	221
Termingelder			
Norddeutsche Landesbank	5	EUR	444
BLB Leasing	1	EUR	1
BLB Immobilien	2	EUR	17

Konsortialkredite

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB beteiligte sich in 72 Fällen (Vorjahr: 82 Fällen) mit anderen Konsorten an von uns gewährten langfristigen Darlehen und Schiffsdarlehen mit insgesamt € 296 Mio. (Vorjahr: € 371 Mio.).

An 4 Konsortialkrediten (Vorjahr: 5 Konsortialkrediten) unter Führung der NORD/LB war die Bank mit € 18 Mio. (Vorjahr: € 25 Mio.) beteiligt.

Wertpapiertransaktionen

Norddeutsche Landesbank

Die NORD/LB kaufte von der Bremer Landesbank Effekten in Höhe von € 391 Mio. (Vorjahr: € 298 Mio.) und verkaufte an die Bremer Landesbank Effekten in Höhe von € 758 Mio. (Vorjahr: € 403 Mio.).

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank kaufte Effekten fremder Emittenten mit einem Nennwert von € 6 Mio. (Vorjahr: € 2 Mio.). Sie löste Effekten fremder Emittenten mit einem Nennwert von € 4 Mio. (Vorjahr: € 16 Mio.) ein.

Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Geldern, Krediten und Darlehen

Ermittelt aus Quartalsendbeständen ergaben sich im Jahresdurchschnitt folgende Kontokorrent-Verbindlichkeiten:

Kontokorrent-Verbindlichkeiten

(in T€)	2012	2011
Norddeutsche Landesbank	138.009	25.363
Unterstützungskasse der BLB	2.284	1.126
BLB Leasing	743	—
Bremische Grundstücks-GmbH	3.250	4.064
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn	76	76
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz	86	233
Interessengemeinschaft Katherinenklosterhof GbR, Bremen	59	47
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG	318	623
NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	105	58
BBG Bremen GmbH & Co. KG	235	120
BLB Immobilien GmbH	326	99
BLB I Beteiligungs-GmbH	21	20
BLB Immobilien-Treuhandkonten für Mietobjekte	927	987

Norddeutsche Landesbank

Es wurden im laufenden Geschäftsjahr 3 Darlehen über € 33 Mio. neu aufgenommen.

Tages- und Termingelder-Verbindlichkeiten

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Tagesgelder			
Norddeutsche Landesbank	198	EUR	28.001
	86	USD	1.688
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.	58	EUR	5.836
	1	USD	20

Devisengeschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Norddeutsche Landesbank			
Devisen-Kassa-Ankauf	221	EUR	45.747
Devisen-Kassa-Verkauf	205	EUR	42.503
Devisen-Termin-Kauf	18	EUR	3.503
Devisen-Termin-Verkauf	1	EUR	114

Derivative Geschäfte

	Anzahl der Geschäfte	Währung	Volumen (in Mio.)
Norddeutsche Landesbank			
Aktiv-Swap	1	USD	38
Passiv-Swap	7	EUR	218
	1	GBP	29
	15	USD	734
Norddeutsche Landesbank Luxembourg S.A.			
Aktiv-Swap	4	EUR	55

Sonstige Geschäfte

Norddeutsche Landesbank

Die BLB hatte im Geschäftsjahr 2012 Geschäftsvorfälle mit der NORD/LB für EDV-Dienstleistungen in Höhe von € 22.634 T (Vorjahr: € 11.879 T) sowie mit der NORD/FM für Projektleistungskosten in Höhe von € 329 T (Vorjahr: € 718 T).

BLB Immobilien GmbH

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages hat die Bank eine Forderung in Höhe des Jahresergebnisses von € 28.537 T aktiviert.

Für Leistungen, die vom Facility-Management der BLB Immobilien erbracht wurden, wurden der BLB € 1.240 T sowie Projektaufwendungen in Höhe von € 2 T belastet. Des Weiteren entstanden Mietaufwendungen für das Landhaus am Rüten in Höhe von € 365 T sowie für andere Flächen in Höhe von € 92 T.

BLB Leasing GmbH

Die BLB hat Leasingraten in Höhe von netto € 8 T an die BLB Leasing gezahlt und Zahlungen für Miete in Höhe von € 14 T erhalten.

Weiter hat die BLB eine Kostenerstattung für die Personalüberlassung in Höhe von € 120 T erhalten.

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages hat die Bank eine Forderung in Höhe des Jahresüberschusses von € 3.371 T aktiviert.

Bremische Grundstücks-GmbH

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages hat die Bank eine Forderung in Höhe des Jahresüberschusses von € 4.600 T aktiviert.

NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen

Wegen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages hat die Bank eine Forderung in Höhe des Jahresüberschusses von € 45 T aktiviert.

Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH

Die Bremer Landesbank hat in 2012 dem Deckungskapital der Unterstützungseinrichtung € 1.145 T (Vorjahr: € 3.800 T) zugeführt.

Beziehungen zu anderen nahestehenden Personen

Die Bezüge für Personen in Schlüsselpositionen (für Vorstand und Aufsichtsrat der NORD/LB) betragen € 52 T (Vorjahr: € 58 T).

Die gesamten Bezüge und Kredite des Vorstands und des Aufsichtsrates sind im Kapitel „Aufwendungen für Organe und Organkredite“ dargestellt. Die laufenden Bezüge für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat betragen insgesamt € 386 T (Vorjahr: € 385 T).

Alle Geschäfte wurden zu marktüblichen Bedingungen, Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

(79) Verzeichnis der Mandate

Zum 31.12.2012 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen des Konzerns Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
	EUROGATE Geschäftsführungs-GMBH & Co. KGaA, Bremen (ab 16.08.2012)
	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen (bis 15.06.2012)
	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover (bis 31.12.2012)
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen (ab 15.06.2012)
	GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
Mitarbeiter der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg

(80) Aufwendungen für Organe und Organkredite

Die Managementvergütungen lassen sich auf Basis der Regelungen des IAS 24.17 wie folgt kategorisieren:

(in T€)	2012	2011
Bezüge der aktiven Organmitglieder		
Kurzfristig fällige Leistungen	2.481	2.464
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	547	425
Bezüge des Managements in Schlüsselpositionen	3.028	2.889

Die mit Organen getätigten Geschäftsvorfälle gemäß IAS 24.18 werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

(in T€)	Gewährte Vorschüsse und Kredite	Verbindlich- keiten
per 31.12.2012		
Vorstand	490	545
Aufsichtsrat	1.246	1.542
Trägerversammlung	38	87
per 31.12.2011		
Vorstand	633	128
Aufsichtsrat	1.514	1.722
Trägerversammlung	38	36

Kredite an Mitglieder des Vorstandes wurden zu Zinssätzen zwischen 0,2 und 5,2 Prozent herausgelegt. Die Gewährung von Krediten an Aufsichtsratsmitglieder erfolgte zu Zinssätzen zwischen 2,3 und 5,5 Prozent; die Kredite an Mitglieder der Trägerversammlung werden mit 2,9 % verzinst.

Die Gliederung der auf Basis nationaler Rechnungslegungsvorschriften ermittelten Gesamtbezüge für Organmitglieder ist der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

(in T€)	2012	2011
Gesamtbezüge der aktiven Organmitglieder		
Vorstand	2.246	2.228
Aufsichtsrat	164	165
Beirat	71	71
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener		
Vorstand	1.786	1.999
Aufsichtsrat	—	—
Beirat	—	—

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Organmitgliedern und deren Hinterbliebenen wurden € 26.326 T (Vorjahr: € 21.182 T) zurückgestellt.

(81) Anteilsbesitzliste gemäß § 313 Abs. 2 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

Übersicht der Unternehmen und Investmentfonds im Konsolidierungskreis:

Name und Sitz des Unternehmens	Anteile in % mittelbar	Anteile in % unmittelbar	Eigenkapital ¹⁾ (in Mio. €)	Ergebnis (in Mio. €)
In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Tochtergesellschaften				
BLB Immobilien GmbH, Bremen	—	100,00	—	— ²⁾
BLB Leasing GmbH, Oldenburg	—	100,00	—	— ²⁾
Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	—	100,00	—	—
NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	—	—	—
NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	90,00	10,00	—	—
At Equity in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
Assoziierte Unternehmen				
Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	—	—	—
BREBAU GmbH, Bremen	48,84	—	—	—
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen	—	16,50	—	—
GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Oldenburg	—	22,22	—	—
Investmentfonds				
Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main	—	49,18	—	—
Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen				
BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	—	0 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	—	8 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	—	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	—	49,00	-0 ³⁾	-0 ³⁾
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	—	33,33	4	0
Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	—	3 ⁴⁾	1 ⁴⁾
Bremische Grundstücks-GmbH & Co., Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	—	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen	—	12,61	17	2
Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	—	24,53	0	-0
GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	—	327	35
Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	—	20,46	10	1
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50,00	—	-2 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50,00	—	-0 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	—	1 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	—	20,00	6	0
Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	—	100,00	1	0
Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	—	100,00	35	4
WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	—	23,84	0	—
Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	—	21,71	19	0

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB. Ausstehende Einlagen bestehen nicht.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 313 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den letzten vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2012.

Die Bremer Landesbank übt bei der DEUTSCHEN FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. einen maßgeblichen Einfluss gemäß IAS 28.37(d) aus, obwohl der Anteil der Stimmrechte für den Teilkonzern Bremer Landesbank weniger als 20 % beträgt. Die Bremer Landesbank stellt bei dem vorgenannten Unternehmen ein oder mehrere Aufsichtsratsmitglieder und wahrt gemeinsam mit der NORD/LB ihre Interessen in den Aufsichtsgremien konzerneinheitlich.

(82) Honorar des Konzernabschlussprüfers

Am 20.04.2012 hat der Aufsichtsrat der Bremer Landesbank beschlossen, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Konzernjahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2012 zu bestellen und somit die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (E&Y), die zuvor in dieser Funktion tätig war, abzulösen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis die für Dienstleistungen der Abschlussprüfer KPMG und E&Y im Geschäftsjahr 2012 und für E&Y im Geschäftsjahr 2011 angefallenen Honorare:

(in T€)	2012	2011
a) Abschlussprüfungsleistungen	648	1.062
b) Andere Bestätigungsleistungen	466	511
davon Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	168	511
c) Steuerberatungsleistungen	—	—
d) Sonstige Leistungen	46	43
Gesamt	1.161	1.616

Bremen, 26. März 2013

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

8. Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt wird, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Bremen, 26. März 2013

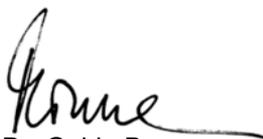
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

9. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den von der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, (Bremer Landesbank) aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Bremer Landesbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit

dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hannover, 28. März 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Leitz', written in a cursive style.

Leitz
Wirtschaftsprüfer

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Hering', written in a cursive style.

Hering
Wirtschaftsprüfer

10. Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss sowie den Prüfungs- und Förderausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bremer Landesbank AöR und des Bremer Landesbank-Konzerns. In seinen Sitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten. In zwei Aufsichtsratssitzungen, fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses, drei Prüfungsausschuss- sowie drei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen ihrer Entscheidung bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Infolge der Neufassung der Satzung nach Veränderung der Trägerstruktur und der Beteiligungsverhältnisse durch Umwandlung von stillen Einlagen in Stammkapital der Bremer Landesbank hat sich der Aufsichtsrat zum 1. November 2012 neu konstituiert. Die erste Sitzung fand am 15. November 2012 statt.

Den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2012 hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Sie entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates am 26. April 2013 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfungen.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 26. April 2013 billigte der Aufsichtsrat den Konzernlagebericht und den Konzernjahresabschluss zum 31.12.2012.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresüberschusses der Bremer Landesbank AöR an. Er schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2012 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 26. April 2013

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Linnert', followed by a stylized flourish.

Bürgermeisterin Karoline Linnert

11. Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr zweimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

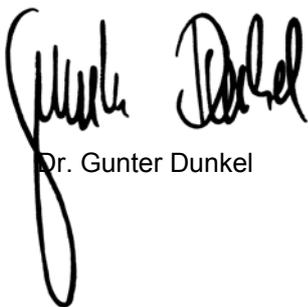
Darüber hinaus hat die Trägerversammlung im Jahr 2012 die notwendigen Beschlüsse für eine Erhöhung des Stammkapitals durch Umwandlung von stillen Einlagen herbeigeführt. Die Kapitalmaßnahme führte mit Wirkung zum 28. August 2012 zu einer neuen Trägerstruktur, neuen Anteilsbesitzverhältnissen und zu einer Neufassung der Satzung. Die Zusammensetzung der Trägerversammlung änderte sich entsprechend. Die konstituierende Sitzung fand am 15. November 2012 statt. Die Kapitalmaßnahme unterstützt die Bremer Landesbank mit Blick auf die zukünftigen Erfordernisse nach Basel III.

Am 26. April 2013 beschloss die Trägerversammlung die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2012. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2012 geleistete Arbeit.

Bremen, 26. April 2013

Der Vorsitzende der Trägerversammlung



Dr. Gunter Dunkel

12. Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde in 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 15. Mai 2012. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf börsennotierte Unternehmen ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren, soweit dies im Rahmen der gegebenen Rechtsform und der Trägerstruktur möglich und angemessen ist und ihr Corporate-Governance-System offen zu legen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener

Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisikouberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme sowie über Maßnahmen der Konzernsteuerung durch die NORD/LB als übergeordnetes Institut. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalvertretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus zehn Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale –. Dem Ausschuss gehören ferner zwei weitere Mitglieder für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, zwei weitere Mitglieder für die Freie Hansestadt Bremen, der Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand im Einzelnen.

Der Prüfungsausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus je zwei Vertretern der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – und der Freien Hansestadt Bremen, dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten

der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 54,8343 % die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, zu 41,2000 % das Land Bremen und zu 3,9657 % der Sparkassenverband Niedersachsen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Dieser unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

13. Daten und Fakten

Gründung

26. April 1983

Vorgängerinstitute:

Staatliche Kreditanstalt

Oldenburg-Bremen (gegründet 1883)

Bremer Landesbank (gegründet 1933)

Rechtsgrundlage

Staatsvertrag zwischen der Freien
Hansestadt Bremen und Niedersachsen
in der Fassung vom 18. Juni 2012
Satzung vom 28. August 2012

Aufgaben

Geschäftsbank

Landesbank

Sparkassenzentralbank

Rechtsform

Rechtsfähige Anstalt des
öffentlichen Rechts

Träger

NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale (NORD/LB) zu 54,8343 %
Freie Hansestadt Bremen zu 41,2000 %
Sparkassenverband Niedersachsen
zu 3,9657 %

Organe

Vorstand

Aufsichtsrat

Trägerversammlung

Rechtssitz

Bremen

Niederlassungen

Bremen

Oldenburg

Mitgliedschaften

Deutscher Sparkassen-
und Giroverband e. V.

Bundesverband öffentlicher
Banken e. V.

Hanseatischer Sparkassen-
und Giroverband

Für Kunden der Bremer Landesbank
und der mit ihr verbundenen Sparkassen
ebenfalls nutzbar:

NORD/LB, Tochtergesellschaften,
Beteiligungen, Niederlassungen,
Immobilienbüros und Repräsentanzen.

14. Organe der Bremer Landesbank

1. Mitglieder des Vorstandes

Vorstand	Geschäftsverteilung im Vorstand	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Gesamtbanksteuerung
		Kommunikation und Marketing
		Personalmanagement
		Revision
		Stabsbereich Vorstand
Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance
		Geldwäscheprävention
		Marktfolge Finanzierungen
		Operations
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Risikocontrolling
		Geschäftsfeld Financial Markets
		Geschäftsfeld Firmenkunden
		Geschäftsfeld Privatkunden
		Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen
		BLB Immobilien GmbH
BLB Leasing GmbH		
Generalbevollmächtigte		
Mathias Barghoorn		
Matthias Hellmann (ab 09.10.2012)		
Björn Nullmeyer (ab 09.10.2012)		

2. Mitglieder des Aufsichtsrats

Bürgermeisterin Karoline Linnert
(Vorsitzende)
Senatorin für Finanzen der
Freien Hansestadt Bremen

Thomas Mang
(Stellvertretender Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Hermann Bröring (bis 15.03.2012)
Meppen

Dr. Claas Brons (bis 31.10.2012)
Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons,
Emden

Ursula Carl (ab 01.11.2012)
Geschäftsführerin
ATLANTIC Grand Hotel, Bremen

Prof Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.
Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Dr. Gunter Dunkel
Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Heinz Feldmann (bis 31.10.2012)
Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund

Martin Grapentin
Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg

Martin Günthner (ab 01.11.2012)
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
der Freien Hansestadt Bremen

Elke Heinig (bis 25.10.2012)
Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau
Staatssekretärin des
Niedersächsischen Finanzministeriums

Dr. Olaf Joachim (ab 01.11.2012)
Staatsrat
Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen

Andreas Klarmann
Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Hartmut Möllring
Niedersächsischer Minister der Finanzen

Bernhard Reuter (ab 29.03.2012)
Landrat des Landkreises Göttingen

Dr. Johannes-Jörg Riegler
Mitglied des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Michael Schlüter (ab 01.11.2012)
Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann (bis 31.10.2012)
Rechtsanwalt
Oldenburg

Jörg Walde
Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Doris Wesjohann
Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG,
Visbek

Eike Westermann
Volljurist
Bremer Landesbank

Markus Westermann
Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

3. Mitglieder der Trägerversammlung

Für die Norddeutsche Landesbank

Girozentrale

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Mitglied des Vorstandes
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Hartmut Möllring

Niedersächsischer Finanzminister

Für die Freie Hansestadt Bremen

Bürgermeisterin Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Anke Saebetzki

Senatsdirektorin bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Bernhard Günthert

Senatsrat bei der Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Für den Sparkassenverband Niedersachsen

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Harm-Uwe Weber

Landrat des Landkreises Aurich

Heinz Feldmann

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse LeerWittmund

4. Mitglieder des Beirates

Bürgermeisterin Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Senatorin für Finanzen
der Freien Hansestadt Bremen

Thomas Mang

(Stellv. Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Detthold Aden

Vorsitzender des Vorstandes der
BLG Logistics Group AG & Co. KG

Heiko Albers

Präsident Wasserverbandstag e. V.

Sven Ambrosy

Landrat des Landkreises Friesland

Kai-Uwe Bielefeld

Landrat des Landkreises Cuxhaven

Bernhard Bramlage

Landrat des Landkreises Leer

Rolf Brandstrup

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Wilhelmshaven

Claus Brüggemann (bis 31.10.2012)

Bremerhaven

Elke Brüning (ab 01.11.2012)

Geschäftsführerin der
Klaas Siemens GmbH

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen

Hans Eveslage

Landrat des Landkreises Cloppenburg

Heinz Feldmann (ab 01.11.2012)

Vorsitzender des Vorstandes
der Sparkasse LeerWittmund

Ralf Finke

Vorsitzender des Vorstandes der
Kreissparkasse Grafschaft Diepholz

Dr. Matthias Fonger

Hauptgeschäftsführer und
I. Syndicus der
Handelskammer Bremen

Günter Günnemann

Vorsitzender des Vorstandes der
Kreissparkasse Syke

Martin Hockemeyer

Geschäftsführender Gesellschafter
der Thiele-Gruppe

Hans-Dieter Kettwig (ab 01.11.2012)

Geschäftsführer
ENERCON GmbH

Reinhard Krüger

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse Rotenburg-Bremervörde

Bernd Meerpohl

Vorstand der Big Dutchman
Aktiengesellschaft, Vechta

Arendt Meyer zu Wehdel

Präsident der Landwirtschaftskammer
Niedersachsen

Doris Nordmann (ab 01.04.2012)

Ministerialdirigentin
Niedersächsisches Finanzministerium

Dr. Götz Pätzold

Vorsitzender des Vorstandes
der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln

Angelika Saacke-Lumper

Gesellschafterin
Saacke GmbH

Thomas Schneider (bis 07.03.2012)

Ministerialdirigent
Niedersächsisches Finanzministerium

Dietmar Schütz

Präsident des Bundesverbandes
Erneuerbare Energie e. V.

Prof. Dr. Gerd Schwandner

Oberbürgermeister der
Stadt Oldenburg

Dr. Carl-Ulfert Stegmann (bis 31.10.2012)

Norden

Martin Steinbrecher

Geschäftsführer der
Martin Steinbrecher GmbH

Gerd Stötzel (bis 31.10.2012)

Bassum

Dietmar Strehl

Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen
Bremen

Gert Stuke

Präsident der Oldenburgischen
Industrie- und Handelskammer

Michael Teiser

Bürgermeister und Stadtkämmerer
der Stadt Bremerhaven

Manfred Wendt

Geschäftsführer Johann Bunte
Bauunternehmung GmbH & Co. KG

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Bremen: Domshof 26, 28195 Bremen

Telefon 0049 421 332-0, Telefax 0049 421 332-2322

Oldenburg: Markt, 26122 Oldenburg

Telefon 0049 441 237-01, Telefax 0049 441 237-1333

www.bremerlandesbank.de

kontakt@bremerlandesbank.de